



Landtag von Baden-Württemberg

57. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 18. Dezember 2008 • Haus des Landtags

Beginn: 9:03 Uhr

Schluss: 12:52 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	4029	Minister Willi Stächele.	4063
1. a) Information zum Infrastrukturprogramm Baden-Württemberg durch den Minister- präsidenten		Beschluss	4065
b) Fortsetzung der Ersten Beratung des Gesetz- entwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushalts- jahr 2009 (Staatshaushaltsgesetz 2009 – StHG 2009) – Drucksache 14/3600	4029	2. Antrag der Fraktion GRÜNE – Vertragsunter- zeichnung Projekt Stuttgart 21 und Neubau- strecke Stuttgart–Ulm – Drucksache 14/3774	
Ministerpräsident Günther Oettinger	4029	– dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO	4065
Abg. Claus Schmiedel SPD	4034	Abg. Werner Wölflle GRÜNE.	4065, 4074
Abg. Stefan Mappus CDU	4042	Abg. Winfried Scheuermann CDU	4068
Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE	4049	Abg. Wolfgang Drexler SPD	4069
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP	4055	Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP	4071
		Minister Heribert Rech.	4072
		Beschluss	4074
		Nächste Sitzung	4075

Protokoll

über die 57. Sitzung vom 18. Dezember 2008

Beginn: 9:03 Uhr

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 57. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Döpfer erteilt.

Krank gemeldet sind die Herren Abg. Braun und Reichardt.

Aus dienstlichen Gründen wird Herr Ministerpräsident Oettinger ab 11:00 Uhr entschuldigt sein, und Herr Minister Professor Dr. Reinhart ist auch entschuldigt.

(Abg. Ute Vogt SPD: Aha!)

Meine Damen und Herren, eine Zusammenstellung der Eingänge liegt Ihnen vervielfältigt vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Antrag des Finanzministeriums vom 12. Dezember 2008 – Haushaltsrechnung des Landes Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Drucksache 14/3784

Überweisung an den Finanzausschuss

2. Mitteilung der Landesregierung vom 15. Dezember 2008 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Staatsvertrages über die Einrichtung eines nationalen Mechanismus aller Länder nach Artikel 3 des Fakultativprotokolls vom 18. Dezember 2002 zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter – Drucksache 14/3798

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

a) Information zum Infrastrukturprogramm Baden-Württemberg durch den Ministerpräsidenten

b) Fortsetzung der Ersten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2009 (Staatshaushaltsgesetz 2009 – StHG 2009) – Drucksache 14/3600

Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Ministerpräsident Günther Oettinger: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eingangs bin ich dem Hohen Haus und Ihnen, meine Damen und Herren Kollegen, dankbar für die Bereitschaft zur frühen Beratung heute Vormittag, wohl wissend, dass dieser Ablauf unüblich ist. Mir ist es ein Anliegen, noch anwesend zu sein, wenn die Fraktionsvorsitzenden unseren Haushaltsentwurf bewerten. Ich möchte ihn aber zuvor durch unser Infrastrukturprogramm aktualisieren. Dieses Infrastrukturprogramm ist ein verändernder Teil des Haushaltsentwurfs, der heute durch diese Information eingebracht werden soll.

Ich muss gegen 11:10 Uhr das Haus verlassen, weil sich die Jahres-MPK u. a. mit Investitionen auf Bundesebene beschäftigt und dort ab 13:00 Uhr für die Regierungschefs Präsenzpflcht besteht.

Baden-Württemberg hat drei oder vier hervorragende Jahre hinter sich. Wer hätte noch im Jahr 2004 daran geglaubt, dass sich der Arbeitsmarkt so verbessert, wie es geschah – im späten Herbst hatten wir eine Arbeitslosenquote von 3,9 % –, und wer hätte geglaubt, dass unsere Bemühungen um die Haushaltssanierung in dem Maße und so früh erfolgreich werden, wie es geschehen ist?

Das Jahr 2008 geht zu Ende, und wir können schon jetzt einen Kassenschluss und einen Rechnungsabschluss absehen, die nicht nur im Haushaltssoll, sondern auch im Haushaltsist das vollzogen haben, was vom Landtag beschlossen worden ist: nach 36 Haushaltsjahren erstmals keine neuen Schulden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Erstmals nach 36 Jahren gelang es, dass jeder Euro an Ausgaben und die Aufgabenerfüllung durch Einnahmen und nicht durch neue Schulden zu finanzieren waren.

Dieselbe Entwicklung war auf kommunaler Ebene darstellbar. Unseren Kommunen ging es in den letzten Jahren besser als zuvor. Sie haben gespart, sie haben Schulden zurückgezahlt und trotzdem investiert.

Deswegen will ich eingangs gegenüber dem Landtag von Baden-Württemberg die Bitte aussprechen: Halten wir an der Haushaltskonsolidierung auf Landesebene und auf kommunaler Ebene fest!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Gestern bekamen wir die Bewertung unserer Haushaltsstruktur durch Standard & Poor's. Jetzt kann man über Ratingagenturen viel sagen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Na ja!)

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Deren Autorität hat im späten Herbst dieses Jahres nicht mehr dieselbe Höhe wie noch ein Jahr zuvor.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Unabhängig davon haben wir – zumal diese Agentur unsere aktuellen Entwicklungen im Haushaltsentwurf 2009, das Infrastrukturprogramm, aber auch die Stärkungsmaßnahmen für die Landesbank Baden-Württemberg in ihre Bewertung einbezogen hat; die Bewertung ist also ganz aktuell – die Note AA+ und den Ausblick „positiv“ erhalten.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Wir haben im Vergleich zu anderen Ländern eine bessere Bewertung, und diese beruht auf unserer Haushaltslage und unserer Haushaltspolitik. Ich glaube, es sollte der Ehrgeiz Baden-Württembergs bleiben, auch in Zukunft im Ländervergleich zu den Ländern mit der besten Haushaltsstruktur zu gehören.

Deswegen haben wir in den letzten Tagen gründlich abgewogen, und als Ergebnis des Abwägens zwischen den Zielen der Haushaltskonsolidierung und der Abmilderung der wirtschaftlichen Rezession legen wir Ihnen heute ein Infrastrukturprogramm vor.

Ich meine, die wirtschaftliche Ausgangslage legt nahe, dass die Politik dort handelt, wo sie handeln kann. Nach guten Wachstumsjahren gehen die Auftragsentwicklung und die Bruttowertschöpfung in Baden-Württemberg zurück. Wir haben im Oktober dieses Jahres im Vergleich zum Oktober 2007 im gesamten verarbeitenden Gewerbe einen Rückgang der Auftragseingänge um 24 % gehabt. Dies merkt man derzeit in den Betrieben eher noch nicht, weil die Auftragsbücher noch abgearbeitet werden. Aber klar ist doch: Die Entwicklung für diesen Winter und das nächste Frühjahr ist absehbar: Zunächst geht die Zahl neuer Aufträge zurück, man arbeitet die letzten Aufträge ab, einige Aufträge sind schon längst storniert, dann wird zuallererst bei der Zeitarbeit gekürzt und gestrichen, dann baut man die Überstunden, die auf dem „Sparbuch“ stehen, ab, dann kommt Kurzarbeit, und dann folgt steigende Arbeitslosigkeit.

Ich gehe fest davon aus, dass für viele Arbeitnehmer, die im kommenden Frühjahr und Sommer in den Ruhestand gehen, niemand neu eingestellt wird. Ich glaube zwar nicht, dass es zu harten Entlassungen und zu Sozialplänen in breitem Umfang kommen muss, aber rein organisch ist absehbar, dass in einem Jahr in ganz Deutschland und auch in Baden-Württemberg die Arbeitslosigkeit deutlich höher sein wird als heute, dass die Steuereinnahmen zurückgehen, dass die Sozialausgaben steigen und dass sich damit die Struktur der öffentlichen Hand, der öffentlichen Haushalte deutlich verschlechtern wird. Deswegen setzen wir Impulse und Zeichen für Beschäftigung und gegen Minuswachstum, für ein früher einsetzendes neues Wachstum und für stabile Steuereinnahmen, auch durch unser Infrastrukturprogramm.

Vorausgeschickt: Baden-Württemberg wirkt auf Bundesebene konstruktiv mit. Unverändert meine ich, dass sich die Große Koalition in Berlin in diesen Wochen bewährt. Dies mag mein Koalitionspartner etwas anders sehen –

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Respekt –, und auch der Kollege Kretschmann wird das möglicherweise anders sehen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ich sehe das anders!)

Ich finde, dass die Bundeskanzlerin und der Bundesfinanzminister sowie die sie tragenden Bundestagsfraktionen angemessen, schnell und zielgenau reagieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD)

Ausgangspunkt und Verstärker der jetzigen Krise ist die Finanzdienstleistung. Die Finanzmärkte sind es, die am stärksten in Unordnung geraten sind. Deswegen war es richtig, dass die Bundesebene im Oktober mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz gehandelt hat. Die Länder wirken mit und sind ebenfalls zu einer Risikoübernahme – nach Bilanzierung dieser Stützungsmaßnahmen für die Banken – bereit. Gegebenenfalls sollten wir im Januar das Finanzmarktpaket weiterentwickeln, wenn es innerhalb dessen noch Schwachstellen gibt.

Ich glaube, dass es gelingen muss, dass die Banken im nächsten Jahr Partner der Wirtschaft und der Privathaushalte bleiben. Denn nur dann, wenn die Banken handlungsfähig sind, haben wir eine Chance auf eine schnelle Rückkehr zu Wachstum und Beschäftigung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bundesregierung hat dem Bundesrat auch ein Paket für die allgemeine Wirtschaft vorgelegt: Wiedereinführung der degressiven Abschreibung, Verdopplung der absetzbaren Beträge für Handwerkerdienstleistungen in Privathaushalten von Lohn- und Einkommensteuer, mehr Mittel für die Verkehrsinfrastruktur, mehr Mittel für die energetische Gebäudesanierung und anderes mehr. Auch diesem Paket haben wir zugestimmt, obwohl Baden-Württemberg bei seinem Anteil am Lohn- und Einkommensteueraufkommen dadurch Steuermindereinnahmen erwarten muss.

Ich will also behaupten, dass unser Land in den letzten Wochen bei der Gestaltung der bundesweiten Maßnahmen mitgewirkt hat. Es hat nicht blockiert und nicht verzögert, und es war auch zur Übernahme eigener Lasten bereit. An dieser Bereitschaft werden wir auch im kommenden Jahr festhalten, wenn – das ist absehbar – im Januar ein zweites Konjunkturprogramm des Bundes beraten und beschlossen werden wird.

Aber wir blicken nicht nur auf die Bundespolitik. Wir handeln auch in eigener Verantwortung. Föderalismus ist nicht nur etwas für Sonntagsreden, nicht nur etwas für gute Zeiten. Der Föderalismus, die Eigenverantwortung bewähren sich dann, wenn man in schwierigen Zeiten dort, wo man Kompetenzen hat, auch etwas tut. Dies gilt für unser Land und für alle Bundesländer, und dies gilt auch für die Kommunen in Baden-Württemberg.

Deswegen legen wir Ihnen heute ein Infrastrukturprogramm vor und werben um Ihre Zustimmung. Wir glauben, dass damit im Zuge der Beratung des Staatshaushaltsplans und dessen Verabschiedung Mitte Februar 2009 Impulse in die baden-württembergische Wirtschaft gehen, die zielgenau und treff-

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

sicher sind und die damit geeignete Maßnahmen für mehr Beschäftigung darstellen.

Was haben wir genau vor?

Erstens: Wir stocken das Bürgschaftsprogramm, den Rahmen für Bürgschaften, in Baden-Württemberg deutlich auf. Der Ablauf ist wie folgt: Der Handwerksmeister, dessen Aufträge zurückgehen, der Händler, der Mittelständler, der Betriebsmittel braucht, der im Winter und Frühjahr Löhne bezahlen soll oder der die degressive Abschreibung nutzen will und eine Presse, eine Maschine, eine Anlage, einen Lastkraftwagen kaufen will, braucht neben Eigenkapital auch Fremdkapital. Er braucht ein Darlehen von der Bank. Da die Banken – die Volksbanken, die Raiffeisenbanken, die Sparkassen, die BW-Bank, die Geschäftsbanken –, obwohl sie sich bemühen, derzeit ihre Kreditlinien nicht ausbauen, sondern eher einschränken und eher unsicher sind, ist die Bürgschaft des Landes wertvoller denn je.

Das heißt, dass ich ganz konkret davon ausgehe, dass der Bauhandwerksmeister, der vom Land im nächsten Frühjahr einen neuen Straßenbauauftrag bekommt, der sich vielleicht eine neue Baumaschine und einen neuen Lkw von Mercedes-Benz kaufen will, dafür einen Teilbetrag angespart hat, einen größeren Betrag von der Bank braucht, dass sich die Bank aber nicht traut, ein Darlehen dafür zu gewähren, und dass deswegen eine Bürgschaft des Landes beantragt wird. Deswegen stocken wir den Bürgschaftsrahmen von 150 Millionen € in Baden-Württemberg um 350 Millionen € auf eine halbe Milliarde Euro auf.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dadurch erreichen wir, dass die Bürgschaftsbank Baden-Württemberg für Bürgschaften im kleineren sechsstelligen Bereich, dass die L-Bank für den Bereich von bis zu 5 Millionen € Bürgschaft pro Fall und Jahr und dass der Landtag für größere Bürgschaften über 5 Millionen € diesen Bürgschaftsrahmen nutzen können und dadurch der Bank schnell eine ergänzende Sicherheit gewährt wird, damit der Kredit fließt und der Lkw, die Anlage, die Maschine gekauft oder die Löhne weiter gezahlt werden können.

Ich finde, das ist ein maßvolles und richtiges Programm. Wir werden in den nächsten Wochen davon Gebrauch machen und dann die Entwicklung auf dem Markt beobachten. Damit soll erreicht werden, dass im ganzen Jahr 2009 dort, wo Bürgschaften sinnvoll und vertretbar sind, wo sie Arbeitsplätze sichern, wo sie Aufträge stärken, wo sie Käufe möglich machen, das Land mit Bürgschaften hilft und dadurch ein wirkungsvoller Beitrag gegen mehr Arbeitslose und für mehr Beschäftigung erreichbar ist.

Der zweite entscheidende Punkt ist, dass das Land selbst investiert. Wir haben in diesem Jahr keine neuen Schulden gemacht. Wir hatten in diesem Jahr vor, dass eine Altschuldentilgung in Höhe von 350 Millionen € fließt. Dies wäre im Haushalt möglich gewesen. Das Geld ist da. Aber in der Güterabwägung stellen wir jetzt, nachdem wir ohne neue Schulden ausgekommen sind, die Tilgung von alten Schulden für einige Jahre zurück, nehmen das dafür vorhandene Geld in die Hand und investieren daraus in eigener Verantwortung

dort, wo das Land Auftraggeber und Träger von Infrastruktur im Hochbau und im Tiefbau ist. Wir ziehen Maßnahmen vor, die sinnvoll sind und die geplant waren. Das heißt, wir geben in der Betrachtung mehrerer Jahre nicht mehr Geld aus, sondern investieren zur richtigen Zeit.

Wir gehen im Augenblick davon aus, dass die Rezession der Wirtschaft und das Minuswachstum das ganze Jahr 2009 prägen werden. Wenn der Aufschwung früher kommt, soll es uns recht sein. Wir vermuten, dass die rezessive Phase 2009 und bis ins Frühjahr 2010 andauern wird. Deswegen ist unser Programm auf 18 Monate angelegt und nicht länger, weil man eigentlich von einem Aufschwung in eineinhalb Jahren ausgehen kann – es entsteht entsprechender investiver und konsumtiver Nachholbedarf –, aber auch nicht kürzer. Denn wer zu kurz springt, muss nachbessern. Unser Programm ist auf die Laufzeit von 18 Monaten angelegt und auch entsprechend solide finanziert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der Finanzminister hat dabei auf eine strenge Vorgabe Wert gelegt. Dies wird von uns vorbehaltlos unterstützt. Wir machen keine Wunschzettel, wir gönnen uns nicht das, was wünschenswert wäre, aber nicht notwendig ist, sondern wir orientieren uns allein daran: Welche Investition ist unvermeidbar, ist aber nicht im nächsten Jahr vorgesehen, sondern 2011, 2012 oder 2013 vorgesehen, also auch nicht in einer unabsehbar späteren Zeit, sondern in der mittelfristigen Finanzplanung notwendig? Diese Maßnahme ziehen wir vor, arbeiten wir ab, finanzieren wir durch oder beschaffen wir. Wir sparen damit für den Haushalt 2012 Ausgaben ein und investieren jetzt, wenn Impulse für Wachstum und Beschäftigung sinnvoll und notwendig sind. Wir handeln antizyklisch und zielgenau.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

So geben wir beispielhaft für den staatlichen Hochbau im Zeitraum von 2009 bis Mitte 2010 185 Millionen € mehr aus. Schauen wir einmal unsere Hochschulgebäude, unsere Unikliniken, unsere Bezirksbauten, unsere Polizeireviere etwas genauer an. Da wird jeder Euro, den wir früher investieren, sinnvoll sein,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist dringend notwendig!)

weil wir damit unser Vermögen erhalten und stärken, damit die Arbeitsmöglichkeiten, die Behandlungsmöglichkeiten für Patienten vor Ort verbessern, im Zweifel sogar Mittel des Bundes abrufen und weil wir damit Ausgaben in mittlerer Zukunft ersparen.

Beim Hochbau kommt das Thema „Klimaschutz und Energietik“ hinzu. Ein Teil dessen, was früher investiert wird, erspart Heizöl, erspart Gas, setzt im Grunde genommen sinnvolle Umwelt- und Haushaltsziele gemeinsam um.

Der zweite große Bereich ist der Straßenbau: 70 Millionen € mehr. Nachdem der Landesstraßenbau in den Jahren 2008 und 2009 schon durch ein Sonderprogramm und durch stabile Haushaltsmittel deutlich mehr Mittel haben wird, als er in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts zur Verfügung hatte, kommen nochmals 70 Millionen € hinzu. Aber damit wird nicht eine neue Großmaßnahme finanziert; denn da bestünde das Risi-

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

ko, dass der Auftrag nach Ausschreibung an Betriebe in Köln, München oder Wien geht.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Oder Bukarest!)

Wir wollen damit bewusst unser Vermögen in Form von Landesstraßen erhalten und sichern. Das heißt: Wir machen ein Erhaltungs- und Unterhaltungsprogramm und werden damit erreichen, dass viele Landesstraßen besser werden und viele kleine Tiefbauunternehmen und Handwerksmeister in allen Regionen des Landes durch Aufträge profitieren werden und damit ihre Umsätze sichern und ihre Arbeitsplätze erhalten können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Oder nehmen wir den Klimaschutz und den Hochwasserschutz. Jeder weiß, dass beim Hochwasserschutz an Rhein und Neckar, aber auch an Flüssen der zweiten Ordnung Nachholbedarf besteht. Meistens kommt in den Tagen nach einem eingetretenen Hochwasser auch Bewegung in die Haushaltsstruktur. Jetzt kommt Bewegung hinein, ohne dass ein Hochwasser gekommen ist. Ich bin sicher, dass mit den 30 Millionen € überall dort, wo Pläne bestehen, diese rascher realisiert werden und dass damit Baden-Württemberg der Bauwirtschaft hilft und das Land auf das nächste Hochwasser früher und besser vorbereitet ist.

350 Millionen € investieren wir in das Vermögen des Landes Baden-Württemberg. Damit schaffen wir eine Entlastung künftiger Haushalte und geben in den Jahren 2009 und 2010 Impulse für die Wirtschaft. Ich finde, dass in der Güterabwägung, einerseits hier zu investieren, andererseits die Haushaltsziele nicht aufzugeben, indem wir zwar keine neuen Schulden machen, aber die Tilgung alter Schulden zurückstellen, die Gratwanderung richtig beschritten worden ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der dritte große Schwerpunkt neben dem Bürgerschaftsprogramm und dem landeseigenen Investitionsprogramm ist die kommunale Ebene. Wir wissen nur zu gut, dass keine andere öffentliche Hand für die Wirtschaftsförderung vor Ort eine derart starke Verantwortung trägt, aber auch Möglichkeiten hat, wie das bei Rathäusern und Landratsämtern, bei den Kommunen der Fall ist. Die Kommunen sind in vielen Fällen Träger des Hochbaus und des Tiefbaus, der öffentlichen Infrastruktur.

Dafür haben wir seit Jahrzehnten bewährte Instrumente, u. a. den Kommunalen Investitionsfonds, KIF genannt, und den Kommunalen Umweltfonds, KUF genannt. Der Ausgleichstock kommt als Steuerungsinstrument für finanzschwache Gemeinden, für kleine Gemeinden und für den ländlichen Raum ergänzend hinzu. Genau dort setzen wir an.

Wir zwingen keiner Gemeinde etwas auf; wir machen den Gemeinden ein Angebot. Warum? Wenn man weiß, dass im Krankenhausbau seit Jahren und Jahrzehnten ein Antragstau in der Sanierung, der Erweiterung, der Erneuerung, dem Kauf von Großgeräten für unsere kommunalen Krankenhäuser besteht, eine Warteliste im Umfang von vielen Hundert Millionen Euro,

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ach, auf einmal!)

dann sollte man jetzt – –

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Bisher war doch alles in Ordnung! – Unruhe bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

– Ich sehe in Ihren Zurufen Zustimmung und keinen Widerspruch.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen bei den Grünen – Zurufe, u. a. der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Schauen Sie: Wir sind derzeit in einer außerordentlichen Situation, in der die Haushaltskonsolidierung um Investitionen ergänzt werden muss und sich die Frage der Güterabwägung neu stellt. Genau da setzen wir an.

Da wir wissen, dass Jahr für Jahr Gemeinderäte und Kreistage Krankenhausmaßnahmen planen und dass dafür in den kommunalen Haushalten Mittel eingestellt sind, die aber nicht genutzt werden, weil die Kofinanzierung nicht in ausreichender Höhe vorhanden ist, stocken wir die Kofinanzierungsmittel im KIF auf und ermöglichen damit, dass kommunale Investitionen jetzt geschehen und nicht erst 2012 oder später; also zur richtigen Zeit und nicht zu spät.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Aber das reicht nicht! – Zurufe der Abg. Reinhold Gall, Dr. Nils Schmid und Ute Vogt SPD)

Wir wollen nicht, dass sich die Kommunen genötigt sehen, sich anders zu entscheiden. Vielmehr ermöglichen wir, dass die Kommunen, wenn sie sich entschieden haben, das Land als Partner bekommen. Wir treten mit diesem Programm früher und stärker als Finanzpartner für die Kofinanzierung für Krankenhäuser, Pflegeheime, Straßenmaßnahmen, Sanierungen und anderes mehr auf den Plan.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was? Pflegeheime? – Unruhe bei der SPD – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Entschuldigung, noch finanzieren wir die restlichen Maßnahmen zwei Jahre lang ab, Frau Kollegin Haußmann, und zwar jetzt.

(Zurufe der Abg. Katrin Altpeter SPD und Bärbl Mielich GRÜNE – Unruhe)

Frau Kollegin Haußmann, die Sache ist doch ganz klar, und Sie sind bei diesem Thema doch viel sachkundiger, als Ihr Zwischenruf erkennen lässt.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir wollen bei der Pflegeheimförderung die noch notwendigen, für die flächendeckende Infrastruktur sinnvollen Maßnahmen kofinanzieren.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Danach, zum Ende dieser Legislaturperiode, stellen wir uns das Auslaufen der Pflegeheimförderung vor. Dennoch ziehen wir jetzt nochmals Maßnahmen dafür vor und haben in un-

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

serem Programm hierfür 11 Millionen € ergänzend bereitgestellt. Darum geht es; deshalb war Ihr Zwischenruf, wie ich glaube, der Sache wenig dienlich. Ihre Sachkunde ist aber trotzdem hoch.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Gewagte Aussage! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das wird von uns genau beobachtet!)

Für Krankenhäuser haben wir 70 Millionen € vorgesehen. Nachdem man weiß, dass es vonseiten der Kommunen Anträge in hoher dreistelliger Millionensumme gibt,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ja!)

möchte ich behaupten, dass unsere vorgezogenen 70 Millionen € abfließen und den Kommunen helfen werden, damit Krankenhäuser schon 2009 und nicht erst 2013 neu gebaut oder saniert werden können.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Die Investition auf kommunaler Ebene zusammen mit dem Partner Land kommt dann zur richtigen Zeit.

Meine Damen und Herren, natürlich kann man jetzt die Frage stellen, ob dieses Programm nicht eine Gefährdung für die Haushaltsentwicklung darstellt. Natürlich könnte man diese tausend Millionen Euro auch sparen, statt sie zu investieren. Aber ich meine, dass unsere Aufgabe aus beidem besteht.

(Unruhe bei der SPD)

Den Haushalt und seine Struktur zu beachten und weiter Schulden zu umgehen ist die eine Verantwortung. Die andere besteht darin, dass das Land dort, wo es Impulse für die Wirtschaft setzen kann, diese auch setzen sollte.

Im Januar kommt ein Programm des Bundes. Dabei wollen wir mitgestalten. Deswegen biete ich der Bundesregierung ausdrücklich unsere Mitwirkung gegen das Recht auf Mitgestaltung an. Auch hier gilt, dass wir zusammen mit dem Bund entscheiden wollen, wo es eine Koförderung gibt und wo sich das Programm des Bundes mit dem vernetzt, was in Baden-Württemberg geschieht.

Ein Unterschied ist schon jetzt erkennbar. Der Bund wird sein zweites Programm wie sein erstes Programm zu 100 % nur aus Schulden finanzieren. Das heißt, im Unterschied zur Bundespolitik, zum Bundeshaushalt sind wir auf die Krise vorbereitet und handeln aus eigener Kraft.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ist es!)

Da Baden-Württemberg das Zwischenziel – ein Haushalt ohne neue Schulden – erreicht hat, Rücklagen hat und die Altschuldentilgung vorgesehen hat, finanzieren wir jeden Euro, ohne dass der Weg zur Bank notwendig wird. Während beim Bund jeder Euro von der Bank kommt, kommt bei uns jeder Euro vom Steuerzahler aus Einnahmen, aus solidem Haushalt finanziert. Deswegen muss klar sein: Die Landesregierung gibt den Kurs einer stringenten Haushaltspolitik nicht auf.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Man wird in diesen Tagen oft gefragt, ob man denn für 2009 und für 2010 Haushalte ohne neue Schulden garantieren kann. Ich sage Ihnen: Wer in dieser Zeit etwas garantiert, der ist entweder arrogant oder dumm.

(Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Hört, hört!)

Wir fahren auf Sicht. Aber eines muss auch klar sein: Wenn es neben Baden-Württemberg ein zweites Land gibt, das keine neuen Schulden macht, will und wird Baden-Württemberg dabei sein. Wir halten am Kurs solider Haushaltspolitik fest. Wir rücken davon nicht ab und werden auch in schwieriger Zeit alles tun, damit keine oder weniger Schulden die Spielräume für die Zukunft erhöhen.

Umso dringlicher wird das Ergebnis der Föderalismuskommission II. Ich richte an alle einen Appell. Ich weiß, dass dies in diesem Hohen Haus von allen Fraktionen mitgetragen wird. Ich stelle mit Erschrecken fest, wie mancher in diesen Tagen die wirtschaftliche Krise, die Finanzmarktkrise und die absehbare Haushaltskrise für sich nutzen will, indem er sich sagt, dass das große Wasser die kleinen Begehrlichkeiten und Wässer mitnehmen kann. Nicht alles, was an Ausgaben und an Maßnahmen in diesen Tagen vorgeschlagen wird, ist zielgenau und dient der Konjunktur. Mancher hofft, dass er auf dem kleinen Dienstweg wieder zur alten Schuldenpolitik zurückkommen kann, weil man derzeit die Haushaltskonsolidierung nicht abschließen wird.

Deswegen brauchen wir jetzt eine stringente Schuldengrenze. Mir ist fast egal, wann sie von jedem Land umgesetzt wird. Wir sollten erreichen, dass jetzt eine stringente Schuldenregel festgesetzt wird, wonach die Ausgaben in normalen Haushaltsjahren aus Einnahmen und ohne neue Schulden zu finanzieren sind und derjenige, der neue Schulden macht, die Tilgung gleichzeitig mitbeschließen und verbindlich einhalten muss. Dies sollten wir jetzt formulieren und dann den finanzschwachen Ländern das Angebot machen, dass sie spätestens im nächsten Jahrzehnt und vor Auslaufen der Solidarpakte und der Förderung Ost daran gebunden sind, das zu erreichen, was jetzt beschlossen wird.

Selbst wenn eine Schuldenregel erst im Jahr 2018 in Kraft tritt, weiß nach ihrer Verabschiedung jeder Bundestag und jeder Landtag, dass er in der Steuerpolitik und in der Ausgabe- politik, bei der Einnahme- und Ausgabeseite auf dieses Ziel hinarbeiten muss und dass ihn diese Daumenschraube auch früher oder später erreicht.

Ich danke für Ihre Mitwirkung. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Paket. Ich schließe weitere Maßnahmen im neuen Jahr bewusst nicht aus. Aber ich glaube, dass das Land – in unserer Verantwortung – zum jetzigen Zeitpunkt zielgenau, maßvoll, in wirtschaftlicher, sozialer und in Haushaltsverantwortung das Richtige tut.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben sich für die Aussprache auf eine Redezeit von 30 Minuten je Fraktion geeinigt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer so tut, als wisse er genau, wie die Wirtschaft im nächsten Jahr läuft, ist ein Scharlatan. Was man sagen kann, ist, dass es schwierig wird. Der Herr Ministerpräsident hat auf den unglaublich rapiden Einbruch der Zahl der Auftragseingänge hingewiesen. Das sind ja schon konkrete Vorzeichen für die wirtschaftliche Entwicklung im nächsten Jahr.

Deshalb ist es gut, dass sich die Bundesregierung vorbereitet hat und weiter vorbereitet, konjunkturrell gegenzusteuern. Deshalb ist es auch gut, Herr Ministerpräsident, dass die Landesregierung in den letzten 14 Tagen nachgearbeitet hat und heute ein Konjunkturpaket vorlegt.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Stefan Mappus CDU: Nachgearbeitet?
– Zurufe von der CDU: Vorgearbeitet!)

– Herr Mappus, bei allem Respekt:

(Abg. Stefan Mappus CDU: Nennen Sie mir einmal ein SPD-geführtes Land, das ein Konjunkturprogramm aufgelegt hat!)

Vor 14 Tagen hat man uns hier den Haushaltsentwurf vorgelegt.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Ja, klar!)

Darin stand diese Milliarde noch nicht. In der Haushaltsrede, die der Finanzminister gehalten hat, war noch nicht einmal von ein paar Milliönchen etwas zu spüren.

(Zuruf von der SPD: Kein Ton! – Abg. Stefan Mappus CDU: Das ist im Bund genauso, bei Steinbrück!
– Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wir sind hier in Baden-Württemberg!)

Wir haben das gefordert, Sie haben gearbeitet – ist doch okay.

(Beifall bei der SPD)

Nur, Herr Ministerpräsident, eines sage ich schon zu Beginn ganz deutlich: Ausreichend ist das, was Sie uns heute vorgestellt haben, nicht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Diese Aussage überrascht uns jetzt nicht!)

Zunächst einmal zur Quantität Ihrer Vorschläge,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Viel hilft viel, gell?)

mit denen Sie konjunkturrell gegensteuern wollen. Sie legen ein Paket mit einem Volumen von 1 Milliarde € für einen Zeitraum von 18 Monaten vor. Das heißt, dieser Betrag schnurrt für das nächste Jahr schon einmal auf 70 % zusammen. Wenn man das ins Verhältnis setzt zu dem, was andere Länder tun – in Hessen z. B. beträgt der Umfang 1,7 Milliarden €, in NRW 3 Milliarden € –, sieht man, dass wir in einem Bereich sind, der noch relativ überschaubar ist.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Schmiedel wirbt für Koch! Das ist etwas ganz Neues! Dass ich das

noch erleben darf! Das finde ich gut! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Jetzt zur Qualität des Programms: Sie erwecken den Eindruck, als würde man Investitionen, die für die Zukunft vorgesehen waren, vorziehen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das ist ja so!)

Was Sie aber faktisch machen, ist, einen Teil des dringendsten Notwendigen nachzuholen, etwas, was Sie in der Vergangenheit zu tun versäumt haben.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE – Abg. Norbert Zeller SPD: So ist es!)

Der Rechnungshof hat an unseren Hochschulen einen Sanierungsbedarf in Höhe von 3 Milliarden € ermittelt. Jetzt werden 150 Millionen € für den Hochbau bereitgestellt. Nehmen wir einmal an, davon gehen einige Dutzend Millionen Euro in den Hochschulbau zum Zweck der Sanierung.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Ich lade Sie ein, Herr Ministerpräsident: Gehen wir einmal zusammen zur Uni Stuttgart hinüber! Gehen wir einmal in die Gebäude hinein! Dagegen, wie es dort aussieht, ist der Hauptbahnhof ein aufgeräumtes Wohnzimmer.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

An der Hochschule Heilbronn sind im Hauptgebäude seit dem Sommer alle Toiletten dicht, weil die Fäkalien die Wände herunterrasen, weil man über Jahre hinweg nichts gemacht hat. So sieht es im Land aus.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist die Wahrheit!)

Im Krankenhausbereich gibt es – Sie haben es ja selbst erwähnt – einen Antragstau in Höhe von 1,3 Milliarden €. Jetzt werden 70 Millionen € für diesen Bereich bereitgestellt. Weil Sie sich dafür auf die Schulter klopfen, möchte ich Sie nur darauf aufmerksam machen, dass wir Reserven haben. Die Kehrseite dieser rigiden Sparpolitik ist, dass wir von der Substanz leben, und zwar seit Jahren.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: „Rigide Sparpolitik“! Das ist bemerkenswert!)

Dringende Erhaltungsinvestitionen sind nicht gemacht worden. Wenn dieses Konjunkturpaket jetzt einen Anstoß dazu bietet, Versäumtes nachzuholen, dann begrüßen wird das, weil wir das seit Jahren einfordern.

(Beifall bei der SPD)

Dann noch ein ganz wichtiges Thema: Da hat die FDP/DVP gesagt: „Konjunkturprogramm – nein.“

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Haben wir auch keines! Ich erkläre es Ihnen nachher!)

(Claus Schmiedel)

Aber dann haben Sie gesagt: „Der Wirtschaftsminister braucht ja auch wieder einmal etwas, etwa für den Wohnungsbau.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

100 Millionen € hat er im Etat dafür zur Verfügung. Jetzt kommt ein kräftiger Impuls für die Konjunktur: Er kriegt 10 Millionen € dazu.“ Toll, Sie sind durchsetzungsstark! 10 Millionen € zusätzlich!

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wollen Sie das nicht?)

Seit Sie für den Wohnungsbau verantwortlich sind, haben wir einen permanenten Rückgang der Wohnbauförderung. Die Notfallkarteien wachsen. Wir haben eine wachsende Wohnungsnot –

(Zurufe von der CDU: Wo?)

das sagen Verbandsvertreter der Eigentümer, das sagen die Mieter, das sagen die Städte – in den großen Städten.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Kommen Sie einmal zu mir in den Wahlkreis!)

Ein Verdoppeln der Fördersumme wäre das Mindeste – ohne übrigens an den Haushalt heranzumüssen; denn auch dort gibt es Reserven in Form von Forderungen aus alten Darlehen, die man einsetzen kann. Verdoppeln wäre also das Mindeste.

Aber ich vermute, Herr Minister, dass es gar keinen Sinn hätte, Ihnen mehr Geld zu geben, denn Sie werden es sowieso nicht los. Von den 100 Millionen €, die jetzt im Haushalt stehen, sind 50 Millionen € aus vergangenen Programmen, die der Minister nicht untergebracht hat, weil seine Programme so „hundsliedrig“ sind, dass die Mittel nicht abgegriffen werden.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wenn es mehr Geld gibt, dann bitte auch anständige Programme!

(Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Zwischenfrage! – Glocke des Präsidenten)

Noch eines zur Qualität.

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Pfister?

Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, okay.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Frag ihn, ob er eine Tasse dabei hat!)

Abg. Ernst Pfister FDP/DVP: Herr Abg. Schmiedel, ist Ihnen bewusst und bekannt, dass die Mittel, die in den letzten Jahren nicht aus dem Wohnungsbauprogramm abgeflossen sind und jetzt neu zur Verfügung stehen, ausschließlich aus

dem Bereich „Sozialer Mietwohnungsbau“ kommen und dort nicht abgeflossen sind?

(Zurufe von der CDU: Aha! – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Warum wohl? – Abg. Reinhold Gall SPD: Klasse! Eigentor!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: So, setzen!

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Pfister, seit Jahren weisen wir darauf hin, dass Ihre Kürzung dazu geführt hat – dadurch, dass Sie bei der Anzahl der Wohnungen nicht kürzen wollten; Sie haben gesagt: „Ich kürze die Mittel, lasse aber die Anzahl der Wohnungen

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Gleich!)

gleich hoch“ –, dass der Subventionswert pro Wohnung gesunken ist. Der Subventionswert pro Wohnung ist jetzt so gering, dass jeder Investor sagt: „Da binde ich mich doch nicht mit dem sozialen Wohnungsbau.“ In Bayern ist der Subventionswert pro Wohnung dreimal so hoch wie bei uns. Dort werden Wohnungen gebaut.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Martin Rivoir SPD: Dass es sich lohnt! So ist es!)

Sie müssen also das Programm dahin gehend ändern, dass der Subventionswert erhöht wird, sonst werden Ihnen die Mittel nicht abgenommen. – Jetzt können Sie sich wieder auf die Regierungsbank setzen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Rückkehr auf die Bank! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Hochmut kommt vor dem Fall! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Herr Ministerpräsident, Sie sagen: „Wir ziehen Investitionen vor und holen das z. B. bei den Kommunen. Die 300 Millionen €, die jetzt eingesetzt werden, holen wir in den Jahren 2011, 2012, 2013 zurück und kürzen dann die Investitionen.“ Das ist eine Fiktion und ist absolut schädlich. Welcher Unternehmer soll denn für diese Zeitspanne von 18 Monaten teure Geräte kaufen, wenn er sicher ist, dass es in den folgenden Jahren wieder rapide ins Investitionsloch geht?

(Abg. Stefan Mappus CDU: Quatsch!)

Was ist denn das für eine Politik, zu sagen: „Jetzt machen wir einen Riesenklotz,

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Das lohnt sich doch!)

und dann fahren wir es wieder zurück“? Wir brauchen eine Verstetigung der Investitionen für die nächsten Jahre. Das wäre die richtige Antwort auf die Krise. Das sorgt auch für Investitionen bei den Unternehmen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Martin Rivoir SPD: Bravo! – Zuruf des Abg. Gundolf Fleischer CDU)

Dann haben wir im Haushalt außer diesem Investitionspaket Dinge, die konjunkturwirksam sind, vor allem da, wo die Kon-

(Claus Schmiedel)

junktur ganz schwierig ist, nämlich im Automobilbereich. Da gibt es einen rapiden Einbruch. Jetzt frage ich Sie: Ist es denn sinnvoll, der Krise im Automobilbereich durch Bauen gegenzusteuern und gleichzeitig aktiv dazu beizutragen, dass weniger Kraftfahrzeuge bestellt werden? Ist es denn sinnvoll, in dieser Situation die Fördermittel für Feuerwehrautos zurückzufahren? Auch da haben wir einen Antragstau. Jetzt muss man doch neue Feuerwehrautos fördern, damit diese bestellt werden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das ist ja wirklich bizarr! Feuerwehrautos zur Konjunkturankurbelung! – Zurufe der Abg. Gundolf Fleischer und Dr. Dietrich Birk CDU – Unruhe – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ruhe!)

Ist es sinnvoll, die gekürzte Busförderung beizubehalten und dafür zu sorgen, dass die Busse länger gefahren werden, anstatt an das alte Programm anzuknüpfen, als noch Busse bestellt wurden? Da haben Sie übrigens dasselbe gemacht. Die Förderung pro Bus ist so „liedrig“, dass Sie auf Ihrem Geld sogar noch sitzen bleiben.

Ich weiß, dass das nicht alles aushebelt. Das ist doch logisch. Aber es ist ein Beitrag. Die 70 Millionen € für die Krankenhäuser z. B. hebeln nicht alles aus. Ich komme gleich darauf, was wirklich wichtig wäre.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Das ist aber ein Beitrag. Wenn man schon mit dem Haushalt, mit den Möglichkeiten des Landes der Krise begegnen will, dann wäre es doch sinnvoll, gerade im Bereich der Kraftfahrzeuge – bei Lastkraftwagen, Feuerwehrautos, Bussen – gegenzuhalten und zu fördern, damit mehr und nicht noch weniger Fahrzeuge als in der Vergangenheit bestellt werden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Bei allem, was wir mehr an Mitteln ausgeben – Herr Ministerpräsident, Sie haben selbst gerade darauf Bezug genommen –, ist es wichtig, dass das Geld hier ankommt. Das heißt, die Art und Weise, wie wir unsere Aufträge vergeben, ist von ganz zentraler Bedeutung.

Wir wissen, dass es ein todsicheres Instrument gibt, das dazu führt, dass bei Mittelstand und Handwerk im Land sehr wenig ankommt,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Konjunkturprogramme!)

nämlich PPP-Projekte an Finanzinvestoren zu vergeben.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Weihnachtsgutscheine für die SPD!)

Wer das nachvollziehen will, soll sich einmal ansehen, was bei dem Projekt in Offenburg an Schwarzarbeit, an Sozialversicherungsbetrug passiert ist, was es an Subsubsubunternehmen gab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben danach gefragt.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wir auch!)

Die Landesregierung sagt: „Wir wissen gar nichts davon, denn es ist ein privates Bauvorhaben.“ Alle Spielregeln der öffentlichen Auftragsvergabe sind über dieses Instrument ausgehebelt.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Jetzt lesen wir auf Seite 149 im Bericht des Wirtschaftsministeriums zum Staatshaushaltsplan 2009:

Auch im Rahmen der geplanten räumlichen Zusammenführung von Ministerien in Stuttgart wird PPP geprüft.

(Zurufe von der SPD)

Bei einem Auftragsvolumen, welches dasjenige, das jetzt zusätzlich eingebracht werden soll, weit übertrifft, schlagen Sie wieder eine Richtung ein, von der Handwerk und Mittelstand garantiert nichts haben. Wir werden dagegen angehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir lassen es nicht zu, dass Handwerk und Mittelstand bei den großen Aufträgen des Landes ausgehebelt werden.

Herr Ministerpräsident, wir sind da unterschiedlicher Meinung;

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Gott sei Dank!)

das weiß ich wohl. Aber es gibt auch in der CDU wichtige Mitstreiter, die sagen: „Im Rahmen eines Konjunkturpakets geht es auch um die Entlastung von Leistungsträgern.“

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Oh! – Zuruf des Abg. Werner Pfisterer CDU)

Da sind wir ganz bei Ihnen. Wer sind denn die Leistungsträger im Land? Das sind die Schaffer, das sind die Familien, das sind diejenigen, die für die Betreuung und die Bildung ihrer Kinder sorgen müssen, obwohl sie nicht mehr im Portemonnaie haben und alles mehr kostet. Die muss man doch entlasten!

(Beifall bei der SPD – Abg. Ingo Rust SPD: So ist es!)

Sie versprechen dies, aber anstatt sie zu entlasten, burden Sie ihnen eine Sonderlast auf. Sie verlangen von ihnen Kindergartengebühren. Die gibt es in Rheinland-Pfalz nicht, die gibt es im Saarland nicht, aber in Baden-Württemberg gibt es sie.

(Zurufe der Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP und Helmut Walter Rüeck CDU)

Warum müssen unsere Leistungsträger solche Sonderlasten tragen?

(Beifall bei der SPD – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Ein billiger Populismus!)

Sie burden Familien, die für eine gute Bildung ihrer Kinder sorgen, die ihre Kinder auf eine Hochschule schicken, die ih-

(Claus Schmiedel)

ren Kindern dabei helfen, einen Zweitwohnsitz zu finanzieren, die sonstige Ausgaben, die mit dem Studium zusammenhängen, finanzieren, eine Sonderlast in Form von Studiengebühren auf, die es in Rheinland-Pfalz nicht gibt,

(Zurufe der Abg. Werner Pfisterer CDU und Heiderose Berroth FDP/DVP)

die in Hessen abgeschafft wurden und die in anderen Ländern erst gar nicht eingeführt wurden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Also: Weg mit dieser Sonderlast für Leistungsträger in Baden-Württemberg!

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie zahlen Sie das alles? Sagen Sie das doch einmal! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das war nicht glaubwürdig! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Dann geht es um Geld

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, um Geld!)

für die Wirtschaft, das verfügbar ist, das den Rahmen dessen, was Sie, Herr Ministerpräsident, jetzt vorschlagen – da gehen wir mit: insgesamt 500 Millionen € an Bürgschaftsrahmen –, bei Weitem in den Schatten stellt. Das ist die Körperschaftsteuer, die im Zuge des Halbeinkünfteverfahrens von den Finanzämtern – auch von unseren – weit überhöht eingezogen wurde. Das macht im Bund ein Volumen von insgesamt 16 Milliarden € aus, das bei den Finanzämtern ruht und das den Unternehmen gehört.

(Abg. Ingo Rust SPD: So ist es!)

Das ist inzwischen durchgeklagt,

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Jawohl!)

und es ist durchgeklagt, dass dies in Raten zurückbezahlt wird.

Der Bundestag hat mit dem letzten Jahressteuergesetz ein Gesetz beschlossen, wonach diese Gelder, die den Unternehmen zustehen, abgetreten werden können. Das macht in Baden-Württemberg ein Volumen von 2,3 Milliarden € aus. Das ist das Vierfache des Bürgschaftsrahmens des Landes, Geld, das den Unternehmen gehört und bei unseren Finanzämtern liegt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Unglaublich!)

Jetzt gibt es ein Problem, Herr Finanzminister. Das Gesetz ist da. Aber in Deutschland brauchen wir zu jedem Gesetz noch eine Verordnung. Was geändert werden muss, ist die Abgabenordnung. Denn darin steht, dass dieses Guthaben im Zweifel mit einer auftretenden Steuerschuld des Unternehmens verrechnet werden kann. Das führt zwangsläufig dazu, dass die Banken dies nicht als Sicherheit annehmen, nicht akzeptieren können, weil sie sagen: „Möglicherweise ist das abgetretene Geld weg.“

Deshalb haben wir eine herzliche Bitte und eine dringende Forderung. Zuständig sind die Referenten für die Abgaben-

ordnung. Die sind jetzt zusammengekommen und haben sich mit dem Thema Kilometerpauschale und der Frage „Wie geht das Geld jetzt zurück?“ beschäftigt. Dann haben sie sich verabredet: „Wir treffen uns im März wieder.“ Das ist zu spät! Gehen Sie ans Telefon, machen Sie eine Schaltkonferenz mit Ihren Kollegen, machen Sie das zur Chefsache! Die Abgabenordnung muss noch in diesem Jahr, noch vor Weihnachten geändert werden,

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: So ist es!)

damit den Unternehmen in Baden-Württemberg ab Januar diese 2,3 Milliarden € als Liquidität zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der SPD)

Um Liquidität – für die Bürgerinnen und Bürger – geht es auch bei einem anderen Thema. Wo ist der Wirtschaftsminister?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Auf der Flucht! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

– Okay. Dann kann es ihm ja jemand sagen.

Um Liquidität, um Geld, das man zur Verfügung hat oder nicht zur Verfügung hat, geht es auch bei den Energiepreisen. Jetzt haben wir alle erfreut gelesen, dass Gazprom angekündigt hat, ab Januar

(Abg. Stefan Mappus CDU: Schröder! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja, genau!)

– Schröder sei Dank! –

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

für russisches Gas 30 % weniger zu verlangen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: War das Schröder? – Abg. Stefan Mappus CDU: Das war Schröder? – Gegenrufe von der SPD: Ja! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Gut erkannt, Herr Mappus! – Abg. Peter Hofelich SPD: Guter Mann! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Basta! – Abg. Alfred Winkler SPD: Kohl jedenfalls war es nicht! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Erhöhung war auch Schröder! – Unruhe)

– Egal, wer. Aber ich würde mich an Ihrer Stelle nicht darüber lustig machen, denn die Gasrechnung ist teuer,

(Abg. Stefan Mappus CDU: Eben!)

insbesondere die von der EnBW – um sie einmal zu nennen –, die im November die Preise um 20 % erhöht hat und angekündigt hat, im Januar mit den Preisen um 4 % herunterzugehen. Jetzt wäre es doch Aufgabe des Wirtschaftsministers, zu sagen:

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wo ist er denn?)

Wenn vom Vorlieferanten für russisches Gas 30 % weniger verlangt wird, dann muss der Mechanismus doch jetzt einmal umgedreht werden. Die behaupten doch immer, der Vorlieferant verlange mehr, deshalb müssten sie mit den Preisen nach

(Claus Schmiedel)

oben gehen. Jetzt sinken die Preise um 30 %; deshalb muss diese Preissenkung auch bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern, bei den Familien ankommen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das ist viel Geld. Das sind etliche Hundert Euro im Jahr, die jemand dann wieder zur Verfügung hätte, um seine Bedürfnisse zu befriedigen. Aber man muss sich darum kümmern. Von allein gehen die mit dem Preis nicht herunter,

(Abg. Ingo Rust SPD: So ist es!)

sondern das sitzen sie die Heizperiode lang aus und lassen sich dann feiern, wenn sie die Gaspreise im April senken. Jetzt, wenn es kalt ist, müssen die Preise heruntergehen!

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Warum sagen Sie eigentlich nie etwas zu den Milchpreisen, Herr Kollege? Zu den Milchpreisen sagen Sie nie etwas! Dabei interessiert das die Landwirte!)

Herr Ministerpräsident, ich komme noch einmal auf die Wirtschaft zu sprechen. Wir müssen alles tun, damit die Betriebe, die wettbewerbsfähig sind, die Krise überstehen. Da gibt es ein Thema, das zunehmend die Schlagzeilen beherrscht: „Dem Mittelstand droht Kreditklemme“ – so die IHK. Das ist auch so. Es ist fast egal, in welches Unternehmen man geht: Man bekommt eine völlig andere Antwort, als man sie von den Banken bekommt. Wenn man mit den Banken spricht, sagen sie immer: „Jeder bekommt einen Kredit, gar kein Problem.“ Diese Aussage kommt von den Kreissparkassen, der BW-Bank, den Volksbanken. Wenn man in die Unternehmen geht, hört man das Gegenteil.

(Abg. Werner Pfisterer CDU: Das ist immer so!)

Deshalb sind wir der Meinung, dass wir da mithelfen müssen. Wir schlagen vor, im Wirtschaftsministerium einen Beauftragten für die Kredite einzusetzen,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Den gibt es doch! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Wo ist denn der Wirtschaftsminister bei dieser Debatte? Das ist ja unglaublich!)

an den sich ein Unternehmer wenden kann, wenn es klemmt. Wir brauchen eine Sicht, die sich von der der Banken unterscheidet. Die Banken achten auf Sicherheit. Das ist auch gut so.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das müssen sie ja!)

Aber wir brauchen noch jemanden, der darauf achtet, ob ein Unternehmen zukunftsfähig ist, ob der Businessplan stimmt, ob die Aufstellung, die Innovationsfähigkeit vorhanden ist, ob eine Wettbewerbsfähigkeit für die Zukunft gegeben ist.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das muss auch die Bank prüfen! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist doch nichts Neues, überhaupt nichts Neues!)

Denn die Sicherheit vieler Unternehmen – auch solcher, die gut aufgestellt sind – kommt ins Rutschen. Die Sicherheit ist das Eigenkapital, die Sicherheit sind stille Reserven. Die sind ziemlich schnell aufgebraucht,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Fünfte Klasse Wirtschaftsgymnasium, was Sie da erzählen!)

wenn der Auftragsschwund anhält.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Was soll das jetzt?)

Deshalb brauchen wir an dieser Stelle eine staatliche Unterstützung.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die gibt es doch schon lange! Haben Sie das noch nicht mitgekriegt?)

Die gibt es in anderen Ländern auch. Wir sollten das machen. Derjenige könnte dann auch dafür sorgen, dass die Bürgschaftsfrage, die Ihnen und uns wichtig ist, rasch beantwortet wird. Eine Zehntagefrist sollte die Regel sein, innerhalb der ein Unternehmen an den notwendigen Kredit und die notwendige Bürgschaft kommt, damit es aufgrund von Liquiditätsproblemen nicht unnötig in Gefahr gerät.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident, wir waren jetzt bei dem Punkt: Wir versuchen alles, um wirtschaftliche Strukturen zu retten und Arbeitsplätze zu sichern. Aber es muss in dieser Krise noch etwas hinzukommen. Man muss sich zum Ziel setzen, dass die Wirtschaft aus dieser Krise gestärkt hervorgeht, dass man jetzt die Zeit, in der es an Aufträgen fehlt, in der die Konstruktionsbüros für die eigenen Produkte nicht voll beschäftigt sind, nutzt, um sich wettbewerbsfähiger zu machen, das heißt Innovationen in den Betrieben voranzubringen. Jetzt wäre die Zeit, mit den Methoden der Verbundforschung

(Abg. Alfred Winkler SPD: So ist es!)

das hohe Know-how in unseren wirtschaftsnahen Forschungsinstituten in die Betriebe zu bringen, das zu unterstützen und zu fördern. Deshalb müssen wir da etwas machen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist nicht neu!)

Wir müssen das fördern, damit das stattfindet.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das tun wir doch!)

Die Unternehmen haben in dieser Zeit nicht das Geld, um auch noch die Umstrukturierung, die Modernisierung, die Wettbewerbsfähigkeit in Angriff zu nehmen, wenn sie gefordert sind, das eigene Überleben zu sichern. Deshalb brauchen die Unternehmen an dieser Stelle noch einmal eine kräftige Unterstützung, damit sie stärker aus der Krise hervorgehen, als sie jetzt dastehen.

(Beifall bei der SPD)

(Claus Schmiedel)

Da kommt noch etwas hinzu: Gerade wenn kurzgearbeitet wird oder wenn gar Arbeitsplatzabbau droht, gibt es darauf auch eine Antwort, nämlich zu versuchen, jetzt diese Zeit zu nutzen, um längst überfällige Qualifizierungsmaßnahmen in den Betrieben voranzubringen. Jetzt ist es an der Zeit, diejenigen, die eine einfache Handarbeit im Betrieb machen, weiterzuqualifizieren. Denn wenn es den Betrieben besser geht, dann werden sie als Erstes eines tun: Sie werden so weit automatisieren, wie es überhaupt geht. Sie werden alle Produktionsstufen abschaffen, bei denen noch von Hand gearbeitet wird. Deshalb brauchen wir andere Beschäftigungsmöglichkeiten für diese Menschen. Es gibt wunderbare Modelle – auch bei der IHK in Stuttgart, auch zusammen mit der Wirtschaftsförderung der Region Stuttgart –, diese Beschäftigten zu Maschinenführerinnen und Maschinenführern weiterzuqualifizieren, sodass sie hinterher, wenn es wieder losgeht, auch tatsächlich eine Beschäftigungsoption haben.

Das heißt aber auch, Herr Wirtschaftsminister, dass man die Mittel des Europäischen Sozialfonds jetzt schwerpunktmäßig für diesen Bereich einsetzt und sagt: „In der Krise nutzen wir die Chance, um in den Betrieben die Weiterqualifizierung voranzubringen.“

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Dann geht es beim Thema Innovation noch um ein großes Thema. Das große Thema heißt: Was machen wir eigentlich mit dem großen Potenzial aus unseren Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen im Land, um ihre Produkte zur Marktfähigkeit zu bringen? Da haben wir ein Defizit. Nach dem Gründungsbarometer des ZEW fällt Baden-Württemberg bei Hightechexistenzgründungen zurück, obwohl wir das beste Potenzial, die besten Voraussetzungen dafür haben. Professor Bullinger hat doch wieder darauf hingewiesen, was hier alles erfunden wurde: Fax, Video. Daraus haben wir relativ wenig gemacht. Es reicht eben nicht, wenn auf dem Brennstoffzellenkongress in Stuttgart gesagt wird:

„Eine schnelle Umstellung auf regenerative Energien ist noch nicht in Sicht“, sagt Albrecht Rittmann vom baden-württembergischen Umweltministerium.

Jetzt begründet er das:

An technischem Know-how mangle es in Baden-Württemberg zwar nicht, die Markteinführung der Brennstoffzellentechnologie werde allerdings nicht energisch genug vorangetrieben.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Guter Mitarbeiter!)

Und dann gibt er wörtlich zu bedenken:

Wenn die marktfähige Brennstoffzelle nicht aus Deutschland kommt, dann wird sie eben nach Deutschland kommen ...

Der Mann hat recht, Herr Wirtschaftsminister. Holen Sie den zu sich ins Haus. Sie brauchen solche Leute.

(Beifall bei der SPD – Abg. Stefan Mappus CDU:
Der ist aber im Umweltministerium!)

Es geht nicht nur um die Brennstoffzelle, es geht um den Dienstleistungsroboter, es geht um andere Produkte, die in den Forschungslabors fertig entwickelt sind und jetzt zur Marktreife gebracht werden müssen. Dazu jedoch fehlt es jetzt auch an Investoren. Deshalb, Herr Ministerpräsident, schlagen wir vor, dass der Innovationsrat – ich hoffe, es gibt ihn noch –

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

uns einen Bericht über die Produkte gibt, die in den Forschungsanstalten in Baden-Württemberg im Labor fertig sind und die jetzt in die Praxis gehen müssen, um zur Marktreife zu gelangen. Wir müssen einen Bericht über solche Produkte bekommen, und der Wirtschaftsausschuss muss sich dann auf der Grundlage eines solchen Berichts mit der Frage beschäftigen, inwiefern ein Teil der Bürgschaften im Landeshaushalt auch dafür verwendet werden sollte, Investoren ein Stück weit das Risiko abzunehmen, das immer besteht, wenn man mit neuen Produkten auf den Markt geht. Wir müssen das machen.

Wir werden auch im Automobilbau wieder stark sein, aber wir werden dort nach dieser Krise nicht mehr dieselbe Anzahl von Arbeitsplätzen haben. Für andere Industriezweige gilt dies ebenfalls. Deshalb brauchen wir auch neue Themen für die industrielle Produktion in Baden-Württemberg. Das ist unsere Stärke: industrielle Fertigung, industrielle Produktion. Deshalb muss man sich darum aktiv kümmern. Die Dinge sind da, aber es bedarf noch einer Unterstützung durch die öffentliche Hand. Darum werben wir, und wir bitten Sie hierfür um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir aus der Krise gestärkt herauskommen wollen, dann müssen wir uns natürlich auch um das Thema Bildung kümmern.

(Zurufe von der SPD: Ja! So ist es! – Abg. Norbert Zeller SPD: Allerdings!)

Wie stark der Nachholbedarf dort ist, ist klar. Das ist durchaus kein Vorgriff auf die Zukunft, sondern es ist das Aufarbeiten von Versäumnissen der Vergangenheit. Dazu, wie groß der Nachholbedarf dort ist, möchte ich einmal aus einem Artikel der „Stuttgarter Zeitung“ vom 19. November 2008 zitieren, wo einige Zahlen für Baden-Württemberg angeführt werden:

42 % der getesteten 15-jährigen Hauptschüler sind in den Naturwissenschaften nicht weiter als Grundschüler ...

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja toll! – Oh-Rufe von der SPD)

In Mathematik sind es 46 %, und beim Lesen, der Schlüsselkompetenz für jegliches Lernen, sind es sogar 52 %.

Weiter schreibt die Zeitung:

Weder Kultusminister Rau noch Ministerpräsident Oettinger kann es sich angesichts dieser Zahlen leisten, die gute südwestdeutsche Gesamtbilanz weiter als sanftes Ruhekitzel zu nutzen. Es ist höchste Zeit für eine durchgreifende Initiative zugunsten der schwachen Schüler.

(Claus Schmiedel)

Die Zeitung hat recht, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Das Erste, bei dem man durchgreifen muss, ist doch die Förderung von Anfang an, die Förderung vor der Schule.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Machen wir!)

– Das machen Sie. Aber womit machen Sie das denn? Sie machen es mit Testerei. Sie testen nicht nur die Schuleignung,

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

sondern Sie testen auch zwischendurch. Und diese Tests fallen durch. Fast alle Fachleute sagen: Es ist falsch, es bringt nichts.

(Zuruf des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Fördern von Anfang an: Ich lade Sie ein, alle, Herrn Noll, Herrn Mappus – Herrn Kretschmann brauche ich nicht einzuladen; der weiß es –:

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ich weiß es auch! – Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Gehen Sie mit mir einmal in eine Einrichtung, z. B. in der Stadt Leimen. Dort wird im Kindergarten in einem sozialen Brennpunkt ab dem dritten Lebensjahr systematisch gefördert, und zwar von dem Personal, das da ist, mit den Methoden, die man hat. Da bedarf es keines Zwischentests. Da bedarf es keiner Schuleignungsprüfung.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wir gehen dem Schmiedel nicht auf den Leim!)

Der Grundschulrektor sagt heute: Obwohl 16 Nationalitäten in dieser Schule versammelt sind, obwohl die Einrichtung wirklich in einem sozialen Brennpunkt liegt, kommen alle Kinder gleich gut vorbereitet in die Schule. Das ist der Punkt. Man muss es machen. Es geht nicht darum, noch länger zu testen, sondern es geht um Förderung von Anfang an, spätestens ab dem dritten Lebensjahr, für alle Kinder.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Dann kommt die zweite Phase: Die Kinder kommen in die Schule, sie besuchen die Grundschule, und dann kommt die frühe Trennung. Mittlerweile weiß doch aber jeder, dass diese frühe Trennung mit eine Ursache für die schlechten Ergebnisse ist, von denen ich gerade gesprochen habe.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Quatsch! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Auch wenn man es zum 20. Mal sagt, wird es nicht richtiger! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

– Auch der Kultusminister geht jetzt doch darauf ein. Auch er stellt doch die Strukturfrage. Aber er gibt die falsche Antwort. Der Kultusminister sagt: Okay, das dreigliedrige Schulsystem wird kritisiert. Dann machen wir es doch viergliedrig!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Machen wir Gymnasium, Realschule, Werkrealschule und Hauptschule. Jetzt gehen die Elterngespräche los. Ich wünsche den Schulleitern noch viel Spaß, wenn sie auf die Fragen antworten müssen: Wie geht es weiter? Was ist denn eigentlich was? Keine Antwort!

Deshalb bleiben wir dabei: Wir brauchen die richtige Antwort. Wir wollen die Hauptschulen weiterentwickeln. Die werden aber erst dann richtig weiterentwickelt, wenn die Grundschulempfehlung abgeschafft wird, wenn es im Grunde genommen zwei Schularten gibt, nämlich eine, die zur Hochschulreife führt, und eine, die zur mittleren Reife führt, und zwar zum Realschulabschluss.

(Beifall des Abg. Norbert Zeller SPD)

Das ist die richtige Antwort: die Hauptschulen so weiterzuentwickeln, dass an jeder Schule ein Realschulabschluss möglich ist. Dann bekommen wir auch die besseren Bildungsergebnisse in Baden-Württemberg, die wir brauchen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Stefan Mappus CDU und Heiderose Berroth FDP/DVP)

Dann kommt der Schwindel mit der Bildungsoffensive. Das war ja eine ganz tolle Nummer, Herr Ministerpräsident, eine propagandistische Glanzleistung. Hochachtung! Aber wenn Sie mit den Eltern reden und fragen: „Was kommt denn an? Ist etwas von der Bildungsoffensive angekommen?“, hören Sie: „Natürlich nichts.“

(Abg. Stefan Mappus CDU: Wie auch! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das geht doch jetzt erst los!)

Da sagen Sie: „Kann auch gar nicht; ist ja erst für das nächste Jahr vorgesehen.“

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das geht doch jetzt erst los!)

– Das geht los. Also gut. Dann sage ich Ihnen einmal, wie es losgeht: Umfang der Bildungsoffensive: 528 Millionen €.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Richtig!)

Davon im Haushalt 2009: 49,5 Millionen €. Ein Zehntel!

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Klasse! Da geht es richtig los!)

Dann hat der Bildungshaushalt eine globale Minderausgabe von 13 Millionen € zu stemmen. 7 Millionen € müssen Sie außerdem noch wegsparen. Dann bleiben noch grandiose 30 Millionen € übrig. Von den 30 Millionen € werden 12 Millionen € für zusätzliche Lehrerstellen eingesetzt. Jetzt lesen wir in der Zeitung, dass von diesen 12 Millionen € natürlich auch schon wieder Gelder für Sonderaktionen abgezogen werden, z. B. für Plakate an den Hochschulen in der ganzen Republik. Schon wieder sind 25 Lehrerstellen weg.

Ich sage Ihnen: Das ist ein Schwindel, dass es die Haut anregt! Es kommt nichts an.

Deshalb dürfen wir die 500 Millionen € nicht auf die lange Bank schieben, sondern müssen sie vorziehen, vorziehen gegen Unterrichtsausfall, vorziehen für den schnelleren Über-

(Claus Schmiedel)

gang zu kleineren Klassen, vorziehen für individuelle Förderung. Das sind die Themen. Deshalb sollten Sie das nicht in die Ferne schieben, sondern im nächsten Jahr wirksam werden lassen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Stefan Mappus CDU: Sagen Sie auch etwas zur Finanzierung!)

Die 500 Millionen € – wenn Sie wissen wollen, wo die sind, Herr Kollege – liegen bereits im Haushalt. Das sind Mehreinnahmen aus den vergangenen Jahren. Darauf sind wir ja alle mächtig stolz. Überall hat er gespart, seine Töpfchen gebildet. Aber jetzt dieses Töpfchen noch weiter hinschieben und gleichzeitig über eine Bildungsoffensive zu sprechen, ist mit doppelter Zunge gesprochen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns einig: Wir stehen in den nächsten Jahren vor ganz besonderen Herausforderungen. Da bedarf es einer Regierung, die klare Ziele hat, die verlässlich argumentiert und auch verlässlich handelt.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Die haben wir in Baden-Württemberg! – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Widerspruch bei der SPD)

– Mein lieber Herr Kollege Herrmann! Sie werden jetzt gleich ganz ruhig.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

Denn der Ministerpräsident ist hier an diesem Pult gestanden und hat gesagt: „Ich habe nicht geglaubt, dass eine CDU/SPD-Regierung weniger in die Verkehrsinfrastruktur steckt als Rot-Grün.“

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das ist auch schlimm!)

Das hat er nicht geglaubt. Und das muss sich ändern.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir haben alle mitgearbeitet. Das ändert sich. Aber wir wollen nicht mehr in die Verschuldung. Darauf haben auch Sie hingewiesen. Also brauchen wir eine Finanzierung. Dazu ist die Maut da. Über Einnahmen aus dieser Maut wird z. B. jetzt die Autobahn nach Karlsruhe dort, wo sie noch nicht dreispurig ausgebaut ist, vorzeitig ausgebaut. 100 Millionen € für das Land Baden-Württemberg! Der Finanzminister stand bei seiner Einbringungsrede hier und hat gesagt: „Wir begrüßen die zusätzlichen Mittel, die durch die Maut jetzt im Land Baden-Württemberg investiert werden.“

Jetzt frage ich Sie, Herr Ministerpräsident: Warum haben Sie dann diese Maut im Bundesrat abgelehnt? Warum haben Sie die abgelehnt?

(Ministerpräsident Günther Oettinger: Enthaltung!)

– Enthaltung. Sie wissen wie ich

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

– nein, ich bin jetzt beim Ministerpräsidenten –,

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD)

dass eine Enthaltung im Bundesrat eine Neinstimme ist,

(Zurufe der Abg. Dr. Dietrich Birk und Stefan Mappus CDU)

und trotzdem haben Sie das an einem für Baden-Württemberg zentralen Punkt getan.

Noch gravierender wird das Thema, wenn man einmal in den Bundeshaushalt schaut. Herr Ministerpräsident, Sie haben wie wir intensiv darum gekämpft, dass Stuttgart 21 jetzt im Bundeshaushalt verankert wird, und zwar so verankert wird, dass das Projekt nicht mehr infrage gestellt werden kann.

(Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Das haben wir erreicht. Aber die notwendige Gegenfinanzierung für die Verpflichtungsermächtigungen sind die Mehreinnahmen aus der Maut. Mit der Enthaltung des Landes Baden-Württemberg an dieser Stelle haben Sie das Projekt infrage gestellt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Völliger Quatsch ist das!)

Sie argumentieren, es sei das Zukunftsprojekt des Landes schlechthin. Wenn es aber darum geht, die Mittel dafür bereitzustellen, dann treten Sie auf die Seite, dann sind Sie gar nicht mehr da. Sie sind nicht berechenbar, Sie sind nicht verlässlich an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der FDP/DVP)

– Nein, ich bin noch nicht fertig. – Im Landeshaushalt stehen 800 Millionen € Erbschaftsteuereinnahmen. Der Bundesratsminister, gefragt, ob die notwendige Erbschaftsteuerreform, die stattfinden muss, damit diese 800 Millionen € realisiert werden können, in den Vermittlungsausschuss komme: „Um Gottes willen, es geht um alles oder nichts.“ Abstimmung im Bundesrat, das Land Baden-Württemberg: Nein.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Gott sei Dank, prima! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: An den Folgen dieser Reform werdet ihr noch lange zu knabbern haben!)

Bei entscheidenden Weichenstellungen auch für unser Land ist diese Landesregierung nicht handlungsfähig. Herr Ministerpräsident, es ist direkt lachhaft, wenn Sie von dieser Stelle aus der Bundeskanzlerin die Zusammenarbeit anbieten. Dann muss man im Bundesrat auch springen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt verweisen Sie auf die Koalition, ich weiß schon. Aber jetzt sage ich Ihnen einmal, wie das geht.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Was sagen Sie zu Würth? – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Das Beispiel ist super! Das ist ja lächerlich!)

(Claus Schmiedel)

Das Land Berlin z. B. hat der Erbschaftsteuerreform zugestimmt, obwohl der kleinere Koalitionspartner dies nicht wollte. Herr Wowerit hat gesagt, zuerst komme das Land. Da verlange und erwarte ich auch von Ihnen, dass Sie sagen: „Zuerst kommt das Land und dann die FDP/DVP.“

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das Land wird die Folgen dieser Erbschaftsteuerreform noch bitter büßen! – Abg. Michael Theurer FDP/DVP meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten – Unruhe)

– Meine Redezeit ist gleich zu Ende. Ich muss mich noch mit Herrn Mappus unterhalten.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Ihnen laufen die Unternehmer davon, Herr Kollege!)

Herr Mappus, wir werden im Januar im Finanzausschuss in die Haushaltsberatungen eintreten.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzler FDP/DVP: Ich sage nur: Würth, Erbschaftsteuer! – Gegenruf des Abg. Alfred Winkler SPD: Ruhe auf den billigen Rängen!)

Im Januar wissen wir genauer als heute, was notwendig und geboten ist.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Eine Steuersenkung, Herr Kollege!)

Meine Bitte ist, dass wir uns von Ritualen lösen, die lauten: „Die Regierungsseite weiß sowieso immer alles besser, und die Opposition hat nur falsche Vorschläge“,

(Zuruf von der FDP/DVP: So ist es aber! – Heiterkeit des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

und uns darauf besinnen, dass wir gemeinsam in der Pflicht stehen.

Sie haben neulich auf ein Dilemma der CDU hingewiesen. Das stand im amtlichen Pressespiegel des Landtags.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Wenn Sie eine Steuersenkung vorschlagen, haben Sie meine Unterstützung!)

Die Zeitung fragte:

Wer ist eigentlich zurzeit der wirtschaftspolitische Kopf der Christdemokraten?

(Zuruf von der CDU: Darum brauchen Sie sich nicht zu kümmern, Herr Schmiedel!)

Herr Mappus antwortete:

Eines der Probleme der Union ist, dass wir auf der ganzen Breite der wirtschafts- und finanzpolitischen Themen nicht mehr so aufgestellt sind wie in der Vergangenheit. Es fehlen Charakterköpfe.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Oh-Rufe von der SPD)

Herr Mappus, warum so bescheiden? Sie sind ein Charakterkopf.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das hat auch niemand bezweifelt!)

Sie haben auf dem Parteitag der CDU gesagt: „Wenn das Schiff mit Wasser vollläuft, dann muss man es ausschöpfen und darf nicht warten, bis der Kahn abgesoffen ist.“ Dieser Spruch könnte von Karl Schiller stammen

(Lachen bei der CDU – Zuruf von der FDP/DVP: Da hat er recht! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Deshalb ist Karl Schiller auch aus der SPD ausgetreten!)

oder von mir.

(Lachen bei der CDU)

Einige sind der Meinung, ich sei auch ein Charakterkopf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber im Ernst: Jetzt ist die Stunde des Parlaments. Die Regierung hat einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der schon vor der Ersten Beratung in weiten Teilen überholt ist. Wir müssen uns im Januar zwingend an die Arbeit machen

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wir arbeiten schon jetzt, Herr Kollege!)

und schauen, wie die Situation ist, um nachzujustieren. Auch der Ministerpräsident hat zugestanden, dass man da nacharbeiten muss. Wir sind dazu bereit. Ich sage Ihnen ausdrücklich zu, auch über die Eckpunkte zu sprechen – zu jeder Tages- und Nachtzeit –, bevor man in die Beratung geht. Wir knüpfen unsere Zustimmung zum Haushalt von Baden-Württemberg im Jahr 2009 aber an drei Bedingungen.

Die erste Bedingung: Der Haushalt muss den Menschen nutzen, das heißt, er muss die Arbeitsplatzsicherheit erhöhen, die soziale Sicherheit erhöhen und Familien entlasten.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Punkt: Wir müssen der Wirtschaft wirksam helfen. Aufträge, die wir vergeben, müssen hier bei unseren Unternehmen ankommen. Kredite, die unsere Banken zur Verfügung stellen können, müssen auch zur Verfügung gestellt werden. Dazu bedarf es neuer Instrumente.

Der dritte Punkt: Der Haushalt insgesamt muss die Innovationskraft des Landes stärken, sodass unser Land aus dieser Krise stärker herausgeht, als es heute dasteht.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Mappus.

(Zuruf von der SPD: Charakterkopf!)

Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten diesen Haushalt in wirtschafts- und finanzpolitisch schwieriger Zeit. Die Folgen

(Stefan Mappus)

der internationalen Finanzmarktkrise haben Baden-Württemberg erreicht, und es ist zu befürchten, dass uns ihre Folgen im Frühjahr noch stärker erreichen werden.

Die erste Welle hat die Autoindustrie, unsere wichtigste Leitbranche, schon erfasst und in ein raues und schwieriges Fahrwasser gebracht. Noch stärker hat sie die Zulieferindustrie der Automobilindustrie erfasst. Niemand kann heute genau voraussagen, wie weit, wie kräftig und vor allem wie anhaltend der globale Strudel unsere Wirtschaft nach unten ziehen wird.

Meine Damen und Herren, die Dynamik der Ereignisse ist ohne jegliches historische Beispiel. Was sich im Moment abspielt, gibt es in keinem Lehrbuch. Es gab in der modernen Wirtschaftsgeschichte noch nie den Fall, dass weltweit, quasi synchronisiert in allen Ländern gleichzeitig die gleichen Abwärtsstrudel stattfinden. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg erwartet der Internationale Währungsfonds für 2009 eine globale, überall gleichzeitig stattfindende Rezession.

Für das Management dieser Krise gibt es kein Lehrbuch, gibt es keine Checkliste, gibt es noch nicht einmal einen einschlägigen Musterfall. Aber, meine Damen und Herren, so, wie diese Krise über Monate hinweg nicht richtig erkannt wurde, habe ich im Moment manchmal das Gefühl, dass sich diejenigen, die sie lange nicht gesehen haben, jetzt gegenseitig bei der Beantwortung der Frage überbieten: Wie schlimm wird es denn?

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ja!)

Ich kann nur sagen: Gerade in Baden-Württemberg haben wir keinen Grund zu übertriebener Schwarzmalerei und Untergangsstimmung, um dies einmal klipp und klar zu sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die baden-württembergische Wirtschaft ist stark; die Unternehmen sind wettbewerbsfähig. Baden-Württemberg hat in den guten Jahren seine Hausaufgaben gemacht. Wir sind besser aufgestellt und werden schneller als andere einen neuen Wachstumspfad einschlagen. Genau das, meine Damen und Herren, muss das überragende Ziel unserer Politik gerade auch im kommenden Jahr sein.

Die Bekämpfung der Krisenfolgen verlangt von uns volle Aufmerksamkeit und höchste Konzentration. Gerade deshalb, Herr Kollege Schmiedel, brauchen wir mehr denn je ein klares ordnungspolitisches Grundverständnis und sollten wir klaren ordnungspolitischen Zielen weiter folgen und nicht alles über den Haufen werfen, was man in puncto Ordnungspolitik als richtig erkannt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Da klatscht jetzt aber gerade die falsche Gruppe! – Gegenrufe der Abg. Heiderose Berroth und Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Ich warne davor, wegen der Übertreibungen des Kasino-Kapitalismus, wie wir ihn in der Bankenwelt erlebt haben, jetzt genau ins andere Extrem zu verfallen

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau!)

und das Heil in staatlichen Allmachbarkeitsfantasien zu sehen, wie es manche in der Bundesrepublik jetzt tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der Ruf nach dem starken Staat, meine Damen und Herren, wie wir ihn von Ihnen, Herr Schmiedel, vor zwei Wochen an dieser Stelle auch schon gehört haben,

(Abg. Reinhold Gall SPD: So was hört man von der FDP auch schon!)

trägt genau genommen den Kern der nächsten Krise schon in sich.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es!)

Der Staat kann einen Ordnungsrahmen schaffen,

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Er muss seine Regeln durchsetzen!)

er kann und muss auch Nothilfe leisten können.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ein starker Staat kann nicht zum Schaden sein!)

Er kann und soll stabilisierend und ordnend eingreifen. Er kann Fehlentwicklungen korrigieren und notwendige Regeln formulieren.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Genau!)

Aber er ist auf Dauer mit Sicherheit nicht der bessere Banker, mit Sicherheit nicht der bessere Manager

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

und schon gleich zweimal nicht der bessere Nachfrager, um dies auch einmal klar zu sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

Deshalb ist unser Ziel nicht der starke Staat, sondern ist unser Ziel der starke Bürger und vor allem die starke Wirtschaft. Deshalb müssen wir uns gut überlegen, mit welchen Mitteln wir in dieser Krise reagieren.

Meine Damen und Herren, es kann jetzt nicht darum gehen, dass man möglichst schnell möglichst viel öffentliches Geld rausbläst und unter die Leute bringt, egal wie, nach dem Motto „Je mehr wir ausgeben, umso mehr zeigen wir vermeintliche Handlungsfähigkeit.“

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Eine hektische und willkürliche Konjunkturpolitik, z. B. mit Konsumgutscheinen, wie Sie es vorschlagen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was? Wer hat das vorgeschlagen? Der Lauterbach ist doch nicht die SPD! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ist Frau Nahles aus der SPD ausgetreten?)

einfach das Geld unter die Leute zu bringen und zu gucken, was dann passiert, wie Sie es fordern und wie es die SPD for-

(Stefan Mappus)

dert, kostet viel Geld, aber es ist ein Strohfeuer und verpufft ganz schnell.

Meine Damen und Herren, was die Menschen in diesem Land mehr denn je erwarten, ist Berechenbarkeit, ist Verlässlichkeit. Sie erwarten ein klares ordnungspolitisches Konzept, vor allem einen sauberen Weg, weil nur auf diese Art und Weise das Vertrauen wieder zurückkehrt. Der Ausgang der Krise war schlicht und ergreifend, dass das Vertrauen in die handelnden Akteure, vor allem auf den Finanzmärkten, verschwunden ist. Das war die Ursache. Deshalb müssen wir in diesem Bereich den entsprechenden Szenarien begegnen.

Herr Schmiedel, es ehrt mich ja, wenn Sie mich schon mit Karl Schiller vergleichen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nur der Spruch!)

Nur nebenbei gesagt: Karl Schiller ist deswegen aus der Regierung Brandt und danach aus der SPD ausgetreten, weil er genau das nicht verwirklichen konnte, was er vorgehabt hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Genau! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber er kam wieder zurück!)

Insofern ist es relativ bezeichnend, wenn Sie ausgerechnet Karl Schiller als Kronzeugen anführen; denn er hat schon vor 37 Jahren genau erkannt, dass mit der SPD vernünftige Ordnungspolitik nicht zu machen ist.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Er war für den starken Staat!)

Worum es im Kern geht und was der Unterschied in der Philosophie zwischen uns ist und auch immer bleiben wird, ist schlicht Folgendes: Die SPD will möglichst viel Geld einnehmen, weil sie glaubt, dass der Staat besser entscheiden kann, wie man das Geld dann unter die Leute bringt.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es!)

Wir wollen exakt das Gegenteil: Wir wollen den Leuten möglichst wenig Geld abknöpfen, weil wir der Überzeugung sind, dass die Menschen mit ihrem Geld besser wirtschaften können, als es der Staat kann. Das ist genau der Unterschied.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! Bravo! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ist diese These empirisch belegt? – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist ein Naturgesetz!)

Deshalb sage ich Ihnen in aller Offenheit: Ich bin der Grundüberzeugung, dass es nun in dieser Krise wichtig ist – deshalb war Ihre Feststellung über die Kontinuität der Ausgaben makroökonomisch falsch, Herr Schmiedel –, dass der Staat jetzt, wenn die Nachfrage am Markt ausfällt, so weit es geht, diesen Ausfall der Nachfrage ein Stück weit ausgleichen muss. Er muss sich aber genau dann, wenn die Nachfrage von privater Seite auf den Märkten wieder einsetzt, auch wieder zurückziehen, weil es eben nicht Aufgabe des Staates sein kann, dauerhaft nachzufragen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Gehen Sie doch einmal in die Hochschulen hinein!)

del SPD: Gehen Sie doch einmal in die Hochschulen hinein!)

Deshalb ist, mit Verlaub, Ihr Vergleich, dass der Maurermeister jetzt keine Maschine oder keinen Kran oder was auch immer kauft, wenn er weiß, dass sich der Staat in einigen Jahren als Nachfrager wieder zurückzieht, falsch.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein!)

Denn am Ende der Krise, wenn der Markt wieder funktioniert, wird der Private, der viel besser entscheiden kann, was am Markt läuft, diese Nachfrage wieder generieren, die wir jetzt ein Stück weit ersetzen.

Deshalb ist dieses Infrastrukturprogramm so, wie wir es jetzt machen, richtig. Deshalb ist es auch richtig, dass der Bund ein erstes Infrastrukturprogramm gemacht hat. Deshalb ist es meines Erachtens auch richtig, wenn der Bund ein zweites Infrastrukturprogramm machen wird, um das dargestellte Szenario fortzuführen.

Ich sage Ihnen auch: Ich hielte es für richtig – ich glaube, ich befinde mich in diesem Land in guter Gesellschaft –,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: In meiner!)

wenn wir mit Blick auf das Steuersystem gerade jetzt in der Krise auch tätig würden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt müssen Sie fairerweise sagen, dass die SPD – ich will es gar nicht bewerten; ich stelle es nur fest – in Person von Herrn Steinbrück gesagt hat, in dieser Legislaturperiode sei eine Veränderung des Steuersystems mit der SPD nicht machbar.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Deshalb ist es richtig, wenn die CDU sagt: In Ordnung, eine große Steuerreform, die ohnehin einen größeren Vorlauf braucht und die man logischerweise nur zum 1. Januar eines Jahres beginnen lassen kann, wird es jetzt nicht geben. Deshalb hat es keinen Sinn, in diesem Bereich große Diskussionen zu führen.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Ich sage aber auch: Es gäbe eines, was man mit einem Federstrich machen könnte, was allerdings die SPD im Bund – das ist vielleicht hier anders – auch nicht will: Das wäre die Beseitigung der kalten Progression,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU und Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

und zwar aus einem ganz einfachen Grund, den ich Ihnen einmal an einem einfachen Beispiel darlegen will, bei dem es mich, ehrlich gesagt, seit Langem wundert, dass Sie nicht darauf einsteigen. Meine Damen und Herren, wenn ein Gas- und Wasserinstallateur bzw. eine -installateurin, 40 Jahre, verheiratet, zwei Kinder, im Tarifgebiet Baden-Württemberg mit einem Monatsverdienst von bisher 2 300 € nun 4 % mehr

(Stefan Mappus)

Lohn erhielte, dann würde deren Steuerlast in der Steuerprogression um 22 % ansteigen, plus steigende Sozialausgaben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Deshalb müssen die Sozialabgaben runter!)

Diese Person hat am Ende der Gehaltserhöhung, wenn es schlecht läuft, netto weniger als vor der Gehaltserhöhung.

(Zurufe von der CDU: Richtig! – Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das sind Grenzsteuersätze, keine Durchschnittssteuersätze! Das ist grottenfalsch!)

Dieser Person erzählen wir dann noch, sie müsse für ihre Altersvorsorge Geld zurücklegen, sie müsse für ihre medizinische Versorgung finanziell vorsorgen. Gleichzeitig fordern wir aber: Leistung in diesem Staat muss sich lohnen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was sagt denn der Herr Oettinger dazu?)

Deshalb sage ich Ihnen: Die SPD muss endlich bereit sein,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: He! Was sagt denn Herr Oettinger dazu?)

dass man die unteren und mittleren Einkommen entlastet, damit sich Leistung in diesem Land wieder lohnt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

– Nein.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Doch! Vertritt das der Herr Oettinger im Bundesrat?)

Herr Schmiedel, auch da müssen Sie richtig zitieren. Ich kann Ihnen dazu gern Zitate aus der FAZ oder anderen Zeitungen vorlegen. Der Ministerpräsident dieses Landes sagt auch: Wir brauchen spätestens in der nächsten Legislaturperiode eine Steuerreform.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Wenn Sie bereit wären, hätten wir diese jetzt schon machen können. Auch das ist Tatsache.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb: Steigen Sie doch erst einmal dort ein! Zeigen Sie doch nicht immer mit dem Finger auf andere, und behaupten Sie doch nicht, was die angeblich nicht machen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch Ihre Politik im Bundesrat! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Sorgen Sie doch mit Ihrem Einfluss auf den Bundesfinanzminister dafür, dass man das, was man jetzt machen könnte, auch realisiert: die Beseitigung der kalten Steuerprogression.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Ich kann Ihnen nur sagen: Nicht der Ministerpräsident muss ein Telefonat führen, sondern Sie müssen ein Telefonat nach Berlin führen, damit man das endlich einmal machen kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Wolfgang Drexler: Wir telefonieren dauernd!)

Herr Schmiedel, Sie stellen sich in jeder Plenardebatte hierher und versprechen das Blaue vom Himmel.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das macht er immer!)

Sie sagen natürlich wohlweislich nichts über die Finanzierung.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es!)

Jetzt gestehe ich der Opposition zu: Da sie sowieso keine Mehrheit hat, braucht sie sich auch keine Gedanken zu machen, wie man einen Haushalt mehrheitsfähig beschließen kann.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sie macht sich auch keine!)

Trotzdem sollte man es mit dem Populismus nicht übertreiben.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wir haben noch nie Vorschläge gemacht, die nicht gegenfinanziert waren! – Gegenruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Er spricht von den Roten, Herr Kollege!)

Denn glauben Sie mir eines – das müssten Sie eigentlich sehen, wenn Sie die Umfrageergebnisse anschauen –:

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ziel 18!)

Die Leute nehmen Ihnen nicht ab, dass Sie das alles machen wollten oder würden, was Sie ständig versprechen, wenn Sie keine Finanzverantwortung haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Populist!)

Neuester Coup: Herr Schmiedel läuft durchs Land mit dem sagenhaften Argument: Um den Mittelstand zu entlasten, müssen wir jetzt Kindergartengebühren und Studiengebühren abschaffen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Richtig! – Abg. Alfred Winkler SPD: Andere können es auch!)

Klingt gut. Herr Schmiedel, wenn Sie mir einen einzigen Fall in Baden-Württemberg nennen – einen einzigen! –, in dem der Kindergartenbesuch eines Kindes an den Kindergartengebühren gescheitert ist,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Darum geht es nicht! Leistungsträger entlasten!)

können wir darüber jederzeit reden.

(Stefan Mappus)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Die Leute sparen sich das Geld ab! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie sprechen von Entlastung und langen den Leuten ins Portemonnaie!)

– Nein. – Bei diesem Thema sind wir ordnungspolitisch exakt an dem Punkt, der mich an der SPD seit jeher stört: Wir möchten, dass man den Menschen möglichst wenig Steuern abknöpft,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie knöpfen sie ihnen doch ab! Sie langen den Leistungsträgern ins Portemonnaie!)

sodass derjenige, der sich das leisten kann, die Kindergartengebühren zahlt und derjenige, der es sich nicht leisten kann, vom Staat Unterstützung bekommt. Genau so läuft es in Baden-Württemberg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ich brauche nachher fast gar nicht mehr ans Rednerpult zu gehen! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Mappus, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

Abg. Stefan Mappus CDU: Jetzt nicht.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Dann zum Thema „Studiengebühren und soziale Gerechtigkeit“. Herr Schmiedel, sagen Sie mir bitte einmal – erklären Sie es dem Hohen Haus, und erklären Sie es den Zuschauern –, warum einerseits ein Hauptschulabsolvent ab dem 14. Lebensjahr, wenn er in den Beruf geht, Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Rentenversicherung,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Pflegeversicherung!)

Lohn- und Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag, alles, was das ganze System beinhaltet, zahlen muss, warum also derjenige, der weniger verdient und 15 Jahre länger einzahlt, alles selbst bezahlen muss – wenn er die Meisterprüfung macht, zahlt er noch 6 000 oder 8 000 € zusätzlich –,

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

während der Akademiker in dieser Phase nichts zahlen muss. Wenn Sie das unter sozialer Gerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland verstehen, kann ich nur sagen: Da haben wir nach meiner Überzeugung das bessere Konzept, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Genau! – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: So ist es!)

Deshalb ist die Umverteilungspolitik à la SPD, wie sie in den letzten 50 Jahren in deren Zuständigkeit betrieben wurde, ordnungspolitisch das falsche Konzept.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Schaum vorm Mund wegwischen!)

Die Menschen wissen besser, was sie mit ihrem Geld machen können und wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Warum holen Sie es ihnen dann aus dem Portemonnaie heraus?)

Meine Damen und Herren, genau dies hat die CDU-geführte Politik für Baden-Württemberg in den letzten Jahrzehnten klassischerweise hier auch so praktiziert. Ich glaube und bin der tiefen Überzeugung, dass die Menschen speziell im Badischen und Württembergischen genau diese Mentalität auch richtig einzuschätzen wissen

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Warum wollen die Menschen zu uns kommen? Weil es so schlecht und elend ist? – Gegenruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Weil die SPD so schwach ist!)

und dass sie diese Politik auch in den nächsten Jahren wollen.

Meine Damen und Herren, ein weiterer entscheidender Punkt ist: Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, das flächendeckend strukturstark ist. Wir haben den mittleren Neckarraum als größten Wirtschaftsraum in Europa. Wir haben die Technologieregion Karlsruhe. Wir haben am Dreiländereck Hessen/Rheinland-Pfalz/Baden-Württemberg die Biotechnologieregion Rhein-Neckar. Wir haben den Breisgau mit starkem Tourismus und mit einer der besten Universitäten in Deutschland.

(Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Wir haben im tiefsten ländlichen Raum die niedrigste Arbeitslosigkeit in ganz Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Diese Strukturstärke, wie sie Baden-Württemberg hat, hat kein anderes Bundesland, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Baden-Württemberg ist das Land der mittelständischen Weltmarktführer. Vor Kurzem wurde eine Untersuchung im „Handelsblatt“ veröffentlicht, nach der bundesweit die meisten der kommenden Weltmeister im Mittelstand auf den Märkten, also diejenigen, die die besten Aussichten auf Erfolg haben, aus Baden-Württemberg kommen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, genau das, die Verbindung dessen, was ich gerade aufgeführt habe, ist die Quelle von wirtschaftlicher Leistungskraft, von Jobs und von Wohlstand in diesem Land. Genau deshalb wollen wir diese Politik in den nächsten Jahren so fortführen.

Deshalb dürfen wir es nicht zulassen, dass die Krise unsere Substanz beschädigt. Unser Mittelstand ist zwar reich an Ideen, aber, wie wir sehen, in dieser Krise arm an Kapitalreserven. Genau deshalb müssen wir dafür sorgen, dass der Mittelstand auch in den nächsten Monaten solvent bleibt, auch wenn die Geldmärkte weiter stocken. Genau dies wollen wir mit ergänzenden Maßnahmen zur Kompensation des Nach-

(Stefan Mappus)

frageausfalls erreichen. Genau dies wollen wir auch mit Blick auf die LBBW mit der Politik erreichen, die wir in den letzten Tagen, Wochen und Monaten beschrieben haben.

Herr Schmiedel, Sie haben heute zwar Nikolaus und Osterhase in einer Person gespielt,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje! Da kennen Sie sich ja aus!)

aber im Vergleich zu Ihnen sind die beiden die Ausgeburt von Sparsamkeit und Seriosität; um das auch einmal klar zu sagen.

Sie haben nichts, aber auch gar nichts darüber gesagt, wie Sie es finanzieren wollen.

(Abg. Georg Nelius SPD: Nicht zugehört!)

Über was Sie in Ihrer Rede nicht ein einziges Mal gesprochen haben, ist die Frage: Wie wollen Sie die Nullneuerschuldung, die Sie immer gefordert haben – die Sie aber nicht mehr auf Ihrer Agenda haben, seit wir sie erreicht haben –, in dieser schwierigen Situation, wenn irgendwie möglich, halten?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Steuererhöhung! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Er wäre froh, wenn wir sie aufgeben würden, damit er die Ausgaben erhöhen kann! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Genau darum, meine Damen und Herren, muss es auch in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren gehen. Um es klipp und klar zu sagen: Wir als CDU-Fraktion

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

werden die Regierung bei allen Anstrengungen unterstützen, damit, wenn irgendwie auch immer möglich,

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Klaviatur der Steuererhöhung!)

die Nullneuerschuldung eingehalten wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Georg Nelius SPD: Egal, was passiert!)

Dass wir auch in Zukunft, wenn irgend möglich, nur das Geld ausgeben, das wir vorher eingenommen haben, ist nicht nur ein Grundsatz, der für jeden Privaten eigentlich immer gilt, sondern schlicht und ergreifend eine Frage von Moral mit Blick auf zukünftige Generationen. Genau deshalb wollen wir diesen Weg unumkehrbar einhalten.

Meine Damen und Herren, dies bedeutet auch: wenn irgend möglich keine neuen strukturellen Schulden für den Landeshaushalt trotz der Kapitalerhöhung bei der LBBW, keine Neuverschuldung trotz Wiedereinführung der Pendlerpauschale durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, keine Neuverschuldung durch Konjunkturpakete, auch nicht durch solche der Bundesregierung.

Klarerweise birgt der Haushalt 2009 Risiken in sich. Da gibt es nichts schönzureden. Aber es gibt auch keinerlei Grund, am

heutigen Tage schon Negativszenarien aufzuwerfen, wie denn das nächste Jahr unter Umständen laufen könnte.

Dabei ist eines klar, meine Damen und Herren: Wir sind bei der Aufstellung des Entwurfs für den Haushalt 2009 von einer Wachstumsrate in Höhe von 0,2 % ausgegangen. Jeder Prozentpunkt an Wirtschaftswachstum weniger kostet uns 100 bis 150 Millionen € netto. Umso mehr wird, glaube ich, allein an dieser Zahl ersichtlich, dass wir alles dafür tun müssen, um auch im Haushalt 2009 und in den Folgehaushalten die Nullneuerschuldung, wenn irgend möglich, zu halten. Ich sage nochmals: Dies ist eine Aufgabe von Moral. Sie wird von uns erwartet. Ich rate allen, auch der Opposition, alle ihre Vorschläge daraufhin zu überprüfen, ob sie überhaupt Bestandteil dieser Nullneuerschuldungspolitik sein können.

Meine Damen und Herren, der Haushalt 2009 ist trotzdem ein Haushalt des Agierens. Der Forschungs- und Hochschulbereich gehört zu den Premiummarken unserer Politik. Die Erfolge hierbei sind besonders deutlich sichtbar. Vier von neun Eliteuniversitäten in Deutschland stehen in Baden-Württemberg. Ich bin der Überzeugung, dass allein dies ein Markenzeichen ist und zeigt, dass die Richtung in unserer Politik stimmt. Dies ist einer pflichtbewussten Haushaltspolitik zu verdanken. An den rund 600 Millionen €, die durch die Exzellenzinitiative an die Universitäten fließen, beteiligt sich das Land mit 25 %, also mit 150 Millionen €.

Herr Schmiedel – um auch dies klar zu sagen –, wer gegen die Studiengebühren ist, muss hier auch sagen, woher die 180 Millionen € für die Hochschulen in diesem Land kommen sollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Dabei muss ich schon sagen: Dass ich noch erleben darf, dass ausgerechnet der Kollege Schmiedel die Ministerpräsidenten Koch und Rüttgers als Vorbild in diesem Parlament darstellt,

(Heiterkeit bei der CDU)

hätte ich nicht gedacht.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich kann nur sagen, lieber Herr Schmiedel: Sie entwickeln sich allmählich zum Clement der SPD von Baden-Württemberg.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Hoffentlich erleiden Sie nicht das gleiche Schicksal wie er.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Wir nehmen ihn nicht! – Abg. Thomas Blenke CDU: Wir würden ihn nicht nehmen!)

Meine Damen und Herren, weitere 150 Millionen € im Jahr stellt das Land für die Bewältigung der Herausforderung des doppelten Abiturjahrgangs 2012 zur Verfügung.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Das ist ein Thema, das uns sehr am Herzen liegt. Mit dem Hochschulausbauprogramm 2012 schaffen wir die Vorausset-

(Stefan Mappus)

zung dafür, dass jeder, der studieren will, auch einen Studienplatz erhalten kann – auch in dem Jahr, in dem zwei Abiturjahrgänge gleichzeitig an die Hochschulen kommen.

Wir schaffen dafür 16 000 zusätzliche Studienanfängerplätze bis zum Jahr 2012. Der schon im letzten Doppelhaushalt begonnene Ausbau der Studienplätze wird im Haushalt 2009 fortgesetzt. 2007 und 2008 wurden bereits über 5 000 zusätzliche Studienanfängerplätze an den Hochschulen und Berufsakademien des Landes geschaffen. Im Jahr 2009 werden über 3 600 weitere Studienanfängerplätze in Baden-Württemberg hinzukommen.

Der Ausbau der Studienplätze, meine Damen und Herren, zeigt schon jetzt Wirkung. Die Studienanfängerzahlen sind zu Beginn des Wintersemesters entgegen dem, was die Opposition in diesem Haus prognostiziert hat, auf ein Rekordniveau gestiegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sehr gut! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Weil es eine Rekordzahl von Abiturienten gibt!)

Noch nie haben in Baden-Württemberg so viele junge Menschen studiert wie in diesem Wintersemester,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Weil es eine Rekordzahl von Abiturienten gibt!)

obwohl Sie immer behauptet haben, die Einführung der Studiengebühren trage exakt zum Gegenteil bei.

(Zuruf des Abg. Georg Nelius SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich die Kommunen in die Bewertung einbeziehen. Die Kommunen des Landes stehen finanziell exzellent da. Dies ist ein solides Fundament, auf dem wir gemeinsam auch in der Krise bauen können. Zwischen dem Land und den Kommunen wird es kein Gegeneinander, sondern immer ein Miteinander geben. CDU, FDP/DVP und die Landesregierung machen Politik mit den Kommunen in Baden-Württemberg und nicht gegen sie.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig! – Abg. Peter Hofelich SPD: Nicht immer!)

Nach Angaben des Statistischen Landesamts belief sich das kommunale Finanzvermögen der Stadt- und Landkreise und der kreisangehörigen Gemeinden in Baden-Württemberg zum 31. Dezember 2007 auf rund 16,4 Milliarden €. Dies war im Vergleich zum 31. Dezember 2006 ein Plus von 12,9 %. In den ersten neun Monaten des Jahres 2008 stiegen die Einnahmen der Kommunen um 6 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum auf 19,3 Milliarden €. Auch der Finanzierungüberschuss der Kommunen im Land hat sich um rund 3 % gegenüber dem Vorjahr erhöht. Genau deshalb, meine Damen und Herren, ist es richtig, dass sich die Kommunen im Land mit ihrer soliden Ausgangsbasis gemeinsam mit dem Land an diesem Konjunkturpaket beteiligen, damit wir ausfallende Nachfrageeffekte ersetzen und gemeinsam mit den Kommunen alles dafür tun, um im Jahr 2009 der Krise so weit wie möglich entgegenzutreten.

Mit der Qualitätsoffensive Bildung setzen wir ein klares Zeichen für eine auch künftig gute Ausbildung an den Schulen in

Baden-Württemberg. Meine Damen und Herren, gut ausgebildete junge Menschen sind das wichtigste Kapital, das wir haben. Deshalb, Herr Schmiedel, ist es schlicht unseriös, wenn Sie bei 548 Millionen € für die Bildungsoffensive, solide finanziert ohne Neuverschuldung, versuchen, den Leuten zu suggerieren, es würde überhaupt nichts passieren.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Schauen Sie doch in den Haushalt!)

Was Sie machen, ist eine Verschleierung von Tatsachen. Sie müssten in der Zwischenzeit eigentlich mit Ihrem – vorsichtig ausgedrückt – leicht fehlgeschlagenen Projekt, die Eltern von G-8-Schülern gegen die Politik aufzuwiegen,

(Heiterkeit des Abg. Reinhold Gall SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Voller Erfolg!)

gemerkt haben, dass die Menschen klüger sind, als Sie vielleicht denken.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das sehen die Menschen anders!)

– Herr Kollege, wenn Sie 11 % Reaktion als einen Erfolg bezeichnen, dann wissen wir, wo die SPD in Baden-Württemberg in der Zwischenzeit steht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Weltklasse! Das tut Ihnen richtig weh! Wir wissen es! Die Zustimmung, die Sie dafür erhalten haben, liegt bei 2 %!)

Wir wollen in den nächsten Jahren in Bildung investieren und die Klassen kleiner machen. Kein anderes Bundesland, schon gleich zweimal kein SPD-regiertes Bundesland, senkt den Klassenteiler für alle Schularten in den kommenden Jahren auf 28 Schüler. Herr Schmiedel, Sie wissen ganz genau, dass wir, selbst wenn wir noch so viel Geld hätten, das Ganze gar nicht auf einen Schlag machen könnten, weil wir auf dem Markt nicht innerhalb eines Jahres 4 500 Lehrer zusätzlich bekommen können. Das geht gar nicht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Selbst verschuldet! – Abg. Reinhold Gall SPD: Selbst verschuldet! Wie bei der Polizei auch! Da finden Sie auch niemanden mehr! – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Insofern machen Sie auch in diesem Bereich den Menschen einfach etwas vor, und Sie wissen das. Sie sagen die Unwahrheit wider besseres Wissen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Überall selbst verschuldet!)

Jetzt zu den Vorschlägen der SPD. Ich möchte Ihnen gern noch die Gelegenheit geben, uns in Ihrer rhetorischen Restlaufzeit, die Sie heute noch zur Verfügung haben,

(Vereinzelt Heiterkeit)

einmal zu erklären, wie Ihre Vorschläge alle zusammenpassen. Meine Damen und Herren, ein kleiner Auszug aus dem SPD-Wunschzettel, was Mehrausgaben angeht: Sie fordern zusätzliche Ausgaben in puncto Konjunkturprogramm – zu

(Stefan Mappus)

sätzlich zu dem, was heute verkündet wurde – in Höhe von mehreren Hundert Millionen Euro. Sie fordern 10 Millionen € mehr für die Filmförderung. Sie sagen, die Mittel, die für Stuttgart 21 und für die Schnellbahntrasse Stuttgart–Wendlingen–Ulm verwendet werden, müssten – das ist ein Zitat von Ihnen – in gleicher Höhe auch im badischen Landesteil investiert werden. Sie sagen noch nicht einmal, wo. Sie sagen nur, Sie wollten die gleiche Summe auch andernorts.

(Zurufe der Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP und Gunter Kaufmann SPD)

Sie fordern 1 € Landesgeld für jedes Schulessen in Baden-Württemberg, egal, ob ein Bedarf besteht oder nicht. Sie fordern 367 Millionen € zusätzliche Ausgaben für den Krippenausbau. Dann schweben Sie in Hockenheim ein. Seit Neuestem ist Herr Schmiedel auch Formel-1-Fan, vor allem von Bernie Ecclestone.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Er ist der Meinung, wir müssten jetzt schnellstmöglich den Hockenheimring mit Steuergeldern subventionieren.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Er ist schon dabei! Der Ministerpräsident ist schon angesprungen!)

Meine Damen und Herren, Sie fordern, fordern und fordern, aber Sie sagen nicht mit einem Wort, wie Sie das finanzieren wollen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Doch! – Abg. Reinhold Gall SPD: Natürlich!)

Herr Schmiedel, was Sie machen, ist unseriös.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Übrigens haben Sie bisher immer gesagt, die Nullneuerschuldung sei das höchste Ziel. Sie haben nicht geglaubt, dass wir sie erreichen. Seit wir sie erreicht haben, findet sie bei Ihnen gar nicht mehr statt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das haben Sie schon einmal gesagt! Das ist eine Redundanz!)

Heute kam das von Ihnen nicht ein einziges Mal. Mit diesen Vorschlägen, die Sie landauf, landab bei Ihren Trips quer durch Baden-Württemberg als Wunschzettel verbreiten, ist das Thema Nullneuerschuldung schon lange aus Ihrer Agenda verschwunden. Meine Damen und Herren, Sie gefallen sich in der Rolle dessen, der überall alles verspricht,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Lieber Onkel!)

und glauben allen Ernstes, dass die Leute nicht merken, dass Sie das überhaupt nicht finanzieren können.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Fragen Sie einmal die Handwerker! – Unruhe bei der SPD)

Die Grünen scheinen mir in diesem Bereich ein Stück weit seriöser. Zumindest kann man nachlesen, dass Frau Eid – nicht Mitglied der Landtagsfraktion, aber immerhin bundespolitisch

tätig – einmal gesagt hat – allerdings über ihre eigenen Kollegen –, dass sie, nachdem sie seit fast 30 Jahren Mitglied der Grünen sei, in der Zwischenzeit den Eindruck habe, dass – ich zitiere – „die Dominanz einfacher Weltbilder und die Freude am Populismus“ bei Parteifreunden vorherrschten. Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen: Das kommt nicht von jemandem aus der CDU, es kommt von einer führenden Bundespolitikerin aus Ihrer Partei. Hören Sie deshalb endlich auf, meine Damen und Herren von der Opposition, den Menschen in diesem Land das Blaue vom Himmel herunter zu versprechen, obwohl Sie genau wissen, dass Sie es nicht einhalten können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Kümern Sie sich einmal um Ihren eigenen Populismus!)

Lassen Sie mich zusammenfassen: Baden-Württemberg war, ist und bleibt ein Modell für Wirtschaftskraft und für Zusammenhalt. Ich glaube, gerade in der Krise zeigen und beweisen wir diese Stärke, ganz abgesehen davon, dass eine Krise auch als Chance gesehen werden kann und ich mir sicher bin, dass bei unserem derzeitigen Handling dieses Land am Ende des Tages gestärkt aus der Krise hervorgehen wird. Die CDU-FDP/DVP-geführte Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen sind starke Partner leistungsstarker und leistungsbereiter Menschen und einer starken Wirtschaft für unser Baden-Württemberg. Deshalb werden wir ausschließlich mit Blick auf das Land alles dafür tun, dass die solide Politik der letzten Jahre im Zuge einer Nullneuerschuldung, im Zuge eines soliden Umgangs mit den Finanzen und auf der Basis ordentlicher ordnungspolitischer Konzepte auch in den nächsten Jahren eingehalten wird. Helfen Sie mit! Hören Sie auf mit Fundamentalkritik! Arbeiten Sie mit am erfolgreichen Konzept,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir haben Angebote gemacht! Die sollten Sie schon noch annehmen!)

damit Baden-Württemberg in eine gute Zukunft geht!

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie reagieren wir auf die Krise? Unsere Leitlinie heißt: Aus der Krise lernen heißt in den Wandel investieren, die Dinge durchdenken, bevor man Vorschläge macht. In der Krise muss man mehr denken als schon vor der Krise und nicht weniger.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Geht es hier um ein Konjunkturprogramm? Wer glaubt, der Staat könne die Wirtschaft wirklich materiell mit eigenen Programmen ankurbeln, der lebt nicht in der Wirklichkeit einer offenen und globalisierten Wirtschaft. Das sieht man schon an den zahlenmäßigen Dimensionen. Das Bruttoinlandsprodukt beträgt in Baden-Württemberg 350 Milliarden € im Jahr. Wie groß müsste wohl ein Konjunkturprogramm sein, das die Wirt-

(Winfried Kretschmann)

schaft materiell ankurbelt? 10 % davon? Das wäre schon mehr als unser Haushalt. 1 %? Das wären 3,5 Milliarden €. Also kann man dieses Gerede von der materiellen Ankurbelung der Wirtschaft durch staatliche Programme vergessen.

(Beifall bei den Grünen)

Es geht um etwas ganz anderes: Gelingt es uns, durch Vorschläge, die wir jetzt machen, in der Bevölkerung, in der Wirtschaft, in den Kommunen Vertrauen zu schaffen? Dieses Vertrauen müssen wir erreichen. Ohne Vertrauen kommt man nicht aus der Krise heraus, denn Vertrauensverlust, Misstrauen, Zukunftsängste sind der Hauptgrund, warum es überhaupt immer tiefer in die Krise geht. Deswegen müssen wir Vorschläge machen, bei denen die Menschen das Gefühl haben: Diese Vorschläge sind von uns durchdacht, und sie sichern die Zukunft. Nur darum kann es bei solchen Programmen gehen.

(Beifall bei den Grünen)

Politik in der Krise braucht nicht Hektik, sondern Weitblick, nicht noch mehr Reflexe, sondern mehr Reflexion. Wer Nachhaltigkeit will, der muss die eigene Politik nachhaltig machen.

Zweitens: Der Ort des Wandels liegt dort, wo die Menschen leben und arbeiten, wo sie investieren und konsumieren. Das ist vor Ort, in den Betrieben, im Mittelstand, in den Städten und Gemeinden. Deswegen müssen wir, Herr Ministerpräsident, Kommunen und Wirtschaft als Bündnispartner im Wandel gewinnen, denn sonst kann nichts in Gang kommen.

Wie gehen wir mit diesen Partnern um? Schauen wir zuerst zu den Kommunen. Betrachten wir einmal das Maßnahmenpaket der Bundesregierung, Herr Mappus und Herr Schmiedel. Der Deutsche Städtetag hat folgende Bilanz gezogen: Der Mittelzuwachs durch die Förderprogramme des Bundes beträgt für die Kommunen 500 Millionen €. Die Steuerminder-einnahmen dagegen, die sich aus dem Paket der Bundesregierung für die Kommunen ergeben, liegen bei 1,7 Milliarden €. Bilanz: minus 1,2 Milliarden € – für die Kommunen wenig erfreulich!

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl
GRÜNE: Das nennt sich dann Impulsprogramm!)

Frage: Ist Oettinger besser als Merkel und Steinbrück? Ein wenig schon, aber leider nur ein wenig. Oettinger nimmt den Kommunen wenigstens nichts weg, aber er gibt ihnen auch nichts. Wir sagen, Herr Mappus: Nicht erst geben und dann wieder nehmen, sondern wenn man es ernst meint, dann muss man auch einmal neues Geld in die Hand nehmen. Dass das auch ohne neue Schulden geht, werde ich Ihnen nachher noch klarmachen.

Herr Stächele, das Wiedereinsammeln des Geldes nach der Landtagswahl bei den Kommunen ist nicht nur politisch fragwürdig, sondern auch wirtschaftlich höchst problematisch, weil die Kommunen zu diesem Zeitpunkt – die Entwicklung läuft bei den Kommunen ja immer etwas zeitversetzt – gerade an einem Tiefpunkt des Zyklus sind. Gerade dann jedoch sollen sie das Geld zurückzahlen. So macht man keine verlässliche, nachhaltige und planbare Politik für die Kommunen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Brigitte Lösch GRÜ-
NE: So ist es!)

Partner Wirtschaft und Mittelstand: Auch in vielen Unternehmen, sowohl in kleinen als auch in größeren, ist die Erkenntnis des Wandels bereits angekommen. Viele haben das erkannt, oder sie erkennen jetzt unter Schmerzen, dass die Zukunft in ressourcen- und energiesparenden Produkten liegt. Am deutlichsten wird das jetzt bei unserer eigenen Automobilindustrie. Sie fährt in den Keller, weil ihre Produkte nicht nachhaltig und nicht zukunftsfähig sind. Dieses Thema ist auch dort angesagt. Anders kommen wir nicht aus der Krise heraus.

Die Landesregierung erweitert jetzt den Bürgschaftsrahmen für die Wirtschaft. Das ist zunächst einmal in Ordnung. Ich glaube zwar nicht, dass dieser Bürgschaftsrahmen ausreichen wird; schon jetzt haben größere mittelständische Betriebe Probleme. Aber erst einmal ist das in Ordnung. Wenn es nun tatsächlich anfängt zu klemmen, kann eine solche Maßnahme Vertrauen schaffen. Den meisten ist aber gar nicht klar, dass sie auf der anderen Seite den Kreditspielraum für den Mittelstand erheblich

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Beschränken!)

beengen. Warum? Ganz einfach: Bei Ihrem Modell, die Landesbank Baden-Württemberg zu sanieren, greifen Sie auf eine eigene Kapitalspritze zurück. Da müssen die Sparkassen mitmachen. Das bedeutet für sie einen Betrag von 2 Milliarden €. Diese Summe müssen sie aus ihrem Eigenkapital erbringen – nachdem sie übrigens schon einmal eine gewaltige Finanzspritze tätigen mussten, um die Berliner Sparkasse zu kaufen.

(Abg. Ingo Rust SPD: So ein Käse!)

Jetzt wollen Sie den Sparkassen weiter Kapital entziehen. Ich sage Ihnen: Der von Ihnen vorgesehene Bürgschaftseffekt kann dadurch aufgehoben werden, dass Sie denen, die unseren kleinen und mittleren Betrieben – das sind die Jobmotoren – Kredite geben, ihre Kapitalbasis schwächen. Im Saldo kann dann möglicherweise eine Null stehen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Quatsch!)

Es macht doch keinen Sinn, den Bürgschaftsrahmen an sich zu erhöhen, denjenigen jedoch, die real die Kredite tätigen, die dazu notwendigen Möglichkeiten zu schmälern. Deswegen gibt es auf diese Frage nur eine Antwort: Gehen Sie mit der Landesbank Baden-Württemberg unter den Bundesschirm, Herr Oettinger. Das ist die richtige Antwort.

(Beifall bei den Grünen)

Sie haben überhaupt keine rationalen Argumente dagegen. Das Einzige, was Sie immer sagen, ist: Da wird uns vom Bund reingeredet. Blödsinn, sage ich. Natürlich wird der Bund, wenn er den Landesbanken Geld gibt, verlangen, dass sie sich restrukturieren, dass dort Geschäftsmodelle entwickelt werden, die zukunftsfähig und an der Realwirtschaft orientiert sind. Das wird zu einem Schrumpfungsprozess und zu Fusionen führen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie wollen doch jetzt nicht mit den Bayern fusionieren?)

(Winfried Kretschmann)

Das wird jeder tun müssen, Sie oder wir als Land genauso wie der Bund.

Das heißt, der Druck für eine Restrukturierung kommt in Wirklichkeit aus den tatsächlichen Verhältnissen und nicht aus dem Bestreben des Bundes, jemandem reinzureden. Darum geht es. Deshalb kann ich Ihnen nochmals sagen: Gehen Sie unter den Bundesschirm! Es ist richtig, Herr Ministerpräsident, dass einige Bedingungen beim Schutzschirm noch geändert werden müssen, etwa zu den Laufzeiten – da sind Sie ja offensichtlich dran –, und dann sind die Bedingungen so, dass wir unter diesen Schirm gehen können.

Ich sage Ihnen noch einmal, Herr Ministerpräsident: Sie haben die wirtschaftliche Lage ja am dramatischsten beschrieben, und wenn es wirklich noch dick kommt, haben wir dann auch noch die Reserven, um vielleicht in einem zweiten Schritt selbst etwas tun zu können, weil wir es tun müssen. Denn es ist doch klar: Wenn es stimmt, dass die Landesbank im Kern ein richtiges Geschäft gemacht hat, nämlich unsere Wirtschaft mit Krediten zu versorgen, und solche Betriebe nun in Liquiditätsschwierigkeiten kommen oder sogar in Insolvenz gehen, dann kommt es natürlich zu großen Problemen bei der Finanzierung, und dann müssen wir noch Reserven haben, um der Landesbank zu helfen.

Ich denke, das sind alles die richtigen Argumente, die ich hier vorgetragen habe. Sie werden von sehr vielen Sparkassenvorständen geteilt. Deswegen fordere ich Sie noch einmal auf: Gehen Sie in Richtung Bundesschirm!

(Beifall bei den Grünen)

Nun haben alle Fraktionen Maßnahmenpakete vorgelegt. Was ist unsere Strategie? In welchen Wandel wollen die Grünen investieren?

Erstens wollen wir in den Wandel zur Wissensgesellschaft investieren. Wenn ich mir den einen oder anderen Vorschlag anschau, bei dem sehr viele Mittel in den Straßenbau fließen sollen – die SPD will das noch einmal von 70 Millionen € auf 200 Millionen € toppen –, habe ich doch irgendwie den Eindruck, dass die Prioritäten nicht richtig gesetzt werden. Wissensgesellschaft heißt doch, in Kinder und Köpfe zu investieren statt nur in Beton und Bitumen.

(Beifall bei den Grünen)

Diese Investition in die Köpfe ist die beste Wirtschaftsförderung. Schauen Sie sich einmal die neue Studie des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts über Wirtschaftsförderung und Wissensgesellschaft an. Da steht vom Straßenbau nichts drin.

Meine Damen und Herren, wir haben mit dem Bildungspakt vorgeführt, wie das bei den Investitionen in Kinder und Köpfe geht, indem man nämlich die demografische Entwicklung als „Dividende“ nutzt und die Einsparungen, die aufgrund der ab 2012 zurückgehenden Schülerzahlen möglich sind, jetzt investiert. Davon, wovon jetzt auf einmal alle reden, dass wir Investitionen vorziehen, haben wir schon lange und rechtzeitig gesprochen, und zwar schon vor der Krise. Wir denken schon vor der Krise,

(Beifall bei den Grünen)

und weil wir schon vor der Krise denken, denken wir auch in der Krise richtig.

Es ist auch eine Gerechtigkeitsfrage. Denn es kann nicht sein, dass wir nur den Banken helfen. Das ist natürlich unerlässlich – daran möchte ich keinen Zweifel lassen –, aber die Menschen erwarten auch, dass auch ihnen Gerechtigkeit widerfährt. Die Grundlage der Gerechtigkeit in der Zukunft wird entscheidend über den Zugang zu Bildung, über eine Chancengleichheit in unserem Bildungssystem bestimmt. Darin müssen wir in erster Linie investieren.

Sprachkompetenz ist die Grundlage jeder Bildungskarriere und die Grundlage des beruflichen Fortkommens in der Wissensgesellschaft, wie jeder weiß, und sie beginnt im Kindergarten. Jetzt schlägt die SPD vor, die Kindergartengebühren zu streichen. Kosten für das Land: 107 Millionen €. Herr Schmiedel, ich sage dazu: Qualitätswirkung null.

(Abg. Reinhold Gall SPD: In jedem Kommunalparlament fordern es die Grünen! Ihr wisst doch nicht, was ihr wollt!)

Wir wollen den Eltern eine bessere Investition für ihre Kinder anbieten, einen Mehrwert für ihren finanziellen Beitrag, und nicht einfach nur Gebühren erlassen. Das wäre auch eine Art Konsumgutschein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Seit wann soll Bildung denn Geld kosten? Warum verlangen wir nicht Schulgebühren, wenn Kindergarten Bildung ist?)

Das ist das Entscheidende, was wir jetzt machen müssen. Über das, was Sie vorschlagen, können wir uns dann unterhalten, wenn wir die Krise überwunden haben.

Die CDU-Fraktion will die Sprachförderung über die Landesstiftung finanzieren. Herr Rau betont vor der Presse, es komme jetzt darauf an, beim Schuleingang auf Sprachkompetenz zu achten. Aber Herr Rau ist als Bildungsminister zusammen mit seinen Kabinettskollegen politisch verantwortlich für Sprachförderung. Es sind Ihre Defizite, dass die Sprachförderung im Kindergarten mangelhaft ist, dass dauernd getestet wird, aber nicht wirklich Förderung, Hilfe und Therapie stattfinden,

(Beifall bei den Grünen)

damit die Kinder die Sprache wirklich können, wenn sie in die Schule kommen. Die Instrumente dafür sind vorhanden. Man muss natürlich auch das Geld zur Verfügung stellen, damit es umgesetzt werden kann. Sie verhalten sich wie eine Krankenkasse, die die Diagnose, aber nicht die Therapie bezahlen kann. Das kann es wohl nicht sein.

(Beifall bei den Grünen)

Ein weiterer Punkt. Weitblick statt Hektik, Reflexion statt Reflex heißt auch, wir müssen erst einmal über die Maßnahmen reden, bevor wir nur über Geld reden. Denken ist durch Geld nicht zu ersetzen, und auch mit noch so viel Geld kann man eine Kuh nicht zum Fliegen bringen. Der Trend, einfach nur mit Geld nach den Problemen zu werfen, kann nicht funktionieren. Inzwischen ist die Maßeinheit 1 Milliarde, und das ge-

(Winfried Kretschmann)

fällt vielleicht denjenigen, die von der Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen nicht viel halten.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Aber wer meint, jedes strukturelle Defizit nur mit Geld kompensieren zu können, der kommt aus den Defiziten niemals heraus.

Wie kann man den Wandel mit weniger Geld beschleunigen? Wie kann man vermeiden, dass man mit Geld womöglich nur alte Strukturen finanziert? Dazu vier Beispiele.

Erstens: Energiecontracting. Ein einfaches Prinzip, das so funktioniert: Ein privater Investor macht die energetische Sanierung eines Gebäudes, und das Ganze finanziert sich über die spätere Energieeinsparung. Nach Schätzungen sind in öffentlichen Gebäuden 40 % Energieeinsparung möglich. Da wäre ein riesiges Potenzial vorhanden. Man muss nur 20 Leute in der Hochbauverwaltung so schulen, dass sie etwas vom Contracting verstehen, und es auch umsetzen. Dann werden riesige Investitionssummen freigesetzt, ohne dass wir dazu staatliches Geld in die Hand nehmen müssen.

(Beifall bei den Grünen)

Zweitens: Rahmenbedingungen für die Windkraft. Hier steht die Landesregierung seit eh und je mit dem Bleifuß auf dem Bremspedal. Um hier einen riesigen Investitionsstau in Milliardenhöhe zu beseitigen, muss man nur die Barrieren und die bürokratischen Hürden, die Sie im ganzen Land aufgebaut haben, endlich schleifen und den Kampf gegen die Windkraft aufgeben. Herr Kollege Mappus, wenn wir nur den Bundesdurchschnitt des Stromverbrauchs durch Windkraft erreichen würden, nämlich 7 % statt wie bei uns 0,6 %, dann hätte das Investitionen von 3 bis 4 Milliarden € in Baden-Württemberg zur Folge. Dafür muss der Staat keinen einzigen Cent ausgeben; er muss nur die Hürden beseitigen. Da sind Sie endlich einmal gefragt.

(Beifall bei den Grünen)

Beispiel 3: Schulbauförderung bei Ganztagschulen. Es hat überhaupt keinen Sinn, jetzt nur mehr Geld in die Schulhausrenovierung zu stecken auf der Basis einer Schulbauförderrichtlinie, die immer noch auf dem Bild der Halbtagschule beruht. Das ist eine Struktur, die immer noch darauf basiert, dass individuelles Lernen nicht die Überschrift ist. Es geht um etwas ganz anderes: Wir müssen erst einmal schauen, was wir wollen und wie solche Schulen aussehen sollen.

Erstens sollen es richtige Ganztagschulen sein und nicht das, was Sie machen: Halbtagschulen mit Nachmittagsverwahrung.

Zweitens muss das Konzept des individuellen Förderns schon beim Schulhausbau mitgedacht werden. Dabei braucht man keine Unterrichtsräume wie das gestrige Klassenzimmer, sondern man braucht ganz andere Unterrichtsräume. Nur in solchen kann dann auch ein zukunftsorientierter, wegweisender Unterricht, dessen Leitziel individuelle Förderung ist, stattfinden.

Wenn wir stattdessen einfach Geld in das nicht reformierte Schulsystem stecken, dann zementieren wir Strukturen in pädagogischen Altbauten.

Man sieht also: Wenn man nicht richtig nachdenkt, bevor man investiert, kann das negative Effekte haben. Deshalb ist es ganz wichtig, erst einmal diesen veralteten Investitionsbegriff zu überwinden.

In einer Ganztagschule kommt es erst einmal darauf an, genügend Lehrerinnen und Lehrer zu haben. Man muss sich von dem Glauben verabschieden, das könne man mit Ehrenamtlichen machen. Das Kultusministerium könnte doch auch einmal Ehrenamtliche als Politikbegleiter einstellen. Das wäre vielleicht ein Vorschlag, der sinniger wäre, als zu glauben, man könne damit Ganztagschulen betreiben.

Es ist entscheidend, das zu tun. Nur im Zusammenhang mit einem rhythmisierten Unterricht und individuellem Lernen kommen wir zu Schulbauten, die zukunftsfähig sind. Auch da muss man also in den Wandel investieren.

(Beifall bei den Grünen)

Beispiel 4: Gesundheitsversorgung im demografischen Wandel. Im demografischen Wandel steigt die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen beständig. Letzte Woche war in der Presse zu lesen, dass sich unter allen Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg auf den größten Zuwachs an Patienten einstellen müssen. Allein die Zahl der Krankenhausfälle wird um 14 % zunehmen.

Wir müssen beginnen, die Themen Wirtschaft und Soziales zusammen zu denken. Das sind eben nicht nur Kosten, sondern es geht auch um Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Mancher reibt sich vielleicht noch die Augen, aber die Gesundheitsbranche ist der Wachstumsmotor Nummer 1.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Die Zahl der Arbeitsplätze im Gesundheitsbereich hat von 2000 bis 2006 um 11 % zugenommen. Wir begrüßen, dass die Landesregierung hierfür Mittel bereitstellen will. Allerdings kann das nicht nach dem Gießkannenprinzip gehen, sondern nur mit klaren Kriterien bezüglich der Zukunftsfähigkeit der Häuser.

Auch bei der Pflege müssen wir zu einer sozialen Infrastruktur kommen, die sensibel auf den demografischen Wandel reagiert: zu neuen Wohnformen und neuen Wohngruppen, wie sie das neue Pflegekonzept beinhaltet. Auch hier dürfen wir nicht einfach in die alten Heimstrukturen investieren. Auch das heißt, richtig in den Wandel zu investieren.

(Beifall bei den Grünen)

Mit diesen vier Beispielen will ich sagen: Man kann auch ohne Geld viel erreichen. Die Reformschritte richtig zu denken muss Priorität haben. Erst wenn man das tut, ist es auch wichtig, dann mehr Geld in die Hand zu nehmen.

Ich sagen nochmals: Keine pauschalen Konjunkturprogramme! Das haben jetzt die meisten begriffen, außer den Linken und der FDP.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Was? Wie bitte? Konjunkturprogramme? – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

(Winfried Kretschmann)

Dann noch nach dem vorhin vom Kollegen Mappus Gesagten – Sie haben richtig gehört, Herr Noll –: Auch Steuersenkungen sind nichts anderes als pauschale und unspezifische Konjunkturprogramme. Sie haben mit einer Investition in den Wandel überhaupt nichts zu tun, und sie sind natürlich noch unwirksamer als die bizarren Vorschläge, Konsumgutscheine auszugeben. Natürlich kann man Steuern senken, aber mit Krisenbewältigung hat das nichts zu tun.

Als wir in Berlin an der Regierung waren, haben wir das gemacht. Das Ergebnis – die „Süddeutsche Zeitung“ hat es geschrieben – war:

Die Zahl der Haushalte mit einem Steuersatz über 40 % ist stark gesunken. Die Zahl der Haushalte mit einem Steuersatz unter 20 % ist stark gestiegen.

So war das, und so ist das, Herr Mappus.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Warum habt ihr es dann gemacht? – Zurufe der Abg. Stefan Mappus CDU und Dr. Hans-Peter Wetzler FDP/DVP)

Was Sie über die kalte Progression gesagt haben, Herr Mappus, das war nun wirklich populistisch. Bei der kalten Progression muss man, wenn man in einen höheren Steuersatz hineinfällt – das ist ein Grenzsteuersatz –, für den Euro, der dazukommt, den höheren Steuersatz bezahlen. Das hat nichts mit dem Gesamtdurchschnitt des Steuersatzes zu tun, den der Einzelne bezahlt. Deshalb sind es Märchen zu behaupten, man nehme mehr ein und habe dann weniger in der Tasche als vorher. Das ist absurd und populistisch.

(Beifall bei den Grünen – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich sage Ihnen, Herr Noll und Herr Kollege Mappus: Wenn wir mehr Geld hätten, um Steuern zu senken, ohne das auf Pump zu machen, dann würden wir etwas ganz anderes machen, nämlich die Arbeit entlasten und die Abgaben der Arbeit senken. Dafür haben wir ein sehr gutes Modell, nämlich unser Progressivmodell. Das heißt, ein Arbeitnehmer mit einem Bruttomonatsverdienst unter 2 000 € würde dann im Verhältnis weniger Sozialabgaben bezahlen, also bei 1 000 € die halben Sätze usw. Das schafft neue Beschäftigungsmöglichkeiten, und zwar so, dass die Menschen von der Arbeit leben können. Das brächte für alle, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, mehr Netto vom Brutto, und zwar für die Richtigen, für die Bezieher unterer Einkommen. Das ist das richtige Modell.

(Beifall bei den Grünen)

Ihre Steuersenkungsprogramme betreffen überhaupt nur die obere Hälfte, die untere Hälfte bezahlt gar keine Einkommensteuer.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das stimmt doch gar nicht!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Kretschmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Mappus?

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Einen Moment noch.

Bei den Abgaben haben wir eine kalte Degression. Diejenigen, die die Bemessungsgrenze erreichen, müssen nicht mehr zahlen. Darüber reden Sie offensichtlich nicht, darüber höre ich keinen Aufschrei.

Jetzt bitte die Zwischenfrage.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Kollege Mappus.

Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Kollege Kretschmann, könnten Sie unter Umständen bestätigen, dass der Spitzensteuersatz vor 20 Jahren beim Zwanzigfachen des Durchschnittseinkommens einsetzte und heute bereits bei dem 1,4-Fachen des Durchschnittseinkommens der Spitzensteuersatz einsetzt? Und können Sie bestätigen, dass genau das im Zuge der kalten Progression noch vehement zunehmen wird?

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ich habe an der kalten Progression nur Ihre Darstellung kritisiert, nämlich dass Sie so tun, als ob jeder Euro, der dazukommt, dazu führt, dass man voll mit dem Einkommen in den höheren Steuersatz kommt. Das ist einfach nicht der Fall.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das stimmt doch nicht!)

– Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Aber trotzdem zahlt man mehr Steuern!)

Was die Entwicklung der Steuern betrifft, habe ich Ihnen gerade gesagt, dass nach der Steuerreform, die wir gemacht haben, weniger über 40 % und mehr unter 20 % Steuern bezahlen. Das ist nicht das größte Problem, das wir haben.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Doch! Das ist das größte Problem!)

Also in den Wandel investieren. Bündnispartner Kommunen: Wie wollen wir da investieren? Vier Bereiche: Klima, Weiterbildung, Gesundheitswirtschaft und „Ausbau der Ganztagschulen“.

Erstens – dazu habe ich schon ausgeführt –: Nicht „Weiter so!“ beim Schulbau, sondern da muss sich etwas grundlegend ändern. Wie wir heute in der „Stuttgarter Zeitung“ lesen können, plant die Bürgermeisterin Eisenmann, die bekanntlich ein Mitglied der CDU ist, ein Modell für eine sechsjährige Grundschule. Der Wandel beginnt auch in der CDU. Ich hoffe, dass Sie ihm auch bald folgen werden.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein! Definitiv nicht!)

Zweitens: Förderung der Gesundheitswirtschaft. Auch dazu habe ich schon Ausführungen gemacht. Es ist wichtig, im Bereich der Krankenhäuser und neuen Formen der Pflege in den demografischen Wandel zu investieren.

Drittens: die Förderung für die energetische Sanierung von kommunalen Gebäuden. Es war bisher immer so, dass das „Klimaschutz-Plus“-Programm – ein gutes Programm für die Kommunen – schon nach dem ersten Halbjahr abgeräumt war. So kann man natürlich keine verlässliche Politik machen. Wir müssen das Programm so ausgestalten, dass tatsächlich jede

(Winfried Kretschmann)

Kommune, die dort Programmmittel abrufen will, diese Gelder auch bekommt. Damit tun wir etwas für den Klimaschutz und für die Kommunen.

(Beifall bei den Grünen)

Viertens wollen wir mehr in das Flächenrecycling, in die Beseitigung von Altlasten investieren. Warum? Auch das fließt in den Wandel ein. Schluss mit der Zersiedlung der Landschaft und wieder zurück in die Städte. Das ist nicht nur wichtig, um weniger Fläche zu verbrauchen, sondern auch um die Städte wieder lebensnaher zu gestalten, damit dort Leben stattfindet.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt!)

Deswegen sollte mehr in die Altlastensanierung investiert werden. Dann kann auch dort der Wandel fortschreiten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich sage Ihnen jetzt noch etwas zur Finanzierung. In der Fraktion festgelegt haben wir die Finanzierung von bis zu 335 Millionen € aus Landesmitteln für die Kommunen für drei Jahre. Sie haben ja Rücklagen im Haushalt gebildet. In dieser Situation macht es keinen Sinn, Rücklagen ohne Prüfung auf der hohen Kante zu behalten. Deswegen wollen wir Teile dieser Rücklagen in Anspruch nehmen, allerdings nicht alle, auch nicht die Rücklage für Steuermindereinnahmen, die die SPD in Anspruch nehmen möchte. Letzteres halten wir nicht für nachhaltig.

Anders ist es jedoch bei der Rücklage für Stuttgart 21 – was Sie jetzt Baden-Württemberg 21 nennen. Diese Rücklage von 345 Millionen € wollen wir auf die ganze Legislaturperiode verteilen. Wenn wir diese Rücklage in den Kommunalen Investitionsfonds geben, gibt das wirklich mehr für kommunale Investitionen. Dann hat tatsächlich ganz Baden-Württemberg etwas davon, und dann ist es wirklich ein Projekt, das den Namen „Baden-Württemberg 21“ verdient.

(Beifall bei den Grünen)

Die zweite Rücklage, durch die das Land viel tun kann, ist der Verzicht auf die Schuldentilgung. Da besteht Konsens, dass diese Mittel jetzt eingesetzt werden – Stichworte Landesgebäude und Klimaschutz. Selbst der Rechnungshof, der sich ja erst einmal fiskalisch um unsere Probleme kümmert, hat schon vor geraumer Zeit gesagt, wir müssten dafür Sondermittel einsetzen, weil sich die Investitionen durch energetische Einsparungen refinanzieren. Da ist bei den Landesgebäuden bisher viel zu wenig gemacht worden. Es ist aus ökologischer wie aus fiskalischer Sicht richtig, in diesem Bereich mit den Mitteln aus der Rücklage mehr zu tun.

Drittens: Der Sanierungsstau bei den Hochschulen geht auf 4 Milliarden € zu. Da zu investieren heißt, in Köpfe zu investieren. Das sagen wir schon seit vier Jahren und nicht erst jetzt in der Krise.

(Beifall bei den Grünen)

Ein weiterer Punkt: Bildungspotenziale von Migranten aktivieren. Der von der Industrie- und Handelskammer herausgegebene Branchenatlas ermittelt einen Fachkräftemangel in Ba-

den-Württemberg für das Jahr 2020 von 500 000 Personen. Das Problem ist nicht kurzfristig lösbar. Daher kann man elf Jahre vorher nicht mehr warten. Die Strategie heißt: Wir müssen die Bildungspotenziale der Migrantenkinder aktivieren. Das ist bisher vernachlässigt worden. Da liegt das größte Bildungspotenzial brach. Hier geht es um Weiterbildung, um schnellere Anerkennung von Abschlüssen von Migranten und um klare Verfahren zur Zertifizierung von Berufskompetenzen. Es geht um berufsbezogene Sprachkurse, es geht um Anpassungsqualifizierung.

(Beifall bei den Grünen)

In Deutschland leben eine halbe Million Akademiker und Akademikerinnen, die aus anderen Ländern zu uns gekommen sind. Deren Abschlüsse werden in der Regel nicht anerkannt. Wenn wir hier vorankommen wollen, müssen wir von dieser abstrusen Haltung wegkommen, dass Akademiker einfach Putzfrauenstellen suchen müssen. Vielmehr müssen wir schauen, dass wir diese Menschen durch Anpassungsqualifizierung in den Wirtschaftsbereich hineinbekommen, der ihrer tatsächlichen Qualifikation entspricht. Dazu muss man endlich einmal die bürokratischen Hürden abbauen und etwas bei der Anpassungsqualifizierung tun. Dann tun wir wirklich etwas zur Absicherung des Fachkräftemangels in der Zukunft.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Da hat er recht!)

Ein weiterer Punkt: intelligente Verkehrskonzepte. Ich höre jetzt nur die Forderung: mehr Straßenbau. Ich höre immer wieder Widerstand gegen Geschwindigkeitsbegrenzungen.

(Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Offensichtlich sind Sie noch immer nicht von dem Glauben weggekommen: Nur dann, wenn Autos auf den Autobahnen auch schnell fahren können, kauft die Welt auch schnelle deutsche Autos. Man hat jetzt gesehen, dass das ein Irrtum und ein Irrglauben ist und dass in Zukunft nur umweltfreundliche Autos verkauft werden. Sie müssen so designt werden, dass sie sich in einem vernünftigen Geschwindigkeitsrahmen bewähren, denn überall auf der Welt gibt es Geschwindigkeitsbegrenzungen. Dann muss man nämlich nicht mehr so schwere und übermotorisierte Karossen bauen. Da können wir etwas tun.

Als Landesregierung sollten Sie nicht nur in Straßen investieren, sondern auch wieder in die Beschaffung von Bussen. Das hat der Kollege Schmiedel schon ausgeführt.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Schiene!)

Wenn Sie bei den Zuständen, die im Berufsverkehr herrschen – die Menschen müssen sich wie Ölsardinen in den Zügen drängen –, beim Regionalverkehr in der Lage sind, einen einzigen Zug neu zu bestellen, dann ist das wirklich nicht in den Wandel investiert. Damit treibt man die Leute weiter ins Auto und verstopft dadurch die Straßen. Sie wollen dieses Problem lösen, indem Sie noch mehr Straßen bauen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf von den Grünen: Bravo!)

Wie Sie sehen, ist der Bedarf an Wandel gewaltig. Deswegen will ich ein Fazit ziehen. Ich habe eine ganze Reihe von The-

(Winfried Kretschmann)

men des Wandels angesprochen, deren Dringlichkeit erläutert und die Finanzierungsmöglichkeiten, Herr Mappus, aufgezeigt. Ich möchte mit einem Zitat aus der „Schwäbischen Zeitung“ schließen, das das Ganze meines Erachtens sinngemäß zusammenfasst:

(Der Redner hält einen Artikel hoch.)

Noch nie war das Arktiseis so dünn wie in diesem Jahr. Es hätte auch heißen können: Noch nie war bei den Finanzmärkten das Eis dünner als in diesem Jahr. Es hätte auch heißen können: Noch nie war bei den Arbeitsplätzen das Eis dünner als in diesem Jahr.

Große Teile der Politik und der Wirtschaft haben die Dinge zu lange laufen lassen, haben zu lange auf das kurzfristige Tagesgeschäft geschaut und an den Quartalsgewinn gedacht, haben geglaubt, dass der Markt alles von allein regle und dass sich die Natur von selbst regeneriere.

Wir erkennen jetzt, dass wir vieles ändern müssen. Diese Änderungen kommen nicht von selbst, und sie werden Jahr für Jahr schwieriger. Das Jahr 2009 wird das Jahr sein, in dem sich in Kopenhagen der Klimaschutz weltweit entscheidet. Die Wissenschaftler sagen uns: Das Zeitfenster ist noch enger geworden, und die Aussichten sind noch dramatischer. Wir reichen Länder müssen eine Vorbildfunktion einnehmen. Wir müssen in diesen Wandel investieren. Wenn wir das nicht tun, werden nicht nur die Risikoschirme immer teurer, sondern wird auch das Eis tatsächlich immer dünner mit fatalen Folgen für unseren Globus und nicht nur für unsere Finanzmärkte und Banken. Das kann man dann nicht einfach durch einen Finanzgipfel wieder abstellen.

Das heißt, dass es um unsere Lebensgrundlagen geht, die gefährdet, die „konkursgefährdet“ sind. Der Klimawandel wartet nicht auf die nächste Konjunktur, im Gegenteil. Es geht darum, in diesen Wandel zu investieren. Die Investitionen stehen unter der Leitidee, immer darauf zu achten, ob sie den Klimawandel stoppen, verringern oder vorantreiben. Das wird die Jahrhundertfrage von uns allen sein. Da muss man nicht nur pessimistisch sein.

Der britische Ökonom Nicholas Stern hat uns dargelegt, dass wir 1 % des Bruttoweltprodukts brauchen, um nicht in eine Klimakatastrophe zu geraten. Das ist viel, aber das ist leistbar. Die Menschheit ist schließlich auch mit großen Anstrengungen auf dem Mond gelandet, obwohl man schon vorher wusste, dass der Mensch auf nichts anderem landen wird als auf einem toten Stein.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Kretschmann, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ich komme sofort zum Schluss. – Wir müssen da also dieselben Anstrengungen unternehmen. Machen wir es nicht, dann werden wir laut Nicholas Stern mindestens 5 % des Bruttoweltprodukts, vielleicht auch 20 % wegen der Schäden ausgeben müssen. Diese vier Prozentpunkte Differenz sind das Fenster der Hoffnung und des Optimismus, wenn wir tätig sind und in den Wandel investieren.

Die Krise ist entstanden, indem man spekuliert hat und auf schnelles Geld gehofft hat. Wir müssen auf Nachhaltigkeit und

auf Werte setzen. Nur dann kommen wir aus der Krise heraus. Dazu brauchen wir nicht den Rat von Ratingagenturen. Vielmehr müssen wir selbst nachdenken. Man braucht dazu nur eines: mehr Nachhaltigkeit im Hirn.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute nach der Einbringung durch den Finanzminister einen Haushalt mit einer Dimension von gut 35 Milliarden €. Aufgrund der krisenhaften Zuspitzung der Lage geht es zudem um einen Betrag in der Größenordnung zwischen 650 und 700 Millionen €, was den Landesanteil betrifft. Der entsprechende Betrag hat möglicherweise ganz großen Vorrang. Das ist einfach der Krise geschuldet. Aber wir sollten die Struktur dieses Haushalts in seiner großen Dimension nicht völlig außer Acht lassen.

Es ist wahr: Als wir Mitte letzten Jahres in sehr intensiven Gesprächen mit der Aufstellung des Haushaltsplans begonnen haben und versucht haben, dem Haushalt die Struktur zu geben, in der wir ihn jetzt vorlegen, konnte niemand ahnen, dass sich in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 die wirtschaftlichen Perspektiven so sehr verschlechtern würden. Wer heute behauptet, er habe das volle Ausmaß und das Durchschlagen der Finanzmarktkrise auf unsere Wirtschaft schon damals erkannt, der lügt schlicht. Das konnte man damals nicht ahnen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Damals wurde noch von einem Wirtschaftswachstum in der Größenordnung von 1,2 % ausgegangen. Noch bei der Novembersteuerschätzung ist man von einem realen Wachstum in Höhe von 0,2 % ausgegangen. Auf dieser Basis beruhen die Ergebnisse der Steuerschätzung, die in den Haushalt eingearbeitet wurden.

Gegenwärtig, meine sehr geehrten Damen und Herren, schwanken die Prognosen hinsichtlich eines Rückgangs der Wirtschaftsleistung – Rückgang, nicht mehr Wachstum – zwischen 0,8 %, wie es die Bundesbank für wahrscheinlich hält, und 4 % nach Auffassung des Chefvolkswirts der Deutschen Bank, Walter, was einer tief greifenden Wirtschaftskrise entspräche.

Diese Vielstimmigkeit der Experten erinnert mich immer sehr an den Spruch von Karl Valentin: „Vorhersagen sollte man immer misstrauen, vor allem wenn sie die Zukunft betreffen.“

(Heiterkeit der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Genau!)

– Ich glaube, ihr habt den Witz von Karl Valentin nicht ganz verstanden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Doch, doch! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Es wurde getestet, wer zuhört!)

Hinterher sind alle Experten immer klüger. Dennoch ist eines klar – ohne Horrorszenarien an die Wand malen oder andererseits Dinge kleinreden zu wollen –: Gerade Baden-Württem-

(Dr. Ulrich Noll)

berg als exportabhängiges Land profitiert von guten konjunkturellen Phasen überproportional – es erzielt dabei ein überproportionales Wachstum –, ist jedoch in der Tat auch überproportional von Einbrüchen der Weltkonjunktur

(Abg. Reinhold Gall SPD: Genau!)

und der Konjunktur allgemein bedroht. Dessen sind wir uns wohl bewusst.

Trotzdem können wir den Entwurf des Haushaltsplans für 2009, mit dessen Beratung wir heute beginnen, auch nach Einarbeitung der bisher bekannten Steuerschätzungsdaten ohne neue Kreditaufnahme vorlegen. Ich glaube, wir sollten nicht müde werden, diesen Erfolg zu kommunizieren, ihn darzustellen und ein bisschen stolz darauf zu sein. Wir sollten aber auch erklären, warum wir am Ziel der Nullnettoneuverschuldung auch in Krisenzeiten so stark festhalten.

Manche meinen ja, wir würden dieses Ziel wie eine Monstranz vor uns hertragen. Nein, ich glaube, wie in der Wirtschaft ist auch in der Politik Psychologie ein entscheidender Faktor.

Als ich die Rede von Herrn Schmiedel heute gehört habe, hatte ich genau die Befürchtung: Wenn man vom Ziel der Nullnettoneuverschuldung abgeht, sind die Schleusen für neue Ausgaben offen, sind neuen Schulden Tür und Tor geöffnet.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das wollen wir nicht. Der Ministerpräsident musste sich zwar verabschieden, aber er kennt unsere Haltung zu diesem Thema: Das meinen wir auch, wenn es um das Thema LBBW geht. Ich kann es nur in Kürze sagen: Da ist noch nichts entschieden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie wollten doch die Erbschaftsteuer abschaffen! 800 Millionen €! „Alle Schleusen offen“, dass ich nicht lache! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

– Zur Erbschaftsteuer komme ich noch, verehrter Kollege Schmiedel. Herr Schmiedel, ich kann schon verstehen, warum Ihr Kollege Schmid uns auffordert, das Ziel der Nullnettoneuverschuldung aufzugeben. Dann hätten Sie einen doppelten Effekt. Sie könnten uns für eine nachlässige Haushaltspolitik und für ein Versagen in der Haushaltspolitik kritisieren und andererseits Ihr Füllhorn an zusätzlichen Ausgaben ausschütten. Beides wollen wir natürlich nicht. Deswegen halten wir an unserem Ziel fest.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das war nur möglich, weil die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen angesichts einer günstigen Einnahmentwicklung 2007/2008 die Kraft besessen haben, im Gegensatz zum Bund und zu anderen Ländern Steuermehreinnahmen nicht unmittelbar in Ausgabeprogramme fließen zu lassen,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

sondern Vorsorge zu treffen und Rücklagen zu bilden, die jetzt dazu beitragen, dass wir nicht nur den Haushalt ausgleichen

können, sondern trotz der schwierigen Rahmenbedingungen auch neue Akzente in den Bereichen Bildungspolitik und Kinderbetreuung setzen können.

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, man besinnt sich in diesen schwierigen Zeiten immer mehr auf einfache alte Weisheiten. Eine alte Weisheit war: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Genau! Genau so ist es!)

Genau das haben wir in den guten Jahren gemacht, als andere munter weiter eine Ausgabenpolitik betrieben haben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das war Karl Schiller!)

Zur Finanzierung der Qualitätsoffensive Bildung und des mit den kommunalen Landesverbänden vereinbarten Ausbaus der Kindertagesbetreuung weise ich schon einmal darauf hin, dass das Konsens war. Wer jetzt nach mehr Geld ruft, verlässt den Konsens, den wir in guten Zeiten gefunden haben. Er gilt natürlich auch für schlechte Zeiten. Wir haben die Finanzierung für die kommenden Jahre, und zwar sowohl für die Qualitätsoffensive Bildung als auch für den Ausbau der Kindertagesbetreuung, im Konsens beschlossen und mit unseren 165 Millionen € zusätzlichem Geld durch entsprechende Rücklagen abgesichert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das zeigt, dass wir bei allem Sparen Prioritäten setzen. Wir können diese Prioritäten deswegen setzen, weil wir in der Vergangenheit mit den Steuergeldern sparsam umgegangen sind. Schauen wir uns einmal die Zahlen an: Es geht um eine Dimension von 35 Milliarden €, davon 18,2 Milliarden € praktisch für die Fachressorts. Wenn man alle anderen zwangsläufigen Ausgaben abzieht und nur das berücksichtigt, was dann noch zur Verfügung steht, so stellt man fest, dass 8,1 Milliarden € auf den Haushalt des Kultusministers und 3,3 Milliarden € auf den Haushalt des Wissenschaftsministers entfallen. Das heißt, wir investieren in die Köpfe der Menschen,

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gut angelegtes Geld!)

in die Köpfe unserer Kinder und unserer Enkel.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Bevor ich nun noch ein paar Ausführungen zum bildungspolitischen Teil machen werde, gestatten Sie mir, Herr Präsident und verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass ich Sie bitte, ganz kurz innezuhalten, weil einer, der zwar nie Abgeordneter war, aber die Bildungspolitik der FDP/DVP-Landtagsfraktion über Jahrzehnte hinweg maßgeblich mitgestaltet hat, am Sonntag verstorben ist und morgen beerdigt wird. Ihm wollen wir Respekt, Anerkennung und Dank zollen.

Es war Dr. Rainer Graf, unser parlamentarischer Berater und stellvertretender Fraktionsgeschäftsführer, der im April in den

(Dr. Ulrich Noll)

Ruhestand gegangen ist und nach so kurzer Zeit am letzten Sonntag gestorben ist. Wir gedenken seiner in dankbarer Erinnerung.

Ich bedanke mich für Ihr Innehalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir über Nachhaltigkeit in der Haushaltspolitik reden, dann sind wir uns über alle Fraktionen hinweg einig, dass Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit heißt, die Chancen unserer Kinder und unserer Enkel zu verbessern. Es heiße hier in diesem Haus, glaube ich, Eulen nach Athen zu tragen, wenn ich sage, dass wir bei Bildung und Ausbildung in einem sehr frühen Stadium versuchen müssen und alles daransetzen müssen, alle Kinder mitzunehmen, und zwar unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, ihrem ethnischen Hintergrund oder einem Migrationshintergrund. Ich glaube, genau dazu haben wir mit unserer Qualitätsoffensive Bildung nachhaltig Grund gelegt.

Ich sage noch einmal: Wenn wir jetzt kritisiert werden, dass alles ginge nicht schnell genug, dann verstehe ich das nicht. Denn wir müssen in der Tat mit den Beteiligten – mit den Erzieherinnen, mit den Lehrern, mit den Eltern und mit den kommunalen Vertretern, die dafür zuständig sind – versuchen, dieses Geld nicht nach dem Motto „Einfach mehr Geld“ zu geben, sondern mehr Qualität zu schaffen. Wir sind gut beraten, das Schritt für Schritt gemeinsam umzusetzen. Ich empfinde es jedenfalls nicht als „Sand ins Getriebe streuen“, wenn wir als Parlament bei der Umsetzung dieses Leitbilds „Mehr Geld für die Bildung“ selbstverständlich versuchen, vernünftige Lösungen zu finden, die dann in der Tat dazu führen, dass wir letztendlich auch mehr Bildung als Rendite für dieses Geld haben werden.

Ich komme jetzt zu dem Investitionsprogramm, das wir in den letzten Tagen in der Koalition abschließend vereinbart haben.

Das beginnt mit der Ausweitung des Bürgschaftsrahmens. Ich bin schon der Meinung, dass das eine wichtige Maßnahme ist. Denn wir sind, wenn die Kreditgewährung – das Zurverfügungstellen des „Sauerstoffs“ für unsere Wirtschaft – erkennbar zu klemmen oder zu stocken scheint, wirklich gut beraten, da, wo Banken allein überfordert wären mit den Risiken, die möglicherweise dahinterstecken, den Bürgschaftsrahmen deutlich auszuweiten.

Uns war auch wichtig, in der Diskussion festzuhalten: Herr Kollege Schmiedel, ich glaube, wir brauchen keinen zusätzlichen Obmann oder was auch immer, sondern selbstverständlich ist jede Bank gefordert, vorab zu prüfen, ob das Geschäftsmodell stimmt, ob der Betrieb im Grunde genommen gesund ist, ob er tatsächlich nur Übergangshilfen bedarf, und keine Risiken einzugehen, die im Übrigen dann zu Marktverzerrungen führen könnten, wenn nämlich gesunde Betriebe fragen: Warum wird der andere, der erkennbar nicht mehr überlebensfähig ist, womöglich mit Staatsgeldern gestützt? Wir sind uns wohl bewusst, dass wir eine hohe Verantwortung beim Umgang mit diesen Bürgschaften haben, und zwar insbesondere da, wo es um diese 350 Millionen € geht. Das sind ja dann die großen Bürgschaften. Wir haben das Gesetz des Handelns im Finanzausschuss in der Hand, denn da sind wir Herr des Verfahrens. Aber noch einmal: Es muss immer ganz

klar geprüft werden, damit dadurch keine Wettbewerbsverzerrungen entstehen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD, eine Ausgabe der „Stuttgarter Nachrichten“ in die Höhe haltend: Doch! Da!)

Alles, was wir in diesem Infrastrukturprogramm beschlossen haben, dient dem Ziel, den Arbeitsmarkt zu stabilisieren, Beschäftigung zu sichern sowie öffentliche Investitionen zu verstärken und für 18 Monate, also für das Jahr 2009 und die erste Jahreshälfte 2010, vorzuziehen. Wir haben größten Wert darauf gelegt – ich verweise noch einmal auf das oberste Ziel der Nullnettoneuverschuldung –, dass mit diesem Programm keine dauerhafte Belastung des Landeshaushalts verbunden sein wird. Sowohl für die Investitionen des Landes – also dieses 350-Millionen-€-Paket – als auch die Investitionspakete des KIF – 350 Millionen € aus dem Landeshaushalt plus dieselbe Summe von den Kommunen – wird gelten, jetzt verlässlich zu bleiben: Zusätzlich realisierte Vorhaben mit der Folge geringerer Aufwendungen in den Folgejahren werden nicht eingespart, sondern sie sind ja dann schon realisiert; die geplanten Aufwendungen müssen dann also nicht mehr getätigt werden. Wer hier davon redet, man wolle gerade beim KIF irgendjemandem etwas wegnehmen, der sieht das völlig falsch.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Was ist mit den 2 Milliarden € für die LBBW?)

– Dazu habe ich das Notwendige gesagt, Herr Kollege Kretschmann. Ich habe gesagt: Ich bin nicht dafür – da stimme ich mit Ihnen überein –, wenn die ursprünglich angedachte Lösung nicht möglich sein sollte – das alles ist noch nicht geprüft –, womöglich auch noch den Anteil der Sparkassen zu schultern, sondern ich habe die klare Maßgabe gegeben, dann mit den Sparkassen noch einmal ins Gespräch zu treten. Mein Vorschlag war von Anfang an, den SoFFin nicht völlig außer Acht zu lassen. Weil sich jetzt möglicherweise Bedingungen ändern, könnte ich mir durchaus vorstellen, dass wir das wieder ernsthaft beraten müssen. Wir werden das Problem jedenfalls nicht über eine neue Verschuldung im Haushalt lösen können. Da haben Sie nicht zugehört, Herr Kollege Kretschmann.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wann haben Sie das gesagt? In der Besenkammer? – Gegenruf der Abg. Heiderose Berthold FDP/DVP: Nein, am Anfang seiner Rede! Sie können es nachher im Protokoll nachlesen!)

– Lieber Herr Kretschmann, ich habe beim Thema Nullnettoneuverschuldung sehr deutlich gesagt, dass auch für die Maßnahmen zur Stützung der LBBW gilt, dass wir das nicht unter Gefährdung des Ziels der Nullnettoneuverschuldung schultern wollen. Wenn es Bedingungen gäbe, die das Erreichen des ursprünglich angedachten Ziels fraglich erscheinen lassen, dann muss man noch einmal neu nachdenken. Für uns gilt jedenfalls: Wir wollen diese Kapitalaufstockung nicht über den Landeshaushalt finanzieren.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das andere wäre ein Schattenhaushalt!)

War es jetzt klar genug?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

(Dr. Ulrich Noll)

Herr Kretschmann, Sie haben wieder von einem Konjunkturprogramm gesprochen. Es handelt sich bei dem, was wir vorgelegen, eben nicht um ein Konjunkturprogramm. Darauf lege ich großen Wert. Denn die Konjunkturprogramme, wie man sie aus der Vergangenheit kennt und wie sie derzeit im Bund geschnürt werden, haben ja immer nach dem Motto funktioniert: Es erfolgt eine schuldenfinanzierte Ausgabeerhöhung, und dann, wenn die Krise überwunden ist, soll die erhöhte Verschuldung zurückgeführt werden. Letzteres hat man dann tunlichst vergessen. Die „Stuttgarter Nachrichten“ bringen heute ein wunderbares Schaubild, das zeigt, wie mit jedem Konjunkturprogramm die Verschuldung angestiegen ist, die zusätzliche Verschuldung aber hinterher in guten Zeiten natürlich nicht mehr zurückgeführt worden ist.

Deswegen handelt es sich hier eben nicht um ein Konjunkturprogramm, weil wir kein zusätzliches Geld aufnehmen, keine zusätzliche Verschuldung machen, sondern Investitionen des Landes und der Kommunen vorziehen, Investitionen, die dann später unseren Haushalt entlasten.

Wir haben untereinander auch über die Kritik gesprochen, dass natürlich jedes Investitionsprogramm die Gefahr einschließt, dass wir einen Investitionsgipfel provozieren und hinterher die Investitionen abbrechen. Deshalb war uns wichtig, dass wir mit dem Investitionsprogramm in Dimensionen bleiben, die gewährleisten, dass verstetigte Investitionen letztlich nicht doch wegbrechen. Die Gesamtdimension des KIF beträgt immerhin über 800 Millionen €, und die Rückführungsraten belaufen sich auf 40 oder 50 Millionen €. Sie sehen daran, dass die Dimension der Rückführung nicht so sein wird, dass befürchtet werden müsste, dass es keine kommunalen Investitionen mehr geben wird.

Wir haben in diesem Bereich also ein ganz ausgewogenes Paket, in dem wirklich wichtige Elemente enthalten sind. Denken Sie etwa an die energetischen Sanierungen. Die Einsparungen, die daraus entstehen, werden nun entsprechend früher zu Buche schlagen.

Wir haben diesen vorgezogenen Investitionen also guten und sogar besten Gewissens zugestimmt. Ich will diese Maßnahmen nicht alle noch einmal aufführen, denn sie sind heute schon mehrfach genannt worden.

Trotzdem gilt für die FDP – und damit komme ich zum zweiten Teil meiner Rede – durchgängig, auf Landes- wie auch auf Bundesebene: Neben der Verstärkung öffentlicher Investitionen – dort, wo dies sinnvoll ist, so, wie wir das jetzt machen – plädieren wir auch und vor allem für eine steuerliche Entlastung der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Bernhard Schätzle CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist nun einmal das beste Konjunkturprogramm, den Menschen von ihrem hart erarbeiteten Geld mehr in der Tasche zu lassen als das, was heute nach Steuern übrig bleibt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Warum greifen Sie denen denn überhaupt in die Taschen hinein? Mit Studiengebühren greifen Sie tief in deren Taschen!)

Wir könnten darüber ein Steuerseminar abhalten. Wir sind uns doch völlig einig, dass dann, wenn es um Steuern und Abgaben geht, neben der kalten Progression auch das Thema Grundfreibeträge angesprochen werden muss. Das ist doch überhaupt keine Frage. Doch die Entlastung gerade der Menschen, die sozusagen den Karren am Laufen halten, ist das beste Konjunkturprogramm. Und das unterscheidet uns in der Tat von Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Wir glauben, mit staatlichen Programmen – das zeigt unser Investitionsprogramm – können wir tatsächlich einzelne Branchen, in diesem Fall zumindest in großen Teilen die Baubranche, stützen. Wenn ich hingegen dem Bürger die Chance gebe, mit seinem Geld Konsum, aber auch Investitionen zu tätigen, dann tue ich das, weil ich weiß: So breit kann ein Staat die Konjunktur gar nicht ankurbeln, wie es die Bürgerinnen und Bürger können.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Dann lassen Sie ihnen doch die Studiengebühren in der Tasche!)

Noch etwas möchte ich Ihnen ins Stammbuch schreiben: Sie tun immer so, als ginge es nur um den privaten Konsum.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der langt den Leuten ins Portemonnaie und führt sich hier so auf!)

Was die Einkommensteuer betrifft – das haben Sie vielleicht noch immer nicht ganz begriffen –: Auch ganz viele Freiberufler und Personengesellschaften, die eben nicht nach dem Unternehmenssteuerrecht besteuert werden, könnten das ihnen durch eine Steuersenkung verbleibende Geld gut verstärkt für Investitionen einsetzen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aber die Gutverdienenden legen das Geld ja auf die hohe Kante!)

Das letzte Totschlagargument, das Sie dann immer bringen, lautet: „Das geht dann nicht in den Konsum.“

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: So ist es!)

Wo geht es denn dann hin? Fragen Sie hierzu einmal Ihren Volksbankvorstandssprecher.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Raiffeisenbank!)

Die Leute tragen das Geld dann im Zweifelsfall zu ihrer Bank und sparen es. Was aber wäre daran schlimm? Dieses Geld wäre doch dann auch wieder privates Geld, das die Wirtschaft investieren könnte. Denn Sparkassen und Volksbanken haben das Geld ja auch nicht im Sparstrumpf.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Falsch!)

Alle Elemente, die durch Steuerentlastung sozusagen in den Kreislauf kämen, wären das Konjunkturprogramm überhaupt. Daher war ich sehr froh, dass auch dabei kein Blatt Papier zwischen den Kollegen Mappus und mich passt.

(Dr. Ulrich Noll)

(Zurufe von der SPD: Oi, oi, oi! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aber zehn Blätter Papier zwischen Sie und Herrn Oettinger! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Ein ganzes Bücherbord passt dazwischen!)

An dieser Stelle sind wir uns wirklich einig. Deshalb habe ich mich gewundert, dass in einer Zeitung stand, die CDU-FDP/DVP-Landesregierung lehne Steuerentlastungen ab. Dem ist nicht so. Sie haben den Kollegen Mappus gehört, und Sie haben mich gehört.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wer ist denn der Ablehner?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben deswegen auch nicht alle Rücklagen in unserem Haushalt durch dieses Investitionsprogramm ververspert. Wir haben noch Rücklagen in der Größenordnung von 600 bis 700 Millionen €, mit denen wir Steuerausfälle, die bei einer Steuerentlastung ja kurzfristig entstehen würden, gegenfinanzieren können.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das nennt man vorausschauendes Handeln!)

Es war für uns wichtig, mit Augenmaß die Chance für Steuerentlastungen offenzuhalten. Das weiß der Herr Ministerpräsident. Wir haben es ihm mit auf den Weg gegeben. Auch Herr Mappus hat es ihm noch einmal mitgegeben, und wir sind uns eigentlich ziemlich sicher, dass auch in Berlin die Vernunft siegen wird

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Ja!)

und dass die Frau Bundeskanzlerin im Januar neue Maßnahmen – wahrscheinlich sind auch Steuersenkungen oder Steuerentlastungen darunter – vorschlagen wird.

(Beifall bei der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Dr. Noll, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kretschmann?

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ja, bitte.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Kollege Kretschmann.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Kollege Noll, Steuern senken, am Ziel der Nullnettoneuverschuldung festhalten: Wo streichen Sie dann? Das bedeutet ja weniger Einnahmen für den Staatshaushalt. Wo streichen Sie dann?

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Hören Sie nicht zu?)

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Lieber Herr Kretschmann, ich habe Ihnen gerade erklärt: Wir wissen wohl, dass diese Große Koalition in Berlin keine große Steuerreform hinbekommt, sondern wenn, dann nur eine kleine.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aber wenigstens das wollen wir!)

– Aber wenigstens das wollen wir. – Die große Steuerreform wollen wir nach der Bundestagswahl dann gemeinsam machen,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das machen wir! Jawohl!)

die Steuerreform, mit der alles einfacher und gerechter werden soll.

Aber jetzt zu Ihrer konkreten Frage: Diese kleine Reform, die Kollege Mappus und ich fordern, geht insbesondere – ich lege mich nicht abschließend fest – darauf ein, dass, wenn jemand eine Gehaltserhöhung bekommt – und die haben Gott sei Dank viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jetzt in den guten Jahren bekommen –, derzeit die kalte Progression dafür sorgt, dass vom Mehrverdienst so viel weggenommen wird, dass er am Ende netto weniger in der Tasche hat.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das ist Blödsinn!)

– Das ist so! Sie werden es nie begreifen. – Deswegen bleiben wir dabei.

Wenn wir schon beim Bundesrat sind – –

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wollen Sie meine Frage nicht beantworten?)

– Ich habe gesagt, wir finanzieren sie.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie wollten doch weniger Staatseinnahmen! – Unruhe)

Wir reden heute über die von uns vorgeschlagenen – –

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ich wollte wissen: Welche Programme streichen Sie? Wo streichen Sie?)

– Wir haben 650 bis 700 Millionen € Rücklagen, mit denen wir diese Steuerentlastung ohne Aufnahme neuer Schulden und ohne die Streichung von irgendwelchen Programmen finanzieren könnten.

Deswegen sage ich: Schaut noch einmal die Struktur des Haushalts an. Wir haben Vorsorge getroffen, und weil wir eine Steuersenkung wollen, haben wir uns aus Glaubwürdigkeitsgründen den erforderlichen Spielraum im Haushalt – ohne neue Schulden! – offengehalten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ist es jetzt klar genug? – Danke schön.

Wenn wir schon beim Thema „Bund und Bundesrat“ sind – –

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Temporäre Steuersenkungen?)

– Ja, temporär. Solange die Große Koalition nichts hinbringt, beseitigen wir temporär die schlimmsten Dinge, damit die Leistungsträger ein bisschen entlastet sind.

(Dr. Ulrich Noll)

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wenn die Rücklage aufgebraucht ist, müssen Sie sie wieder erhöhen! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

– Jetzt ist es okay.

Jetzt sind wir schon einmal beim Bund, und da hat Kollege Schmiedel schon wieder zwei Dinge moniert. Er hat kritisiert, dass wir der Erbschaftsteuerreform nicht zugestimmt hätten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Dann sind 800 Millionen € sofort weg!)

– Moment! Lieber Kollege Schmiedel,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wenn die alle in die Schweiz und nach Österreich gehen, ist viel mehr weg!)

Sie werden noch bitter erleben, was dieses Land aufgrund dieses monströsen Werks „Erbschaftsteuerreform“ mit seinen bürokratischen Ausgestaltungen an Arbeitsplätzen, an Steuern und Abgaben verliert.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der FDP/DVP: Richtig!)

Da gilt für mich – die folgende Aussage stammt übrigens nicht von mir, sondern von dem Inhaber eines großen Familienbetriebs; diese Betriebe werden genau die Probleme bekommen, die wir prognostiziert haben; und er sagte es nicht, um irgendwelche Neidgefühle zu bedienen, sondern im Zusammenhang mit Betriebsübergaben bzw. Betriebsübernahmen im Erbfall oder im Schenkungsfall –, was mir ein Betriebsinhaber wörtlich gesagt hat: „Das ist immer das Gleiche. Die Roten rollen den Chefs

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Schwarzen waren dabei! „Es geht um alles oder nichts“, hat der Reinhart gesagt!)

der großen Konzerne den roten Teppich aus;

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

und uns Familienunternehmen ziehen sie den Teppich im wahrsten Sinne des Wortes unter den Füßen weg.“

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Da wird es gar nichts mit Ihren Neidparolen!

(Unruhe)

Das Thema Maut war ja charmant.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD – Unruhe)

Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie das Thema Maut angesprochen haben. Denn ich finde es schon einen Skandal, dass eine Staatssekretärin des Bundes, nämlich Frau Roth, bei einer öffentlichen Straßeneinweihung die FDP beschimpft, weil sie der Mauterhöhung nicht zugestimmt hat.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Hat sie recht! – Abg. Ute Vogt SPD: Gute Frau!)

Ich finde, das ist ein Skandal!

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Der zweite Skandal:

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Wenn künftig Gelder in der Bundesrepublik zwischen den Ländern nach politischer Willfähigkeit verteilt werden sollten, dann hätten wir, finde ich, ein Demokratiedefizit in diesem Land!

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Die dritte Tatsache, die gesagt werden muss: Lassen Sie sich einmal die Zahlen dazu geben, was der Bund gemacht hat. Er hat eben nicht die Mauteinnahmen in vollem Umfang zur Verstärkung der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung eingesetzt, und bevor er das nicht macht, stimmen wir keiner weiteren Erhöhung zu!

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der FDP/DVP: Sehr gut!)

Im Übrigen reden wir über Arbeitsplätze. Hat sich vielleicht jemand von Ihnen einmal – außer dass Sie sich um Herrn Betz gekümmert haben – um die Logistikbranche gekümmert und gehört, was die gesagt haben?

Das Thema Erbschaftsteuer ist, glaube ich, klar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Lehre aus dieser Finanzkrise muss doch eigentlich sein, dass gerade staatliche Ausgabedisziplinlosigkeit insbesondere in den USA uns in die Krise getrieben hat. Man sollte nicht immer so tun, als seien es nur die bösen Banken. Wer war es denn, der unendlich viel Geld in den Markt gepumpt und Staatsdefizite in Kauf genommen hat?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das waren doch Ihre Freunde in den USA, Bush und andere!)

– Nein, das waren nicht unsere Parteifreunde.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der gehört doch zu Ihnen! – Gegenruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Jetzt wird's lächerlich!)

– Jetzt kommt wieder das schöne Thema der Schuldzuweisung. – An dieser Stelle darf ich schon einmal fragen: Wer hat denn die ganzen Maßnahmen der Steuergesetzgebung beschlossen, aufgrund derer man in diesem System verstärkt mitspielen konnte? Das war die rot-grüne Bundesregierung,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Genau! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Genau die! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

die diese Möglichkeit geschaffen hat, auch für die Landesbanken.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Dr. Ulrich Noll)

Jetzt wird gefordert, der Staat müsse stärker regulieren. Ja, wir sind in der Tat der Meinung: Der Staat muss ein starker Staat sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP
– Oh-Rufe von der SPD – Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Der Staat muss Regeln setzen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ihr Koalitionspartner sieht das aber völlig anders! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ihr „Blattpartner“ ist völlig anderer Meinung, der mit dem Blatt!)

– Nein, er hat den gleichen Satz gesagt.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie legen den Teppich über Ihre Spuren!)

Herr Präsident, halten Sie bitte die Uhr ein bisschen an, bis ich weiterreden kann.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege, jeder Redner ist mit seinen Ausführungen dafür verantwortlich, wie die Reaktionen sind. Sie haben weiter das Wort.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Jawohl. Ich freue mich über die lebhaften Reaktionen.

Der Staat muss Regeln setzen, und zwar die richtigen. Das hat Rot-Grün in der Finanzwirtschaft nicht getan.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Rot-Grün hat auch in der Kontrolle der Regeln versagt. Schon lange hat die FDP gefordert, die Bankenaufsicht neu aufzustellen, in eine Hand zu geben, vorzugsweise bei der Bundesbank.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Von euch hat man nur eines gehört, nämlich „Deregulierung“!)

Hören Sie doch einmal, welches Image die Finanzaufsicht vor Ort hat – Sie kennen es, Herr Schlachter –, nämlich dass sie ihrer eigentlichen Aufgabe der Kontrolle bei den kleinen Leuten exzessiv nachgegeben ist

(Zuruf: Richtig!)

und bei denen, die das große Rad gedreht haben, weggeschaut hat.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Jahrelang habt ihr „Deregulierung“ gerufen!)

Es war also ein Staatsversagen, was da passiert ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir brauchen den starken Staat, der faire Regeln setzt und die Kontrolle dieser Regeln sicherstellt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: „Der Ruf nach dem starken Staat ist die Grundlage für die nächste Krise“, hat Ihr Koalitionspartner gesagt! So ein Quatsch! – Gegen-

ruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Der Staat muss aber nicht im Markt mitspielen. Das ist – jetzt komme ich einmal zum Sport – wie beim Fußball: Wer die Einhaltung der Regeln kontrolliert, ist der Schiedsrichter. Der soll aber nicht mitspielen, sondern auf die Einhaltung der Regeln achten. Genauso hat es künftig auch in einer sozialen Marktwirtschaft zu erfolgen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nicht das Geld ausgeben!)

Ich komme noch einmal darauf zurück, dass wir nicht in Aktionismus, Hektik und Ausgabedisziplinlosigkeit verfallen dürfen. Wir dürfen nicht nach dem Motto „Ist der Ruf erst ruiniert, die Nullneuerschuldung weg, lebt sich’s gänzlich ungeniert“ alle Wunschzettel entgegennehmen, die auch Sie, Herr Schmiedel, uns heute wieder ausgestellt haben. Wir werden sie, auch wenn Weihnachten vor der Tür steht, so nicht erfüllen können. Denn das wäre unseriös, unsolid und nicht im Interesse der kommenden Generationen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Quatsch! Das ist doch alles finanziert! Gucken Sie einmal in die Haushaltsstruktur, wie viel Geld da herumliegt!)

Meine Damen und Herren, ich komme auf die allgemeine Struktur unseres Haushalts zurück. Wir haben in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Weichenstellungen getätigt, die dazu beigetragen haben, dass wir den Kurs der Nachhaltigkeit und der Konsolidierung auf Dauer anlegen konnten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Den Kommunen in die Tasche gegriffen, andere Fördermittel gestrichen!)

– Wenn ich einmal versuche, Ihnen das ganz ruhig und sachlich zu erklären, dann interessiert Sie das nicht so sehr, wie wenn wir uns ein bisschen fetzen können. Ich tue es trotzdem.

(Abg. Reinhold Gall SPD: 405 Millionen € jährlich!)

Wir haben seit dem Jahr 2007 das grundsätzliche Verbot der Neuverschuldung in der Landeshaushaltsordnung verankert, ursprünglich übrigens auf 2011 terminiert. Im Gegensatz zum Bund haben wir dieses Ziel 2008 erreicht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Auf Kosten der Kommunen z. B.!))

Dass der Bund sich von dem Ziel 2011 längst verabschiedet hat, ist jetzt endgültig klar. Die Frage ist: Wie ernst nimmt man es mit der Haushaltskonsolidierung? Wer das Thema „Verschuldungsbremse, Nachhaltigkeit, keine neuen Schulden zulasten der kommenden Generationen“ nur für Schönwetterzeiten auf die Agenda geschrieben hat, der liegt falsch. Gerade in der Krise brauchten wir diese strikten Verschuldungsregelungen mit einem verbindlichen Tilgungsplan,

(Beifall bei der FDP/DVP)

wenn wir nicht genau das haben wollen, was wir über die ganzen Jahre hatten: ständig neue Programme, ständig höhere

(Dr. Ulrich Noll)

Verschuldung, ständig zusätzliche Belastungen für die Zukunft. Dass wir bei dieser Spirale nach oben in Baden-Württemberg jetzt Gott sei Dank einen Stopp einlegen konnten und wirklich alles dafür tun werden, dass jedenfalls in Baden-Württemberg nicht wieder eine solche Spirale in Gang kommt, darüber sind wir uns in den beiden Regierungsfractionen sehr einig.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Sie von der Opposition würden – das habe ich schon erklärt – beides begrüßen. Aber diesen Gefallen tun wir Ihnen nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Natürlich wäre uns auch sehr daran gelegen, dass dies auf Bundesebene geschieht. Der Ministerpräsident hat am Rande die Föderalismusreform gestreift. Ich fürchte, durch die turbulente Entwicklung des Krisenmanagements verliert man solche grundsätzlichen Dinge in der Schlechtwetterphase leider aus den Augen. Ich gebe die Hoffnung nicht auf. Wenn es im Rahmen der Arbeit der Föderalismuskommission noch einen Weg gäbe, eine vernünftige Verschuldungsregelung mit Schuldenbremse und verbindlicher Tilgungsvorgabe einzubringen, würden wir das selbstverständlich unterstützen.

Ich füge aber hinzu: Sollte es auf Bundesebene nicht dazu kommen, werden wir im Land Baden-Württemberg nach wie vor dafür plädieren und Sorge tragen, ein Verschuldungsverbot in die Landesverfassung aufzunehmen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nur noch wenige Anmerkungen. Zum Pensionsfonds: Wir haben lange darum gekämpft, jetzt haben wir ihn. Eine halbe Milliarde Euro zum Start; 6 000 € Zuführung pro Jahr und neu eingestelltem Beamten. Damit ist vielleicht noch nicht alles perfekt, aber es ist ein erster richtiger und wichtiger Schritt zu nachhaltiger Haushaltspolitik, zu mehr Transparenz und damit auch zu einer Absicherung der erkennbar ansteigenden Pensionsleistungen.

Ich sage bewusst „Pensionsleistungen“, denn denjenigen jetzt „Lasten“ anzulasten, die für die Politik der Siebzigerjahre, als man, was die Ausstattung des Staates mit Personal anging, zu großzügig war, nicht verantwortlich sind, ist nicht der richtige Weg. Wir müssen für diejenigen Vorsorge treffen, für die wir in Zukunft Verantwortung tragen, dürfen aber nicht denen Vorwürfe machen, die letztendlich nur das umgesetzt haben, was die Politik wollte.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Für den Haushalt sind es halt Lasten! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich glaube, es ist richtig und wichtig, dass wir bei allen anstehenden Diskussionen – auch über das neue Dienstrecht – versuchen, im Gleichklang mit den Angestellten im öffentlichen Dienst, die ja in der gesetzlichen Rentenversicherung sind, zu bleiben, z. B. beim Pensionseintrittsalter. Denn es wäre schwer vermittelbar, wenn wir in Baden-Württemberg ausgerechnet an dieser Stelle wieder einen Sonderweg gingen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das darf ich ausdrücklich sagen.

Letzte Bemerkung: Es geht um das Verhältnis zu den Kommunen. Ich glaube, auch da wird viel zu wenig kommuniziert, übrigens auch bei den Kommunen. Wir sitzen ja oft mit den Spitzenvertretern zusammen und treffen z. B. über die Kindertagesbetreuung oder den Ausbau von Ganztagschulen Vereinbarungen. Nachher aber wissen die Leute vor Ort überhaupt nichts und fragen: „Warum gebt ihr kein Geld?“ Dabei ist das genau so besprochen.

Es war, glaube ich, schon ein Meilenstein in einem fairen Verhältnis zu den Kommunen, einen Pakt mit den Kommunen geschlossen zu haben und zu zeigen, dass wir überzeugt sind, dass wir den Kommunen nicht nur Aufgaben übertragen können – die sie gut und richtig erledigen –, sondern dass wir auch das entsprechende Geld dazu liefern müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Aber Sie kürzen doch! Sie kürzen über 405 Millionen € pro Jahr!)

– Wir kürzen doch nicht! Es ist ein Pakt mit den Kommunen geschlossen worden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ja, mit der Daumenschraube haben Sie den geschlossen! Unter Folter!)

– Also, von Folter verstehe ich nichts.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Denen blieb ja gar nichts anderes übrig!)

– Herr Gall, das ist das Schöne: Sie waren ja gar nicht dabei. Ich war dabei. All diese Dinge hat man sehr einvernehmlich besprochen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir waren dabei! Sie haben uns nur nicht gesehen!)

Wenn Sie dann versuchen, Herrn Gönner zu instrumentalisieren, würde ich ihn einfach bitten, dass er uns sagt, ob er zu den Vereinbarungen steht oder nicht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Natürlich steht er dazu! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Der ist der Letzte, der sich erpressen ließe! Er weiß sehr wohl, was er tut!)

Er steht dazu, und deswegen glaube ich, dass wir mit den Vereinbarungen mit den kommunalen Landesverbänden die Grundlage dafür gelegt haben, für die Menschen im Land eine gute Infrastruktur zu schaffen – auch mit dem Investitionsprogramm, bei dem wir zusammen mit den Kommunen handeln; übrigens ist der Landtag Herr des Verfahrens, weil das noch in den Etat eingearbeitet werden muss –, aber keine unsinnigen Maßnahmen umzusetzen. Ich unterstelle sowieso keiner Kommune, dass sie unsinnige Maßnahmen vornimmt und Mittel beantragt, bloß weil es gerade welche gibt.

Ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg. Es ist eine faire Partnerschaft, die dialogorientiert ist. Dialogorientierung ist ein Stück weit Markenzeichen unseres Ministerpräsidenten. Ich möchte ihn ermuntern, z. B. auch bei der Dienstrechtsreform an dieser Dialogorientierung festzuhalten.

(Dr. Ulrich Noll)

Als Fazit darf ich konstatieren, dass wir einen Haushaltsentwurf haben, für dessen Erstellung ich mich bei allen herzlich bedanken möchte – beim Finanzminister und seinen Beamten, aber auch bei den Kolleginnen und Kollegen aus den jeweiligen Fachressorts sowie bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Wir legen damit einen Haushaltsplanentwurf vor, den wir im Januar noch mit Schwerpunkten versehen können und abschließend beraten werden.

Bis dahin, wenn wir das Königsrecht des Parlaments in Anspruch nehmen, die konkrete Haushaltsgestaltung vorzunehmen, und dabei auch das Investitionsprogramm beschließen, wünsche ich Ihnen und uns noch ein paar besinnliche Tage. Also dann bis Januar.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Stächele das Wort.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das war aber so nicht besprochen! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das war nicht abgemacht!)

Finanzminister Willi Stächele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige wenige Anmerkungen zu dem Gesagten. Ich möchte herzlich danken für Ihre Anmerkungen zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2009. Man spürt, dass wir gemeinsam gewillt sind, diese Gratwanderung zwischen Konsolidierung auf der einen und Wirtschaftsförderung auf der anderen Seite zu gehen. Das ist die eigentliche Herausforderung. In allen Redebeiträgen kam zudem zum Ausdruck: Das einzig Gewisse ist das Ungewisse der Vorhersage, was das Jahr 2009 bringen wird.

Wenn ich sage „auf Sicht“, dann heißt das, dass wir im Rahmen der parlamentarischen Beratung im Finanzausschuss im Januar schon einarbeiten werden, was der Bund möglicherweise am 5. oder 12. Januar beschließen wird. Wir werden auf Sicht fahren. Wir werden das kompatibel machen, was Bund, Länder und Kommunen gemeinsam als Beitrag zur Wirtschaftsentwicklung für notwendig erachten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es sind ein paar Dinge angesprochen worden, zu denen ich zu ihrer Information noch kurz eine Antwort geben will. Lieber Herr Kollege Kretschmann – er ist jetzt nicht mehr da –,

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Doch, ich bin da! – Zuruf von den Grünen: Er ist immer da!)

in der Krise soll man mehr denken als vorher. Ich glaube, wir können insgesamt konstatieren, dass hier in diesem Land schon vor der Krise gut gedacht wurde, und zwar seitens der Wirtschaft und seitens der Politik. Wir können von dieser Robustheit in den kommenden schwierigen Monaten profitieren. Auf der anderen Seite müssen wir auf die veränderten Rahmenbedingungen reagieren und gegebenenfalls korrigieren. Der Begriff „wiedereinsammeln“ in Bezug auf das, was wir jetzt im Rahmen des KIF ausgeben, ist einfach der falsche Begriff.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Völliger Quatsch! Wir

sammeln doch nichts ein! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Aber stimmen tut es!)

Es war ja auch das Angebot der Kommunen, mitzumachen, sich der Verantwortung zu stellen. Wir erweitern jetzt den Rahmen in der Weise, dass die Kommunen ebenfalls die Möglichkeit haben, Investitionen, die sie in den nächsten Jahren vorhaben, vorzuziehen. Dass die Erweiterung des Rahmens in den Folgejahren wieder korrigiert werden muss, ist selbstverständlich. Ich sammle nichts ein, ich nehme nichts weg, sondern ich mache ein Angebot an die Kommunen, ihren Beitrag gleichermaßen in das Infrastrukturpaket des Landes mit einzubringen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Abg. Reinhold Gall SPD: Die müssen zweimal einen Kredit beantragen!)

Das ist der Punkt. Das muss richtiggestellt werden, damit nicht ein falscher Eindruck nach außen entsteht.

Herr Kollege Kretschmann hat die Geschichte mit den Sparkassen angesprochen. Auch da darf es keinen falschen Zungenschlag geben.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Mein Zungenschlag war ganz richtig!)

– Die Richtigstellung müssen Sie allerdings ertragen. Wir werden alles tun, damit die Sparkassen, wie immer die Kapitalzufuhr erfolgt, nicht in ihrem Eigenkapital beschädigt werden.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es! Genau! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wo nehmen Sie das dann weg?)

So viel Verstand hat jeder im Haus, dass das im Grunde kontraproduktiv wäre. Wir prüfen derzeit zwei Modelle. Wir legen sie vor. Da sind noch keine Entscheidungen getroffen, Herr Kollege Noll, das wissen wir alle.

(Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Aber es sind diesbezüglich auch keine Vorentscheidungen getroffen. Auch das ist richtig. Ich würde keine Vorfestlegungen machen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Über Eckpunkte haben wir gesprochen!)

Wir müssen einen ganz kühlen Kopf bewahren, egal aus welcher Sicht man an die Dinge herangeht.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Mehr Nachhaltigkeit!)

Wir brauchen die Kapitalzufuhr. Da gibt es drei Möglichkeiten: Durch den Bund oder aber auf Landesebene entweder im Wege einer Zweckgesellschaft oder im Wege der Direktzufuhr. Das wird geprüft. Es gibt schon Unterschiede zwischen Zweckgesellschaft und Direktzufuhr in steuerlicher Hinsicht, aber auch in anderer Hinsicht. Daneben gibt es die Grundsatzfrage, ob ich mich dem SoFFin „ausliefern“ möchte. Ich wähle bewusst diesen Ausdruck. Zum einen sind mehr

(Minister Willi Stächele)

Gebühren zu bezahlen, und zum anderen entsteht hierdurch eine Einflussmöglichkeit, über die man diskutieren muss.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

– Lieber Kollege Noll, wir werden das diskutieren.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Da redet doch die Frau Kroes von der EU-Kommission mit!)

Ich weiß auch von den Liberalen, dass ihnen ein eigenverantwortliches Handeln des Landes höchst wertvoll und bedeutungsvoll ist.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Jawohl! Immer im Interesse des Landes!)

Unter diesem Gesichtspunkt werden wir abwägen und beraten, wo der Kapitalfluss genau herkommen soll und wo er hingehen soll. Aber es ist ganz wichtig – da haben Sie völlig recht –, dass die Sparkassen in ihren Eigenkapitalmöglichkeiten nicht beschränkt werden dürfen. Das ist der erste Punkt.

Noch ein Zweites: Es hat mich ein bisschen amüsiert, lieber Herr Kollege Kretschmann, als Sie gesagt haben, man solle den Schulhausbau stoppen – quasi bis sich die schulpolitischen Überlegungen der Grünen durchgesetzt haben.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP)

Das können wir nicht machen. Es liegen Anträge im Gesamtvolumen von 200 Millionen € auf Halde. Ich wäre ja gern bereit, den Kommunen zu schreiben: „Es gibt nichts, Stopp, Antrag falsch, Gruß Kretschmann.“

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Aber das machen wir natürlich nicht. Denn im Grunde sind das wohlüberlegte kommunale Investitionen. Wir sollten nicht so hochtrabend sein, dass wir uns jetzt an die Stelle dieser Entscheidungsträger stellen wollten. Wir sorgen dafür, dass die Anträge möglichst rasch umgesetzt werden können. Deswegen ist auch ein Mehr für den Schulhausbau in unserem Konjunkturprogramm enthalten, und das ist richtig. Diese Oberlehrerattitüde, dass man sagt: „Jetzt muss erst einmal alles gestoppt werden, dann wollen wir den richtigen Weg, und das ist nur der, den ich verkünde“, ist nicht brauchbar für demokratische Politik, wie wir sie verstehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Ich zucke immer wieder zusammen, wenn es an die Rücklage geht. Rücklagen sind schnell ververspert.

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Ohne Kopf und Verstand kann man sie unter Umständen einsetzen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das tun wir nie!)

Wir betreiben damit Vorsorge. Wir können im Grunde mit guter Zuversicht in die nächsten Monate gehen, weil diese Politik betrieben wurde, bevor Lehman Brothers insolvent wurde.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau! In guten Zeiten!)

Alle, die jetzt frisch und fröhlich an die Rücklage möchten, mögen bedenken: Genau das ist jetzt der Vorteil, dass wir vernünftige, nachhaltige Politik betrieben haben, bevor die Finanzkrise in diesem Ausmaß ausgebrochen ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Da hat er recht!)

Deswegen: Lassen wir die Finger von den Rücklagen! Denn unter Umständen werden wir manches noch brauchen können, ohne Zweifel.

Jetzt im Moment zeigt sich, dass in Baden-Württemberg – anders als etwa in Bayern – klug und vorsorglich gehandelt wurde. Unsere Mitarbeiter haben in die Steuerschätzung wohlüberlegt Beträge eingebaut, die der Vorsorge dienen. Heute sind wir für diese vorausschauende Politik dankbar: Die vorsorglich eingebauten Beträge decken bereits die Mehrausgaben ab, die dem Land durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale entstehen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Was sagt Herr Noll dazu? – Gegenruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Bayern muss diese Summe neu aktivieren, Baden-Württemberg hat sie bereits eingestellt. Also alles, was Rücklagen bedeutet, ist unter Umständen ein wohlüberlegtes Instrument, um die Zukunft bewältigen zu können. Deswegen Finger weg von den Rücklagen, die richtigerweise im Haushalt drinstehen!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Eben! Genau! Deswegen nicht in alte Strukturen investieren! Das habe ich zu den Ganztagschulen gesagt! Man kann nur froh sein, dass Sie nicht so konservativ sind, dass Sie noch in Postkutschen investieren! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Der war auch schon besser! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ihm wird das jetzt nicht auf die Redezeit angerechnet! – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

– Es ist alles dazu gesagt.

Ich möchte noch auf den Punkt Erhaltungsinvestition eingehen. Übrigens, Kollege Schmiedel, Sie haben gesagt, die Ausgangslage bei der Einbringung des Haushalts vor 14 Tagen habe keine Gültigkeit mehr.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein, ich habe nur gesagt, Sie haben kein Wort darüber verloren bei Ihrer Einbringungsrede!)

– Sie waren ja der Erste, der gesagt hat: „Es ist alles gesagt, machen wir es kurz.“ Wollen Sie es noch einmal nachlesen im Protokoll? Sie haben sich geäußert nach dem Motto: „Es ist alles gesprochen. Halt dich kurz.“

Nur eines: Bitte nicht außer Acht lassen, was vor 14 Tagen hier eingebracht wurde. Es geht um 35 Milliarden €. Da gibt es ein Instrument – darüber redet kein Mensch; ich sage es

(Minister Willi Stächele)

ausdrücklich noch einmal –, das wir einsetzen können, auch im Sinne der schnellen Umsetzung: Wir können als Landesregierung ab 1. Januar 2009 vor dem Haushaltsbeschluss das umsetzen, was fortwährende Investitionsmaßnahme bedeutet. Es geht um ein Volumen von 1 Milliarde €, das theoretisch einsetzbar ist.

Nur, bei der Umsetzung gibt es bei alledem, was an Vorschlägen herumgeistert, einen zweiten Punkt zu bedenken. Ich habe hierzu extra die Chefs der Bauämter zusammengerufen. Die sagen mir zu Recht: Vor drei Monaten wären solche Investitionsmaßnahmen Blödsinn gewesen; denn damals gab es überall eine hohe Auslastung; folglich hätten wir Höchstpreise bezahlt.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Aber nun berichten sie: Jetzt kommen die ersten Bauunternehmer und fragen nach: „Hättet ihr etwas?“ Genau so, wie sich der Bedarf steigert, muss umgesetzt werden, also nicht einfach zum 1. Januar, sondern in den Stufen, wie die Frauen und Männer „an der Front“ den Bedarf erkennen können.

Deswegen ist es wichtig, dass wir jetzt das Programm beschließen, planungsreif und umsetzungsreif machen. Genau die gleiche Vorgabe kann ich in dieser Form den Kommunen empfehlen.

Zu dem Vorhalt, es werde nichts für die Unterhaltung der Gebäude unternommen: Von den 440 Millionen €, die unseren Bauaufwand ausmachen, sind jetzt schon 180 Millionen € reine Erhaltungsinvestitionen. Wer sagt, da wäre bisher nichts gelaufen, kennt sich nicht aus. Es ist also nicht so, dass man etwas „verludern“ ließe.

Nur klar ist: Bei den Erhaltungsinvestitionen könnte man ohne Weiteres eine halbe Milliarde Euro oder eine ganze Milliarde Euro mehr brauchen. Ich bin schon einmal heilfroh, dass hier auch über den Erhaltungsaufwand, z. B. in Höhe von 4 Milliarden € bei den Universitäten, diskutiert wird, dass nicht nur über das oder jenes, was draußen vielleicht schick ist, diskutiert wird, sondern dass auch einmal gesagt wird: Ja, in der Tat, bei allem, was wir in Zukunft tun, müssen wir an die Versorgungsempfänger denken und müssen wir daran denken, dass in den nächsten Jahren unsere eigenen Einrichtungen – in diesem Fall meine ich allein schon die Hochschulen – uns ein Volumen von etwa 4 Milliarden € an Erhaltungsaufwand abverlangen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich bin froh, dass wir das Thema Kreditklemme immer wieder auf die Tagesordnung bringen. Ich habe jetzt von verschiedenen Banken aktuelle Schreiben vorliegen. Da ist immer die Aussage: Es ist alles paletti. Es lohnt sich aber, hinzuschauen. Nur, Kollege Schmiedel, die Trennung von Zukunftsprognose und Sicherheit kann man nicht vornehmen.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Denn die Zukunftsprognose ist Teil des Sicherheitstests. Da kann man nicht fordern, dass der eine die frisch-fröhlichen Zukunftsprognosen macht, dass dafür ein Sonderbeauftragter einstellt wird, und dass die „dummen“ Banken für die Sicher-

heit zuständig sind. Das ist gar nicht zu trennen. Wer jemals irgendwo in diesen Gremien mitgearbeitet hat, weiß: Die Zukunftsprognose ist im Grunde der Nukleus dessen, was man anschließend als Sicherheitstestat abliefern kann.

Deswegen müssen wir hinschauen. Es darf jetzt keine Übervorsicht geben, es darf jetzt keine Flexibilität eingebüßt werden, die wir früher noch hatten. Das wäre ganz tödlich. Vor allem müssen wir jetzt dafür Sorge tragen, dass das, was möglicherweise auf uns zukommt, nämlich dieser Überbrückungszeitraum, bestanden wird. Das ist der Punkt. In der Prognose darf die Überbrückung nicht außer Acht gelassen werden; die Gewerbetreibenden, unsere mittelständische Wirtschaft dürfen nicht außen vor bleiben.

Kurzum: Der Haushalt wird beraten. Die Schwerpunkte sind Bildung, Infrastruktur und Hochschulen. Der Haushalt ist nachhaltig und sicher auf die Zukunft ausgerichtet. Wir werden ihn im Lichte der ganz konkreten neuen, aktuellen Herausforderungen beraten und beschließen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Information durch den Ministerpräsidenten ist keine Beschlussfassung erforderlich.

Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung zum Staatshaushaltsplan 2009 zur weiteren Beratung an den Finanzausschuss zu überweisen. –

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Jawohl!)

Sie stimmen dem zu. Damit ist es so beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 1 erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE – Vertragsunterzeichnung Projekt Stuttgart 21 und Neubaustrecke Stuttgart–Ulm – Drucksache 14/3774

– dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Für die Fraktion GRÜNE darf ich Herrn Kollegen Wölfl das Wort erteilen.

(Zuruf von der CDU: Wir haben einen Wolf!)

Abg. Werner Wölfl GRÜNE: „Jetzt müssen wir wegen den Grünen nachsitzen“, hat vorhin ein Kollege gesagt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ach nein! – Abg. Thomas Blenke CDU: Das machen wir doch gern! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Machen wir doch glatt! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nutzlos nachsitzen!)

Keine Sorge: Sie können es auch schnell haben. Sie dürfen gleich die Konjunktur ankurbeln.

(Werner Wölfe)

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren –

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Präsidentin!)

– Jetzt hat der Vorsitz schnell gewechselt; das war aber hinter meinem Rücken, das habe ich nicht gesehen.

(Heiterkeit)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Demokraten!

(Oh-Rufe von der CDU)

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,*

1. dem Landtag vor Abschluss der weiteren Verträge über die Projekte Stuttgart 21 und Neubaustrecke Stuttgart–Ulm die Texte der Vertragsentwürfe vorzulegen;

2. vor der Unterrichtung des Landtags keine weiteren Verträge abzuschließen.

Das ist eigentlich schlicht eine Selbstverständlichkeit.

Wir feiern in ein paar Tagen ein hohes christliches Fest.

(Zuruf: Welches? – Vereinzelt Heiterkeit)

Es ist nicht Pfingsten, sonst hätte ich noch die Hoffnung, dass die Erleuchtung über Sie komme und Sie doch noch begreifen, dass Stuttgart 21 kein gutes Verkehrsprojekt

(Beifall des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE – Abg. Heiderose Berroth und Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ein gutes!)

und erst recht kein Konjunkturprojekt ist. Aber überzeugende Argumente haben bisher nicht geholfen, und der Heilige Geist kommt nicht.

Es kommt Weihnachten, die Zeit für Geschenke.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Der Heilige Geist ist immer da!)

Kommen wir zur Zeit der Geschenke. Machen Sie sich, den Bürgern und Steuerzahlern

(Abg. Thomas Blenke CDU: Bis jetzt haben wir noch nicht gemerkt, dass es um Stuttgart 21 geht!)

ein Geschenk der Transparenz und Offenheit. Stuttgart 21 ist –

(Abg. Thomas Blenke CDU: Jetzt!)

auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen – umstritten. Viele Bürger haben die Sorge, dass wegen Stuttgart 21 noch viel höhere finanzielle Belastungen auf das Land zukommen.

(Zuruf von der SPD)

– Keine Sorge. – Treten Sie den Beweis an, dass weitere Risiken nicht das Land treffen, sondern dass die Bahn AG die möglicherweise entstehenden Mehrkosten tragen muss.

Für eine Ablehnung unseres Antrags gibt es eigentlich nur zwei Begründungsmöglichkeiten.

Erstens: Wer nicht zustimmt, nimmt sich als Abgeordneten nicht ernst.

(Oh-Rufe von der SPD)

Dieses Argument scheidet aus,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Warum fragen Sie uns denn dann?)

denn Sie nehmen sich und Ihre Aufgabe viel zu ernst.

(Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Zweitens: Sie wollen gar nicht so genau wissen, was in den Verträgen steht. Denn Sie wissen wie wir: Stuttgart 21 ist eine höchst riskante spekulative Anlage.

(Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Das Motto lautet: Je weniger ich weiß, desto leichter kann ich meine Hände anschließend in Unschuld waschen, wenn die Kosten

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Pontius Pilatus! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

– doch, das ist Ostern; sehr gut aufgepasst – so explodiert sind, wie wir und anerkannte Gutachter und der Bundesrechnungshof es berechnet haben.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: „Anerkante!“)

– Anerkannte, in der Tat.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Von Ihnen anerkannt! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Der Bundesrechnungshof hat doch lauter Fehler gemacht!)

– Ach, in diesem Fall soll er Fehler gemacht haben? Ist okay.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Darüber können wir reden!)

– Darüber können wir gern reden.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Jetzt reden wir darüber, ob Sie wissen wollen, was in den Verträgen steht, die die Landesregierung zu unterzeichnen beabsichtigt.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Was uns angeht, wissen wir es!)

Das ist eine ganz einfache Geschichte. Kommen wir noch einmal zurück.

(Zuruf der Abg. Bärtl Mielich GRÜNE)

Ich gehe davon aus, dass Sie es wissen wollen. Deswegen ist es ganz leicht, anschließend unserem Antrag zuzustimmen.

(Werner Wölflle)

Sie brauchen sich nicht für oder gegen Stuttgart 21 auszusprechen. Der Antrag hat damit gar nichts zu tun.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Schöner Trick! – Gegenruf des Abg. Martin Rivoir SPD: Das ist kein schöner Trick, das ist ein billiger Trick!)

Sie brauchen nur Ihr demokratisches Selbstbewusstsein zu zeigen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Das Motto „Ich will es nicht so genau wissen“ akzeptieren auch Ihre Wähler nicht.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Grüne gegen Schiene!)

Auch Ihre Wähler wollen Abgeordnete, die sich wie selbstbewusste Demokraten verhalten, die der Regierung nicht blind folgen,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Und nicht blind den Grünen!)

sondern ihre Kontrollaufgabe wahrnehmen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Reine Unterstellung! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Es kann nicht das Hauptinteresse selbstbewusster Demokraten sein, am 21. Januar ins Blitzlichtgewitter zu grinsen. Ihr Hauptinteresse muss vielmehr darin bestehen, die Verträge zu sehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist die Riesenherrschaft des Hauses, Herr Wölflle!)

Eine kleine Nebenbemerkung – Herr Drexler hat mich jetzt gerade noch einmal animiert –: Herr Schmiedel und Herr Drexler von der SPD, ich kann Ihnen versprechen oder vorhersagen: Die Herren von der CDU und der Bahn werden Sie nicht einmal aufs Foto lassen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber dafür waren Sie bei den Unterschriften vornedran! – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Der Mohr hat dann seine Schuldigkeit getan.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Grüne gegen Schiene! – Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

– Jetzt habe ich den Zuruf „Grüne gegen Schiene“, glaube ich, schon zum dritten Mal gehört.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist so!)

Jetzt muss ich doch darauf eingehen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Ja, bitte! – Weitere Zurufe von der CDU und des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Grüne sind für Wissen, und zwar Wissen –

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Sie sind für die Schiene des 19. Jahrhunderts! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, Nostalgie! – Abg. Martin Rivoir SPD: Geislinger Steige, 1850 eingeweicht!)

– Alle, die im Raum sind, verstehen die deutsche Sprache in Wort und Schrift. Was steht hier? Nichts anderes als dass dieser Landtag das Selbstbewusstsein haben soll – das ist unsere Bitte –,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Haben wir! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Haben wir! Die große Mehrheit!)

die Vertragstexte sehen, über sie beraten und über sie abstimmen zu wollen – nicht nur die Landesregierung. Das ist das einzige Anliegen dieses Antrags – insofern eine einfache Übung. Stimmen Sie dem Antrag zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosserschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Nachfrage der Frau Abg. Berroth?

Abg. Werner Wölflle GRÜNE: Bitte.

Stellv. Präsidentin Christa Vosserschulte: Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Kollege Wölflle, wenn ich Sie reden höre, befürchte ich, dass Sie die Begründung Ihres Antrags gar nicht gelesen haben. Da steht nämlich drin:

... die letzte Möglichkeit, die von der Fraktion GRÜNE geforderte Nichtunterzeichnung der Verträge ...

(Zuruf von der CDU: Das ist der Hintergrund! Verzögerung!)

Und darüber wollen Sie heute de facto tatsächlich abstimmen lassen, auch wenn Sie jetzt gerade etwas anderes behauptet haben.

(Zuruf: Wenn er etwas anderes erzählt hat, genau! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Täuschungsmanöver! – Unruhe)

Abg. Werner Wölflle GRÜNE: Das war ja keine Frage, sondern das war eine Feststellung.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sagen Sie einfach, Sie wollen Stuttgart 21!)

Das wäre die letzte Möglichkeit. Das ist zutreffend.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aber Sie haben das hier in den Antrag geschrieben! Darüber stimmen wir ab!)

Ich habe Sie bisher immer so ernst genommen, dass ich denke, dass Sie Ihre Aufgabe wahrnehmen wollen, und zwar vertrauensvoll.

(Werner Wölflle)

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aber nicht, dass man uns etwas unterschiebt!)

Dazu gehört, zu wissen, was für Verträge die Landesregierung mit der Bahn abschließt.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das wissen wir schon! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann für die Fraktion der CDU.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Gib's ihm, Winfried!)

Abg. Winfried Scheuermann CDU: Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir von der CDU-Fraktion lehnen diesen Antrag ab.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Herr Wölflle, Sie können sich noch so lange hier draußen hinstellen und den 150-prozentigen Demokraten mimen:

(Abg. Martin Rivoir SPD: Den Weihnachtsmann spielen!)

Ihnen geht es darum, eine weitere Verzögerung zu erwirken. Wir alle rechnen damit, dass die Verträge im Januar endlich

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Endlich!)

unterzeichnet werden. Das wollen Sie hinausschieben, und sonst nichts.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Jawohl!)

Es gibt, glaube ich, überhaupt kein Vorhaben aus den letzten Jahren, über das auch in diesem Haus so lange und so intensiv debattiert worden ist wie über Stuttgart 21 und die Neubaustrecke von Wendlingen nach Ulm.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Aber nicht über Vertragsinhalte! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist auch nicht unsere Aufgabe!)

Was für uns als Landtag in diesem Vertrag wichtig ist, wissen Sie so gut wie ich: Wir sind dafür da, die Mittel zu genehmigen. Die Spitzfindigkeiten zwischen der Landesregierung und der Bahn brauchen uns, glaube ich, in erster Linie überhaupt nicht zu interessieren.

(Widerspruch bei den Grünen – Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Das ist doch die Katze im Sack kaufen! – Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Was über das Geld in diesem Vertrag steht, wissen wir alle. Für dieses Geld sind wir zuständig.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dass Sie dieses Vorhaben nicht haben wollen, wissen wir alle doch längst. Das weiß auch jeder Bürger im Land. Deswegen brauchen wir heute nicht noch einmal diese Debatte zu führen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr wahr!)

Sie sollten auch einmal anerkennen, dass Sie in dieser Frage in der Minderheit sind

(Widerspruch bei den Grünen)

und dass die große Mehrheit in diesem Haus diese Geschichte möchte. Wenn Sie dieses Argument endlich einmal anerkennen würden,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

dann würden Sie hier nicht ständig Nachhutgefechte führen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das Tollste ist, dass Sie nicht einmal eine belastbare Alternative vorschlagen können.

(Beifall der Abg. Dr. Klaus Schüle CDU sowie Heiderose Berroth und Dietmar Bachmann FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Wenn wir Ihnen folgen würden mit der Sanierung des Kopfbahnhofs

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ja!)

und irgendeiner Möglichkeit, aus dem Talkessel auf die Höhe zu kommen, von der Sie selbst nicht wissen, wie das passieren soll,

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Aber darum geht es heute gar nicht!)

dann brauchten wir mindestens noch einmal zehn Jahre für die Planung,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: 15! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: 50 Jahre!)

und in den nächsten zehn Jahren würde nichts passieren. Das hätten Sie zu verantworten, nicht wir.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Jawohl!)

Meine Damen und Herren, mit diesem Projekt bringen wir unsere Infrastruktur auf die Höhe der Ansprüche des 21. Jahrhunderts.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo! – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ach was! – Gegenruf des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Sie vertreten immer die Vorfahrt der Schiene vor dem Straßenverkehr. Die betonen wir auch. Aber die Vorfahrt der Schiene in der Form des 19. und 20. Jahrhunderts dient niemandem. Wir wollen die Schiene des 21. Jahrhunderts.

(Winfried Scheuermann)

Jetzt haben Sie das Pech, dass ich an der Neubaustrecke Mannheim–Stuttgart wohne und hautnah mitverfolgt habe: Genau das gleiche Theater, das Sie jetzt vollführen, haben Sie damals beim Ausbau der Strecke Mannheim–Stuttgart vollführt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Jawohl! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unglaublich!)

Und heute sitzen Sie wie selbstverständlich in den ICEs und können sich gar nicht mehr vorstellen, dass es diese Strecke nicht gäbe.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Hagen Kluck FDP/DVP sowie Brigitte Lösch und Dr. Bernd Murschel GRÜNE)

Meine Damen und Herren, jetzt haben wir den ganzen Morgen über Konjunkturprogramme geredet und darüber, wo das Geld herkommt. Was die Finanzierung der Landesmittel für diese Vorhaben betrifft, so wissen wir, wo das Geld herkommt. Die Mittel sind etatisiert oder in Verpflichtungsermächtigungen enthalten. Das größte Konjunkturprogramm der nächsten zehn Jahre ist der Bau von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke Wendlingen–Ulm.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, zum Schluss: Ich meine, es ist so sicher wie das Amen in der Kirche – wenn ich das noch erlebe –: Bei den vielen Festen, wenn es Tunnelanstiche, Tunneldurchstiche und Tunnelfertigstellungen gibt,

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sind sie alle da!)

sitzen Sie genauso wie wir in der ersten Reihe

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: In der ersten Reihe!)

und sagen: Gott sei Dank hat die Mehrheit dieses Landtags an irgendeinem bestimmten Zeitpunkt gesagt: „Jetzt ist genug diskutiert, jetzt müssen die Bagger auffahren.“

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Beifall des Abg. Martin Rivoir SPD – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Bravo!)

Meine Damen und Herren, ich weiß gar nicht, ob Sie es schon gemerkt haben: ...

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das ist ja lächerlich! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

Abg. Winfried Scheuermann CDU: ... Die Baumaßnahmen haben längst begonnen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist kein Argument! Das ist das schlechteste Argument!)

Die Bahn hat zunächst einmal einen Bauleiter – ich weiß gar nicht, wie man den nennt –, einen Oberverantwortlichen für all diese Projekte eingesetzt, einen Mann, der sich mehrfach

bei großen Projekten bewährt hat. Wenn Sie heute die Zeitung richtig gelesen haben,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

dann wissen Sie: Die Probebohrungen für die Grundwasserabsenkung erfolgen ab dem heutigen Tag, denn ohne Grundwasserabsenkung können wir den Bahnhof überhaupt nicht bauen.

Fazit: Wir sehen die heutige Debatte und die Entscheidung über Ihren Antrag, wenn Sie so wollen, als Weihnachtsgeschenk an,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Als Startschuss!)

dass es endlich mit Stuttgart 21 und der Neubaustrecke losgeht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich versichere Ihnen, auch wenn Sie das heute nachhaltig bestreiten: Dies ist ein Projekt, das dem ganzen Land nützt, und spätestens bei der Fertigstellung sind Sie mit mir völlig einer Meinung.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: So ist es! – Zurufe von der CDU: Bravo!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler für die Fraktion der SPD.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist nicht weniger klar, was der Drexler sagt!)

Abg. Wolfgang Drexler SPD: Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist der letzte Versuch der Fraktion GRÜNE, die Verwirklichung des Projekts vor der Unterschrift noch zu verhindern.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ein letztes Aufbäumen!)

Anders kann ich das nicht sehen, Herr Kollege Wölflé.

Denn wir haben am 25. Juli 2007 hier in diesem Haus eine lange Debatte über die Beteiligung des Landes an Stuttgart 21 und an der Neubaustrecke geführt. In diesem Jahr haben wir eine weitere Debatte über die erhöhten Beträge mit Inflationsausgleich geführt. Jetzt sind auf Seite 320 im Haushaltsplanentwurf des Innenministeriums – Kapitel 0325: Verkehr – detailliert alle Beträge und alle Verpflichtungsermächtigungen aufgeführt. Ich habe keinen Betrag gesehen, der diesem Beschluss widerspricht.

Wir gehen davon aus, dass am 21. Januar 2009 unterschrieben wird und dass das Land selbstverständlich unter dem Haushaltsvorbehalt unterschreibt. Der Landtag wird über die Verträge, wenn sie unterschrieben sind, natürlich bei den Haushaltsberatungen hier diskutieren. Wir werden kein Recht

(Wolfgang Drexler)

abgeben, kein einziges Recht. Wir werden im Rahmen der Haushaltsberatungen über die Verträge diskutieren. Wir haben vorher darüber diskutiert, wir diskutieren nachher darüber, und wir haben schon jetzt im Blick auf den Haushalt überprüft, ob die Verträge richtig sind. Also wo geben wir denn ein Recht ab? Kein einziges Abgeordnetenrecht wird hier abgegeben. – Erstens.

Zweitens: Im Bund käme überhaupt niemand auf die Idee, selbst die Fraktion GRÜNE nicht, den Herrn Verkehrsminister, nachdem das Ganze im Haushalt steht, zu verpflichten, die Verträge vorzulegen, bevor er unterschreibt. Darauf käme niemand. Genauso ist es hier. Wenn unter Haushaltsvorbehalt unterschrieben ist, werden wir im Februar über diese Verträge diskutieren. Wir werden vergleichen, ob sie identisch sind, werden prüfen, ob das Land vielleicht im Vertrag noch mehr Verpflichtungen eingegangen ist – das kann ich aber überhaupt nicht erkennen –, und dann werden wir die Debatte führen. Alles andere, was Sie vorhaben, ist eine Verzögerung.

Lassen Sie mich jetzt noch zwei, drei Dinge zum Projekt selbst sagen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kretschmann?

Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja, bitte, Herr Kollege.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte, Herr Abg. Kretschmann.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Kollege Drexler, schon die Rede von Herrn Kollegen Scheuermann hat verwundert. Aber der ist immerhin Mitglied einer Regierungsfraktion. Sie jedoch sind Mitglied der Opposition.

Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja. Das habe ich doch gerade gesagt.

(Zurufe von der CDU)

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Unsere Aufgabe ist zuvörderst, die Regierung zu kontrollieren. Jetzt möchte ich einfach einmal wissen, warum Sie als Oppositionsmitglied nicht wissen wollen, was in den Verträgen steht.

Abg. Wolfgang Drexler SPD: Doch, das wollen wir wissen.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aber Sie wollen es erst wissen, wenn die Verträge unterzeichnet sind.

Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja, aus dem einfachen Grund,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Haushaltsvorbehalt!
Das ist doch klar! – Abg. Heiderose Berroth FDP/
DVP: Anders geht es gar nicht!)

weil der Haushaltsvorbehalt im Vertrag stehen wird; davon gehen wir aus. Wenn Herr Tiefensee bereits im Dezember unterschrieben hätte, hätte das in vergleichbarer Weise dringestanden. Er hat aber gesagt: „Wir warten erst ab, bis der Haus-

halt beschlossen wird.“ Kein Mensch kommt darauf, bei solchen Verträgen einzelne Vertragsbestandteile vorher zu untersuchen. Das ist Aufgabe der Regierung.

(Zurufe von der CDU)

Danach soll sie den Vertrag vorlegen, und dann stimmen wir zu oder auch nicht. Eine andere Möglichkeit gibt es überhaupt nicht. Ihr Vorgehen ist doch klar: Sie wollen den Termin am 21. Januar verhindern, um draußen wieder erzählen zu können, da stimme etwas nicht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP)

Genau das ist es doch.

Wenn ich in das Gesicht des weihnachtlich gestimmten Kollegen Wölfler schaue, der ein Grinsen kaum unterdrücken kann – er platzt schier –, dann sage ich: Wir haben es erkannt, und wir geben keine Rechte ab.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ihr seid richtig schlau! Die schlaueste Oppositionsfraktion! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Das sowieso! – Abg. Ute Vogt SPD: Nur kein Neid!)

Lassen Sie mich aber noch einmal kurz auf das Projekt eingehen: Es ist ein hervorragendes Projekt, das wir bereits seit 1996 verfolgen. Übrigens gilt das auch für Sie als Grüne. Ihr Fraktionsvorsitzender Kuhn war 1999 auch noch für das Projekt; das will ich bloß einmal sagen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nein! Nur für die Neubaustrecke!)

– Wir können Ihnen das auch noch einmal zeigen.

Zweitens: Es ist ein hervorragendes Konjunkturprogramm. Herr Kretschmann, ich habe ja vorhin auf dem Präsidentenplatz gegessen und habe auch etwas notiert. Sie haben formuliert: „Schluss mit der Zersiedlung der Landschaft! Zurück in die Innenstadt!“

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Jawohl! – Weitere Zurufe – Unruhe)

60 ha Baugelände hat die Stadt Stuttgart aus dem Flächennutzungsprogramm für die Außenbereiche herausgenommen, damit man jetzt, wenn Stuttgart 21 kommt, innerstädtisch bauen kann. Das ist doch Ihr Programm!

(Lebhafter Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Wenn ich dann sehe, was Ulm vorhat, wenn das Projekt kommt – nämlich eine völlig neue innerstädtische Bauweise mit einem neuen Bahnhof –, wenn ich sehe, dass in Wien in der Zwischenzeit zwei Kopfbahnhöfe abgebaut werden und ein Durchgangsbahnhof mit einem völlig neuen Bahnhofsviertel entsteht, wenn ich sehe, was in Straßburg gemacht wurde, dann sage ich Ihnen: Das ist genau die Ost-West-Verbindung –

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Oh, oh!)

(Wolfgang Drexler)

– Dann erkundigen Sie sich einmal, was in Straßburg jetzt gemacht wurde und was man in Ulm bauen möchte.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Da brauche ich mich nicht zu erkundigen! Das weiß ich!)

– Genau. – Ich sage Ihnen: Das ist ein riesiges Programm. Es geht nicht nur um das, was wir mit den 3 Milliarden € insgesamt bzw. den 2 Milliarden € für die Neubaustrecke machen. Wir sind froh, dass das Projekt kommt. Es ist ein Konjunkturprogramm, und wir hoffen, dass ab dem 22. Januar nach vielen Jahren der Diskussion endlich mit den Baumaßnahmen begonnen wird.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Bravo! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bachmann für die Fraktion der FDP/DVP.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt kommt Weihnachten! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nachhaltigkeit in Ihrer Rede!)

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bald ist Weihnachten – das Fest der Liebe,

(Oh-Rufe von der FDP/DVP und der CDU)

der Geschenke und der Träume. Nicht nur Kinder, sondern auch Erwachsene träumen in der Weihnachtszeit von einer besseren Welt. Je schwieriger die Zeiten, umso größer die Träume. Und nur, wer Träume hat, hat auch die Kraft, sie zu verwirklichen.

(Abg. Ingo Rust SPD: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Nehmen Sie z. B. Bing Crosby's „I'm dreaming of a white Christmas“.

Sie träumen gerade von schneebedeckten Landschaften,

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Das ist der Albtraum!)

Rehen am Waldrand ...

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, bitte halten Sie für die letzten Minuten noch Ruhe.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: ... und glücklichen Kindern beim Schlittschuhlaufen. Aber plötzlich werden Sie wach, und vor Ihnen steht – Jürgen Trittin.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Besser als Guido Westerwelle!)

Welch ein Albtraum! Nix schneebedeckt, sagt der – Klimawandel! –, nix Rehe am Waldrand, sagt der – Artensterben! –, nix Kinder beim Schlittschuhlaufen, sagt der – kein Eis! Wir dagegen sagen Ihnen: Wer nicht von weißen Weihnachten

träumen kann, der hält auch den Klimawandel nicht auf. Wir von den Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP/DVP haben nicht nur Träume von einer besseren Zukunft. Wir haben auch die Kraft, sie zu verwirklichen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das war jetzt aber Weihnachtskitsch!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Baden-Württemberg 21 ist so ein Traum.

(Zuruf von der SPD – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir haben ja euch! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um mehr Disziplin bitten.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Diejenigen, die an die Zukunft glauben, lade ich deshalb zu einer Zeitreise ein. Wir schreiben das Jahr 2025, und wir stehen in der Wohnstube der Familie Müller da drüben in der Rosensteinstraße. Es ist der Heilige Abend. Die Kerzen brennen, die Kinder lachen, und im Hintergrund klingt leise „Stille Nacht, heilige Nacht“. Es klingt leise, und dennoch hören wir das Lied. Es wird nicht mehr übertönt vom Kreischen der Achsen, vom Rumpeln der Weichen und vom Quietschen der Bremsen. Der Stuttgarter Kopfbahnhof existiert nicht mehr, und die Müllers halten inne und danken für die Erlösung; sie danken für die Erlösung vom unerträglichen Lärm des Kopfbahnhofs.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Liebe Freunde, lassen Sie uns ein Stück weiter gehen. Wir stehen auf der Terrasse der Familie Fröhlich. Die Fröhlichs bewohnen eines der neuen Reihenhäuser an der Parkallee. Vor uns erstreckt sich ein wunderschöner Park, wir sehen Spuren im Schnee, die Spuren von Peter und Lisa, den Kindern der Fröhlichs.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Am Vormittag waren sie im Saurierrmuseum und sind durch den Park nach Hause gelaufen. Auf dem Tisch der Fröhlichs duftet die Weihnachtsgans, doch bevor Vater Fröhlich sie anschneidet, hält die Familie inne und dankt für ihr neues Zuhause. Ihr Tisch mit der Weihnachtsgans steht nämlich dort, wo im Jahr 2008 der ICE 691 von Mannheim kommend in den Stuttgarter Kopfbahnhof donnerte.

(Heiterkeit)

Der Stuttgarter Kopfbahnhof existiert nicht mehr, und die Fröhlichs danken für ihr neues Heim mit diesem wunderbaren Park vor der Tür.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fröhlichs verspeisen die Gans, und wir müssen weiter, weiter an den weihnachtlich geschmückten Esstisch der Familie Palmer in Tübingen. Alle sind da, auch Vater Boris. Vor wenigen Stunden gab er noch seinen väterlichen Rat einer jungen Kollegin, der gerade frisch

(Dietmar Bachmann)

gewählten Bürgermeisterin von Bad Bramstedt, der Stadt, in der der berühmte Liberale Hagen Kluck in die Schule ging.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Dank Stuttgart 21 konnte der viel gefragte Oberbürgermeister von Tübingen mit dem Expresszug vom Flughafen in nur 30 Minuten rechtzeitig, entspannt und umweltfreundlich – auch ohne Fahrrad – zum Weihnachtessen seiner Familie eintreffen. Wir schreiben das Jahr 2025,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: So weit ist es noch nicht!)

und die Umwelt ist nicht nur Boris Palmer wichtig. Nachdem er 2011 beim feierlichen Durchstich des Fildertunnels – Kollege Scheuermann erwähnte es – eingesehen hatte, dass er falsch lag, und die Grünen verlassen hatte, konnte er als parteiloser Oberbürgermeister der berühmten Universitätsstadt am Neckar zahlreiche Umweltvorhaben realpolitisch trotz Fundidemos zügig verwirklichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sind das nicht herrliche Träume von einer besseren Zukunft? Dass diese Zukunft zum Greifen nahe ist, verdanken wir dem rastlosen Einsatz vieler. Ausdrücklich danken möchte ich im Namen der FDP/DVP-Fraktion unserem Ministerpräsidenten Günther Oettinger, unserem Innenminister Heribert Rech und den Kolleginnen und Kollegen in der Verkehrsabteilung des Innenministeriums unter der Leitung von Professor Pätzold. Danken möchte ich aber auch den Kolleginnen und Kollegen von der SPD, allen voran Wolfgang Drexler,

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

und zwar dafür, dass Sie Minister Tiefensee von dem Projekt überzeugt haben. Danken möchte ich auch unserer Landesvorsitzenden Birgit Homburger für ihren Einsatz in der FDP-Fraktion im Bundestag.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bald ist Weihnachten.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Es ist das Fest der Liebe, der Geschenke und der Träume. Lassen wir uns den Traum vom Kurztrip an Silvester von Karlsruhe nach Budapest, den Traum von mehr umweltfreundlichem Bahnverkehr in ganz Baden-Württemberg, den Traum von lärmfreiem Wohnen mitten in der Großstadt, lassen wir uns den Traum von Baden-Württemberg 21 verwirklichen! Lassen Sie uns zeigen, dass wir dieses Land lieben und dass wir an seine Zukunft glauben!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, we – die Fraktionen von CDU, SPD und FDP/DVP – are – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, kommen Sie zum Ende.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Frau Präsidentin, wenn Sie mir den einen Satz gestatten, wäre ich fertig.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Wenn es der letzte ist, will ich es gelten lassen.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Ich gebe Ihnen den letzten Satz zu Protokoll.

(Beifall bei der FDP/DVP – Der Redner übergibt Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte den Schluss seines Manuskripts. – Heiterkeit)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Danke schön. Wir nehmen den letzten Satz in das Protokoll auf.

*

Erklärung zu Protokoll

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Liebe Kolleginnen und Kollegen, we are dreaming of a white Christmas, of trains racing through a winter wonderland in the year 25, 25!

Ihnen allen und Ihren Familien wünsche ich ein gesegnetes Weihnachtsfest.

Vielen Dank.

*

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Innenminister Rech.

Innenminister Heribert Rech: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Bachmann hat uns seinen Traum unterbreitet.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Was träumt der nachts?)

Ich habe es deutlich gesehen: Der Kollege Wölflé hat jetzt ausgeträumt. Er ist gründlich desillusioniert.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Ich glaube nicht, dass jemand dieses Märchen verstanden hat! – Abg. Werner Wölflé GRÜNE: Definitiv! – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das wird schon wieder, Herr Wölflé!)

Herr Kollege Wölflé, ich kenne Sie als Fundamentalgegner. Wenn Sie etwas als nicht richtig erachten, dann fechten Sie messerscharf für Ihre Ansichten. Heute war es ein bisschen zahlos. Deswegen meine ich, Sie haben den Traum ausgeträumt, dass da noch etwas zu verhindern wäre – allenfalls zu verzögern. Dafür ist jetzt die Zeit nicht mehr.

(Abg. Ute Vogt SPD zu den Grünen: Die CDU hat euch trotzdem lieb!)

Das Zeitfenster, in dem wir verhandelt und die Geschichte buchstäblich aufs Gleis gesetzt haben, war schmal genug. Jetzt ist nicht mehr die Zeit zum Reden und schon gar nicht mehr die Zeit zum Träumen, sondern die Zeit zum Handeln.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

(Minister Heribert Rech)

Herr Kollege Wölflé, die Grünen drehen sich in dieser Frage im Kreis und kommen immer wieder an der Stelle an, wo sie begonnen haben.

(Zuruf von der FDP/DVP: So sind sie halt!)

Aber ich halte Ihnen zugute, heute die Debatte beantragt zu haben nach dem Motto „Wir haben es halt noch einmal probiert.“ Damit sollte man es aber auch bewenden lassen, und zwar insbesondere aus den folgenden Gründen. Herr Kollege Scheuermann hat hier einige Fakten aufgezählt. Auch aus Respekt vor diesem Landtag sollten wir jetzt handeln. Wir haben oft genug darüber diskutiert. Unser Ministerpräsident hat umfassend informiert. Es gibt eine Entschließung dieses Hauses.

Herr Kollege Wölflé, Demokratie hat auch etwas damit zu tun, dass man Minderheiten respektiert, dass die Minderheiten aber auch anerkennen, dass sie mit ihrer Meinung nicht auf 51 % kommen, sondern dass hier Beschlüsse mit breiter Mehrheit gefasst wurden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Demokratie setzt vor allem voraus, dass man auf 51 zählen kann. Die Mehrheit betrug weit mehr als 51 % und stand von Anfang an.

Wir haben es uns allesamt nicht leicht gemacht; das sage ich an die Adresse der SPD – in diesem Fall ist sie unser Partner –, aber auch der FDP/DVP. Was Herr Drexler heute noch einmal eingefordert hat – ich will es vorwegnehmen –, nämlich Transparenz und Haushaltsvorbehalt, genau dies wird auch getan. Die Landesregierung hat all die vergangenen Monate nichts anderes getan, als sich an die Beschlüsse zu halten, die hier gefasst wurden. Dies wird in einem Vertrag umgesetzt.

Meine Damen und Herren, ich habe ursprünglich vorgehabt, im Landtag erst dann wieder über dieses Thema zu sprechen, wenn ich Ihnen die unterzeichneten Verträge vorlegen kann.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So machen wir es!)

Wo stehen wir? Mit wenigen Worten: Nach Abschluss des Memorandums vom Juli 2007 gab es etliche Zwischenschritte, zum Teil auch schwierige Verhandlungsrunden – das habe ich eben schon offen eingeräumt – auf allen Ebenen, auch auf der Ebene des Landes und seiner Partner. Die Verhandlungen zur Finanzierungsvereinbarung sind jetzt weitgehend abgeschlossen. Zurzeit läuft die Feinabstimmung des Vertragstextes, der noch viele Anlagen hat. Parallel zu den Vertragsverhandlungen wollen wir die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für den Abschluss des Finanzierungsvertrags schaffen. Dabei haben wir vollständig transparent gemacht, welche Verpflichtungen auf das Land zukommen. Herr Drexler hat dies Punkt für Punkt dargestellt; deswegen muss ich darauf nicht noch einmal eingehen.

Die Vertragsunterzeichnung ist für Januar vorgesehen. Selbstverständlich werden wir die Unterzeichnung unter Haushaltsvorbehalt stellen. Die Deutsche Bahn AG hat das auch so akzeptiert. Es besteht deswegen überhaupt keine Veranlassung, diesen Vertrag vor der Unterzeichnung dem Landtag vorzulegen.

Das tun wir auch bei anderen Finanzierungsvereinbarungen nicht.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aber da geht es um Milliarden! – Gegenrufe von der CDU)

Wir benötigen die Zustimmung des Haushaltsgesetzgebers. Selbstverständlich, Herr Kollege Kretschmann, will ich und wollen wir alle doch kein Geheimnis aus diesem Vertrag machen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ja eben!)

Wir werden dem Landtag diesen Vertrag nach Unterzeichnung zugänglich machen, soweit wir damit – das können wir jetzt noch nicht beurteilen – nicht gegen berechnete Geheimhaltungsinteressen der Deutschen Bahn AG verstoßen. Auch das müssen wir bei solchen Verhandlungen berücksichtigen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aha!)

– Ja natürlich! Das ist das Normalste dieser Welt. Aber wem sage ich das?

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Uns! – Abg. Thomas Blenke CDU: Den Wahrnehmungsresistenten! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das fragen wir uns alle! Gegen die Wand! – Heiterkeit)

Heute Morgen hat ein Redner – ich weiß nicht mehr, wer es war – gebeten, doch einmal die Frage zu beantworten: Was ist was? Das kann ich natürlich auch nicht.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Aber der Vertrag ist sehr viel konkreter. Lassen Sie uns die Verhandlungen jetzt zu Ende bringen und den Vertrag unterzeichnen. Dann legen wir ihn vor. Den Vertrag schon jetzt vorzulegen hieße, die Verhandlungen, die auf der Zielgeraden sind, an die Wand zu fahren.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Sie glauben doch nicht, dass der Vertragstext mit all den Kautelen, die ich eben genannt habe, z. B. auch Geheimhaltungspflichten der vertragschließenden Parteien, auch nur 24 Stunden lang hier im Saal bliebe! Das glaubt hier doch kein Mensch. Deswegen darf unsere Verhandlungsposition jetzt in der Schlussphase nicht gefährdet und – das wäre der Fall – nicht verschlechtert werden. Da bitte ich Sie von den Grünen einfach noch um ein bisschen Geduld.

Herr Kollege Scheuermann hat die Bedeutung dieses Projekts angesprochen; das ist alles richtig. Ich erinnere mich noch an mein erstes Gespräch mit dem EU-Koordinator Professor Balázs, der mir damals, als das noch nicht abgemacht war, sagte: Wenn sich die EU bei diesem Projekt engagiert, dann vor allem auch deswegen, weil nirgendwo in ganz Europa die Verknüpfung der einzelnen Verkehrsträger Schiene, Straße und Flughafen so günstig ist wie gerade hier in Stuttgart. Das war mit ein Grund dafür, dass die sich überhaupt engagiert haben.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

(Minister Heribert Rech)

Spätestens nach der Debatte von heute Morgen muss uns doch allen klar sein: Verkehrsinvestitionen sind echte Investitionen in die Zukunft. Wir brauchen sie in Deutschland heute noch mehr, als wir sie gestern brauchten.

Unsere Investition in die Zukunft Baden-Württembergs wird sich rechnen. Dies wird sich im Übrigen auch aus einer Studie ergeben, die ich Ihnen zeitgleich mit vorlegen werde. Diese Investition wird sich schon während der Bauzeit und darüber hinaus dauerhaft rechnen. Es werden sich positive Aspekte und Effekte für unseren Wirtschaftsstandort ergeben.

Meine Damen und Herren, wir brauchen jetzt ein Signal in Richtung Aufbruch – für den Erhalt von Arbeitsplätzen und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Prognosen kennen Sie.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

Innenminister Heribert Rech: Stuttgart 21 und das Bahnprojekt Stuttgart–Ulm sind Maßnahmen ganz im Sinne der Konjunkturpakete, die zurzeit überall aufgelegt werden. Deswegen sage ich an die Adresse der Grünen gerichtet: Es ist an der Zeit, dass wir diese sinnvolle und bedeutsame Maßnahme jetzt aufs Gleis bringen und alsbald den Schlusspunkt unter die Verhandlungen setzen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Die Grünen haben, so scheint es mir, ihren Traum von der Verhinderung nach wie vor nicht ausgeträumt. Deswegen kommt es jetzt umso mehr darauf an, nicht mehr zu reden, sondern zu handeln. Lassen Sie uns handeln, meine Damen und Herren: für den Wirtschaftsraum, den Wirtschaftsstandort und den Lebensraum Baden-Württemberg!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wölflle.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Noi! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie kriegen hier keine Mehrheit, Herr Wölflle! Sie können sprechen, so lange Sie wollen! – Abg. Thomas Blenke CDU: Das klappt nicht! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich dachte, es ist ausgeträumt! Jetzt geht das noch einmal los! – Unruhe)

Abg. Werner Wölflle GRÜNE: Ich weiß, dass wir hier keine Mehrheit bekommen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist wie mit dem Wunschzettel meiner Enkelin: Der wird auch nicht vollständig erfüllt!)

Trotzdem müssen Sie jetzt noch zwei Sätze ertragen.

Dass dieser einfache Antrag doch noch so viele Emotionen hervorgerufen hat, hat uns überrascht. Bis hin zum Kitsch war alles dabei. Dass Herr Drexler jetzt noch dieses Lob abgekriegt hat, hätte ich ihm zu Weihnachten gar nicht gewünscht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie sind halt ein menschlicher Abgeordneter!)

Zusammen mit Herrn Scheuermann fahre ich gern mit dem Zug durch Baden-Württemberg – ob mit der Gäubahn, der Südbahn

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nur nicht in Stuttgart!)

oder wo auch immer wir in diesem Land Mängel haben. Ich sitze gern mit Ihnen in der ersten Reihe, wenn es gelingt, auch dort Investitionen hinzubekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zurufe)

Herrn Minister Rech wünsche ich – wie uns allen –, dass der Rest des Konjunkturprogramms der Landesregierung vor dem Jahr 2010 greift. Ich habe zumindest noch die Hoffnung, dass unsere Konjunktur bis dahin wieder angesprungen ist. Für Stuttgart 21 beginnen die Bauarbeiten, selbst wenn Sie alles hinkriegen, wie Sie wollen, erst im Jahr 2010.

Ich will nur noch zum Schluss sagen: Reden, Träumen, alles in Ordnung. Aber Kontrollieren ist und bleibt unsere Aufgabe als Opposition –

(Beifall bei den Grünen)

dabei bleiben wir –, und zwar nicht hinterher, wenn es zu spät ist.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Unsinn! Was ist da zu spät?)

Ein Haushaltsvorbehalt ist etwas völlig anderes. In der Öffentlichkeit ist doch wirklich umstritten – das wurde nicht nur von uns Grünen thematisiert –: Ist es dem Land gelungen, die Risikobegrenzung zu fixieren, ja oder nein?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das steht doch im Haushalt!)

Im Vertrag steht diese Einschränkung definitiv nicht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das werden wir sehen!)

Vielen Dank.

Stimmen wir ab! Schöne Weihnachten!

(Beifall bei den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Wölflle, Sie sind ein netter Kerl, aber in der Sache verkehrt!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3774. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Oh-Rufe von den Grünen – Unruhe)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung abgeschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt.

Dies war die letzte Plenarsitzung vor Weihnachten und in diesem Jahr.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute für das Jahr 2009.

Ich darf Sie noch darauf hinweisen, dass jetzt im Anschluss an das Plenum das Gremium nach Artikel 10 des Grundgesetzes im Josef-Schofer-Saal tagt, um 14:00 Uhr der Ständige Ausschuss im Eugen-Bolz-Saal und um 15:00 Uhr der Umweltausschuss im Friedrich-Ebert-Saal.

Die nächste Plenarsitzung findet am Mittwoch, 11. Februar 2009, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 12:52 Uhr